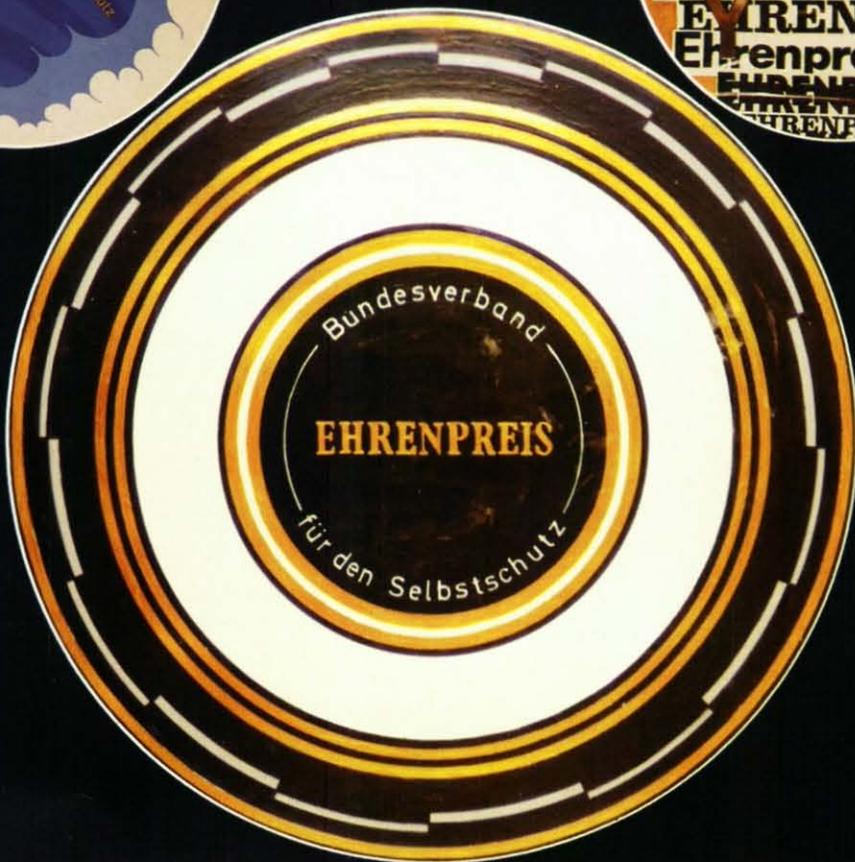
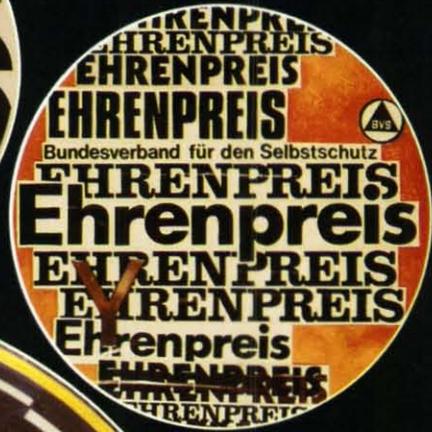
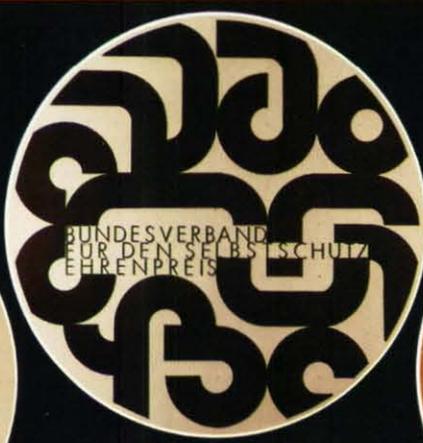




MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

2'78 Februar



Ministerpräsident Dr. Stoltenberg:

Der Zivilverteidigung besondere Aufmerksamkeit schenken

Der schleswig-holsteinische Regierungschef zu Fragen der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes

Die „Eckernförder Zeitung“ führte eine Aktion durch, bei der Bürger ihrem Ministerpräsidenten Dr. Stoltenberg telefonisch sie interessierende Fragen stellen konnten. Dabei ergab sich auch ein Gespräch über das Problem Zivilverteidigung:

Peter Schubert, Rendsburg: „Ich beschäftige mich in der CDU mit wehrpolitischen und zivilen Verteidigungsfragen. Deshalb jetzt eine Frage an Sie: Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung, im Rahmen ihrer Verpflichtung, sich stärker als bisher für Maßnahmen der zivilen Verteidigung einzusetzen, zumal diese unverzichtbare Bestandteile der Landesverteidigung sind? Ich denke dabei insbesondere an bauliche Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung und eine Verbesserung der Mindestausführung des Katastrophenschutzes.“

Ministerpräsident Dr. Stoltenberg: „Zivilverteidigung ist eine gemeinsame Aufgabe der Bundesregierung, des Landes und der Kommunen. Die Rechtsgrundlagen werden in Bonn geschaffen. Wir haben nicht sehr viele Möglichkeiten, im Schutzraumbau erheblich voranzukommen, wenn nicht von Seiten des Bundes durch steuerliche Anreize und auch ggfs. gezielte Zuschüsse die Voraussetzungen verbessert werden. Was wir können, ist, bei wesentlichen öffentlichen Einrichtungen des Landes und auch der Kommunen eine bestimmte Vorsorge

auch durch die bauliche Gestaltung für den Katastrophenschutz oder den Schutzraumbau zu treffen. Im Bereich des Katastrophenschutzes gibt es im Lande Schleswig-Holstein erhebliche Verbesserungen. Wir haben ja auch nach den Erfahrungen der großen Naturkatastrophen, der schweren Sturmfluten bei uns und in Nachbarländern in den vergangenen Jahren eine grundlegende Überprüfung und schwerpunktmäßige Verstärkung unserer Organisationen vorgenommen, die sehr stark hier auch auf der Leistungsfähigkeit und dem Idealismus der freiwilligen Verbände beruht. Organisationen, wie etwa die Feuerwehr, aber auch die Caritativen Organisationen, sind ja neben dem Technischen Hilfswerk hier ein tragendes Fundament.

Die grundsätzliche Forderung nach einem Ausbau der überregionalen Zivilschutzeinrichtungen auch in Verbindung mit der Verteidigungskonzeption des Bundes ist berechtigt. Aber der Engpaß im Verteidigungshaushalt wird immer deutlicher sichtbar, und die Bundesregierung, der Bundestag, geben hier der Einführung moderner Waffensysteme, d. h. der gezielten Modernisierung der Bundeswehr den Vorrang.“

Peter Schubert: „Herr Ministerpräsident, ich habe eine bestimmte Befürchtung, und zwar dahingehend, daß man eine Verteidigungsstreitmacht nur sehr schlecht motivieren

kann, ihre Verteidigungsaufgaben ggfs. sinnvoll und mit der letzten Konsequenz durchzuführen, wenn sie weiß, daß die im Grunde genommen von ihr zu schützende Bevölkerung sich selbst im Rahmen der Zivilverteidigung kaum schützen kann. Deshalb meine Frage an Sie, ob nicht seitens der Landesregierung mögliche Einwirkung ggfs. über Bundesrat an die derzeitige Bundesregierung möglich wäre.“

Ministerpräsident Dr. Stoltenberg: „Der von Ihnen erwähnte Zusammenhang besteht in einem gewissen Umfang. Vorrang hat in der Politik zunächst einmal die Stärkung der Bundeswehr im Rahmen der Sicherheitskonzeption des Atlantischen Bündnisses. Wir wollen durch eine glaubwürdige Verteidigungsanstrengung und die Modernisierung der Schlagfähigkeit der NATO natürlich in erster Linie alles tun, einen Angriff, ein militärisches Risiko, auszuschließen. Aber es bleibt bei jeder auf Sicherheit und Frieden gerichteten Politik ein letztes Stück an Unberechenbarkeit, und deshalb darf die zweite Priorität, die zivile Verteidigung, keineswegs vollkommen vernachlässigt werden. Wir haben in den letzten Jahren hier auch bei den Haushaltsbereichen des Bundes, in den Ausschüssen des Bundesrates weitergehende konkrete Forderungen erhoben. Sie sind nur teilweise verwirklicht. Wir werden diesem Thema weiterhin ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.“

STELLENAUSSCHREIBUNG

Die Stelle des

Leiters der Kats-Zentralwerkstatt Leihgestern

in 6301 Linden, Lahn-Dill-Kreis (Hessen), ist zum 1. Juni 1978 neu zu besetzen.

Gesucht wird ein technisch versierter, mit Verwaltungskennnissen ausgestatteter Mitarbeiter, der in der Lage ist, den rd. 30 Bediensteten umfassenden Werkstattbetrieb nach modernen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu leiten. Bewerber mit einer Ingenieurausbildung – Fachrichtung Kfz-We-

sen – und gegebenenfalls Fachkenntnissen auf dem Gebiete des Fernmelde- und Atemschutzgerätewesens werden bevorzugt.

Geboten wird Vergütung nach Verg.-Gr. IVa BAT nebst den im öffentlichen Dienst üblichen zusätzlichen Leistungen.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht des Ausbildungs- und beruflichen Werdegangs, Zeugnisabschriften und Lichtbild sind bis 1. April 1978 an den Regierungspräsidenten in Darmstadt, Dezernat Zivil-, Katastrophen- und Brandschutz, 6100 Darmstadt, Postfach 110 740, zu richten.



MAGAZIN

2/78



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender-vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Eine Bürgerinitiative des Helfens unter dem achtspeitzigen Kreuz“ 7
Der Malteser-Hilfsdienst begeht sein 25jähriges Bestehen.



„Sturmflut – auf Zentimeter vorausberechnet“ 14
Der Windstau- und Sturmflutwarndienst des Deutschen Hydrographischen Instituts ist rund um die Uhr im Einsatz.

„Die neue Dienstvorschrift PDV 810/DV 810“ 18
UKW-Sprechfunkdienst für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.

„Der erste Verband entscheidet über die Wunde“ 19
ASB-Ärzttekongress über Rettungswesen, Katastrophenschutz und Ausbildungsfragen.



„System im Aufbau“ 24
Gedanken über ein luftverlastbares Feldhospital für den Einsatz bei Großkatastrophen.

„Transport gefährlicher Güter auf der Straße“ 26
Kennzeichen erleichtern Maßnahmen nach Unfällen.



„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Sprinkleranlagen.



UMSCHAU

Retterwache Lünen übergeben

Nach einjähriger Bauzeit wurde am 19. Januar die Retterwache Lünen ihrer Bestimmung übergeben. Es ist die erste Retterwache in Nordrhein-Westfalen, die nach den Bestimmungen des am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Rettungsdienstgesetzes aus Landesmitteln gefördert



wurde. Die Bedeutung liegt in der Kombination zwischen Retterwache, 580-Betten-Klinikum, Flugrettungsdienst und Feuerwehr sowie einer Pflegeschule für die Ausbildung von Rettungssanitätern. Die Wege zwischen den einzelnen Einrichtungen der Retterwache betragen maximal 150 Meter.

DLRG-Präsident regt Dachorganisation der humanitären Verbände an

Personell und finanziell müsse sich die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft bereits jetzt auf die 80er Jahre vorbereiten, betont der Präsident der DLRG, der Direktor des Sportwissenschaftlichen Instituts der Universität Saarbrücken, Prof. Dr. Josef N. Schmitz, in einem Jahresausblick für seine Organisation.

In diesem Zusammenhang meint er, daß von der DLRG nunmehr die Impulse kommen müßten, eine gleichbedeutende Dachorganisation im Bereich der humanitären Verbände zu initiieren, wie es der Deutsche Sportbund im Bereich des Sportes in der Bundesrepublik sei.

Als besonderes Ereignis des abgelaufenen Jahres hebt Prof. Dr. Schmitz die auf Anregung der DLRG geschaffene „Deutsche Prüfungsordnung für Schwimmen, Retten und Tauchen“ hervor, die sich jetzt in der notwendigen Breite überall durchsetzen müsse und damit selbstverständlich für die Schulen sowie alle beteiligten Verbände werde. Die Vereinheitlichung der Schwimm- und Rettungstestate nach Prüfungsleistungen und Abzeichen im gesamten Bundesgebiet sei ein Ereignis von entscheidender Bedeutung, das zur Intensivierung der Ausbildung und zur verstärkten Schulung der Übungsleiter verpflichtet.

Schließlich fordert Prof. Dr. Schmitz, daß die DLRG ihre Zuständigkeit für die Wasserrettung im Rahmen des Katastrophenschutzes verdeutlicht und durchsetzt, um dafür auch die speziellen finanziellen Mittel für die entsprechenden Geräte und die Ausbildung der hierfür einsetzbaren Mitglieder zu erhalten.

1977 Rekordjahr für die Retterhubschrauber

Das Jahr 1977 ist für die Luftrettung in der Bundesrepublik Deutschland das bisher erfolgreichste Jahr. Nach der neuesten ADAC-Statistik starteten die 15 vom BGS geflogenen Retterhubschrauber des Katastrophenschutzes und die beiden in das System integrierten Bundeswehr-Helikopter zu 12 589 Einsätzen, das sind 24,2 % mehr als 1976. Dabei konnten 11 189 Patienten durch die mitfliegenden Notärzte und Rettungssanitäter versorgt werden, 6101 dieser Verunglückten wurden gleich in Kliniken oder Spezialkrankenhäuser geflogen.

Seit dem 1. November 1970, als der ADAC mit dem Aufbau des Luftrettungsnetzes begonnen hat, sind insgesamt 40 000 Flüge durchgeführt worden, die für 35 000 im Straßenverkehr, bei der Arbeit oder zu Hause verunglückter Menschen schnelle und wirksame Hilfe brachten.

Das lückenlose Netz von Hubschrauber-Stationen steht 1978 kurz vor der Vollendung. Das Bundesinnenministerium und die Länder haben in unbürokratischer Zusammenarbeit, unterstützt vom ADAC, den raschen Ausbau möglich gemacht. Der nächste Retterhubschrauber, Christoph 16, wird am 14. April 1978 am Städtischen Winterberg-Krankenhaus in Saarbrücken in Dienst gestellt.

Für eine Verdichtung der Luftrettung im süd-niedersächsischen Raum machen sich gleich zwei Städte stark: Während Göttingen bereits die Baugenehmigung für ein Landedeck an der Universitätsklinik vorweisen kann, bietet Goslar den geographisch günstigeren Anschluß an die benachbarten Hubschrauber-Stationen in Kassel und Hannover an.

Grünes Licht für das Funk-Notmeldesystem

Mit dem praktischen Probetrieb eines neuartigen „Funk-Notmeldesystems“ für die schnelle Rettung bei Verkehrsunfällen kann Anfang 1978 im Raum Darmstadt begonnen werden, wie das Bundesforschungsministerium (BMFT) in Bonn nach einer Sitzung des zuständigen Beratungsausschusses mitteilte.

Mit dem Funk-Notmeldesystem kann der Autofahrer einen Unfall durch simplen Knopfdruck ohne jeden lebensentscheidenden Zeitverlust unmittelbar der nächstgelegenen Rettungsleitstelle melden. Dort wird dieses Notruftelegramm aufgefangen und der Unfallort automatisch bestimmt, so daß unverzüglich Rettungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

Mit diesem Feldversuch sollen alle wesentlichen Fragen geklärt werden, die für eine Entscheidung über eine mögliche Einführung des neuen Funk-Notmeldesystems zur Verbesserung des Rettungswesens von Bedeutung sind.

Neben der technischen und betrieblichen Funktionserprobung wird die Wirksamkeit des neuartigen Systems durch wirklichkeitsnahe Ereignissimulationen unter aktiver Mitwirkung interessierter Bürger eingehend analysiert. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß das System auch in Stresssituationen ohne technische Vorkenntnisse einfach und zuverlässig bedient werden kann.

Der Feldversuch wird jetzt mit dem Aufbau von 10 Relaisstellen im Raum Darmstadt beginnen. Diese Relaisstellen empfangen die Funksignale der rund 100 Versuchsteilnehmer und leiten sie zur Auswertung an die Rettungsleitstelle Darmstadt weiter, die mit entsprechenden Zusatzeinrichtungen ausgestattet wird.

Die technische Funktionserprobung kann Ende 1978 beginnen. Daran schließen sich im Laufe des Jahres 1979 betriebliche Untersuchungen an.

Der BMFT fördert dieses Feldprojekt mit einem finanziellen Betrag von rund 10 Mio. DM.

Das System soll dazu beitragen, das Verkehrsrettungswesen sowie die Pannenhilfe, insbesondere auf Überlandstrecken, schneller und damit wirksamer zu gestalten. Bisher kommt es immer wieder vor, daß Unfallverletzte oft mehrere Stunden lang unentdeckt bleiben oder medizinische Hilfe nicht mehr rechtzeitig geleistet wird, weil nicht unverzüglich ein Rettungswagen alarmiert wurde.

Das Projekt wird unter Mitwirkung des Hessischen Ministers des Innern, der Stadt Darmstadt, der Deutschen Bundespost sowie des Deutschen Roten Kreuzes durchgeführt. (vgl. ZS-MAGAZIN 3/77, Seite 14 ff.).

Unfallbilanz 1977: 14 968 Verkehrstote

Entgegen ersten Meldungen ist die Zahl der Unfalldoten im Jahr 1977 doch noch unter 15 000 geblieben.

Wie die jetzt vom ADAC veröffentlichte Unfallbilanz zeigt, sind im vergangenen Jahr 14 968 Menschen im Straßenverkehr ums Leben gekommen, das sind 148 (1,0 %) mehr als im Jahr davor. Insgesamt wurden 506 876 Menschen (+ 5,7 %) verletzt, davon etwa ein Drittel, d. h. 153 014 (+ 5,0 %) schwer.

Um die Unfallentwicklung von 1976 auf 1977 vollständig beurteilen zu können, muß man berücksichtigen, daß in dieser Zeit die Zahl der Kraftfahrzeuge um 6,4 % gestiegen ist und die Fahrleistung, d. h. die von allen Kfz insgesamt zurückgelegte Strecke, um 4,5 %. Das Verhältnis der Unfallzahlen zur Gesamt-Fahrleistung ergibt als echte Vergleichszahl die sog. Unfall- bzw. Verletzten- und Getöteten-Rate.

Wie die ADAC-Statistik zeigt, ist die Verletzten-Rate 1977 mit + 0,9 % zwar leicht gestiegen, die Getöteten-Rate mit - 3,3 % aber deutlich zurückgegangen. Diese Zahl ließe sich noch viel stärker senken, wenn sich wesentlich mehr Autofahrer als bisher entschließen könnten, bei jeder Fahrt den Sicherheitsgurt anzulegen.

Der ADAC schätzt, daß bei einer 100%igen Gurt-Anlegequote mindestens 3000 Menschenleben pro Jahr gerettet werden könnten.

Seenotretter bewahrten 1141 Personen vor dem Ertrinken

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) hat im vergangenen Jahr in der Nordsee und der Ostsee 1141 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken bewahrt. Weitere 1365 Personen sind bei Unfällen auf See aus kritischer Situation befreit worden. Die Gesellschaft besitzt mehr als 30 Rettungsschiffe.

Senator Staak: KatSG schließt Lücke

In seiner Rede zur Verabschiedung des Katastrophenschutzgesetzes vor der Hamburgischen Bürgerschaft am 11. Januar 1978 wies Innensenator Staak darauf hin, daß mit der Verabschiedung des Hamburgischen Katastrophenschutzgesetzes eine wichtige gesetzliche Lücke geschlossen werde, die in der praktischen Arbeit für den Bürger nie deutlich geworden sei, die der Senat aber aus Vorsorgegründen schließen möchte.

Das neue Gesetz sieht für den Katastrophenschutz eine besondere eigenständige gesetzliche Regelung vor. Bislang waren die Grundlagen für das Eingreifen in verschiedenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften enthalten. Mit dem Gesetz, in das die Leitlinien der Innenministerkonferenz einbezogen worden sind, werden klare und einheitliche Grundsätze für den vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutz geschaffen.

Als wesentliche Verbesserung für die Sicherheit in Hamburg bezeichnete der Senator u. a. die Möglichkeit einer weitgehenden Integration des Technischen Hilfswerks in den ham-

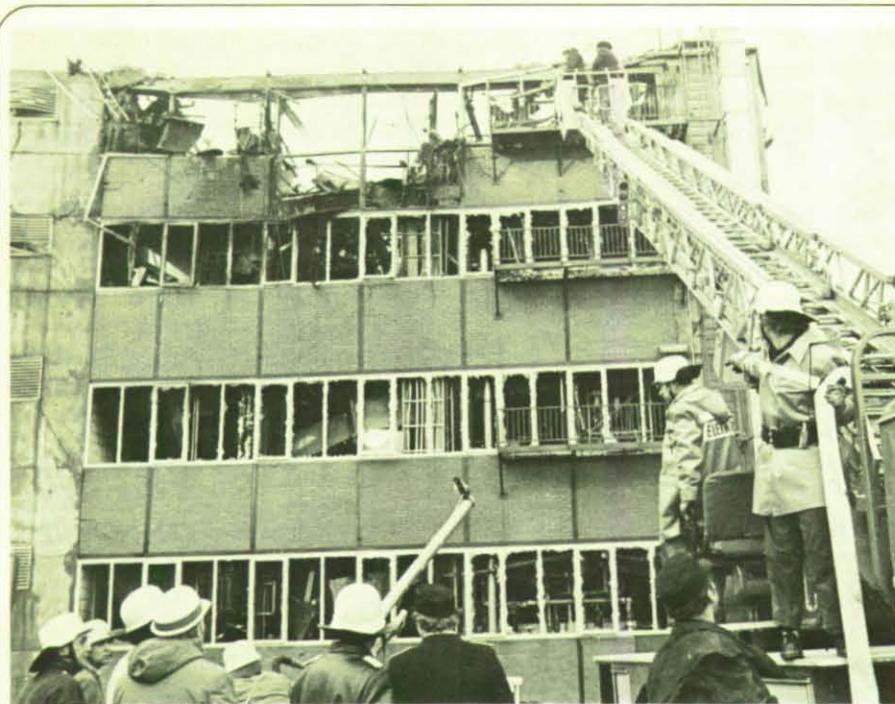
burgischen Katastrophenschutz. „Wir werden künftig – und das ist eine bedeutsame Neuerung – nach zum Teil leidvollen Erfahrungen in der Vergangenheit, in einem Katastrophengebiet oder von einer Katastrophe bedrohten Gebiet einschließlich der Zugangs- und Zufahrtswege Sperren aufbauen können, d. h., wir schaffen Sperrbezirke, die wichtig sind im Hinblick auf Neugierige und Schaulustige, die die Rettungsmaßnahmen behindern. Wir werden künftig gegenüber diesen Personen und ihren Fahrzeugen wirkungsvoller vorgehen können und Bußgelder bis zu einer Höhe von 10 000 DM verhängen“, führte der Senator aus.

Neu sei auch künftig die Einsetzung eines Ausschusses für Katastrophenschutz bei der Behörde für Inneres.

Diesem Ausschuss sollen u. a. die Vertreter der mitwirkenden Katastrophenschutzorganisationen angehören.

„Wir sind fest davon überzeugt, daß sich das Katastrophenschutzgesetz in der aktiven und praktischen Arbeit mit den Hilfsorganisationen bewähren wird. Wir alle wissen, daß unsere Stadt auf die Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Katastrophenschutzorganisation angewiesen ist, die zusammen mit der Berufsfeuerwehr ein Helferpotential von rd. 9000 Mann aufweisen. Gerade diese Einsatzkräfte haben in der Vergangenheit immer wieder bei den verschiedensten Einsätzen innerhalb und außerhalb Hamburgs ihre hohe Leistungsfähigkeit bewiesen und Schaden von den Bürgern ferngehalten. Sie werden künftig nach einheitlichen Grundregeln geschult werden können. Wir sind sicher, ihnen mit diesem Gesetz noch bessere Voraussetzungen für ihre Arbeit geschaffen zu haben. Dieses sind wir ihrem Engagement schuldig. Das neue Katastrophenschutzgesetz wird sich darüber hinaus in der Zusammenarbeit mit auswärtigen Einsatzkräften bei Gefahrenlagen in Hamburg ebenso zu bewähren haben wie bei der Zusammenarbeit hamburgischer Einsatzkräfte in den Nachbarländern.

Dieses alles sind wichtige Schritte bei den Bestrebungen des Senats, das Sicherheitsnetz dieser Stadt noch enger zu flechten als es bisher geschehen ist. Der Senat bekennt sich zu der Auffassung: Es gibt keine Sicherheit, die nicht noch weiter verbessert werden könnte“, schloß der Senator.



Explosionsunglück forderte vier Todesopfer

Am 12. Januar 1978 ereignete sich im Zweigwerk Wolfenbüttel eines Berliner Chemieunternehmens eine schwere Explosion, die im weiten Umkreis des Werkes zu verspüren war. Weitere Explosionen folgten eine Viertelstunde nach Eintritt der Katastrophe. Die Wucht der ersten Detonation war so groß, daß fast das gesamte Flachdach des viergeschossigen Gebäudes der chemischen Entwicklungsabteilung davonflog. Trümmer wurden im weiten Umkreis verstreut und landeten teilweise in unmittelbarer Nähe der Bundesstraße 4. Innerhalb des Werkskomplexes wurden fast sämtliche Scheiben zertrümmert, teilweise durch den Druck, zum Teil durch

den ungeheuren Sog. Drei Mitarbeiter des Werkes erlitten tödliche Verletzungen, ein weiterer Betriebsangehöriger erlag später seinen Verletzungen.

Während die Ursache der Katastrophe ebenso wie das genaue Ausmaß des Schadens – sicherlich in Millionenhöhe – nicht feststehen, gilt als erwiesen, daß durch den raschen Einsatz der betrieblichen Hilfskräfte sowie der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes weitaus schwerwiegendere Folgen vermieden werden konnten. Rund 200 Feuerwehrleute und Helfer waren dabei im Einsatz. Die Brandbekämpfung wurde übrigens von einem Polizeihubschrauber aus geleitet.

Neue Vizepräsidentin im Deutschen Roten Kreuz

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK), mit nahezu drei Millionen Mitgliedern eine der größten privaten Hilfsorganisationen der Welt, hat eine neue Vizepräsidentin. In einer außerordentlichen Bundesversammlung unter Leitung des Präsidenten des DRK, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, wurde Ende Januar in Bonn Marie-Therese Fürstin zu Salm-Horstmar als Nachfolgerin der bisherigen Vizepräsidentin Beate Bremme gewählt, die auf eigenen Wunsch aus dem Amt ausgeschieden war.

Fürstin zu Salm-Horstmar aus Rosen-

dahl bei Coesfeld war zuvor über sechs Jahre lang Vizepräsidentin des DRK-Landesverbandes Westfalen-Lippe.

Frau Beate Bremme, aus Wuppertal, die das Amt der DRK-Vizepräsidentin seit 1966 innehatte, vertrat das Deutsche Rote Kreuz in zahlreichen nationalen und internationalen Gremien. Schon 1960 war sie Vizepräsidentin des DRK-Landesverbandes Nordrhein in Düsseldorf. Sie gehörte u. a. dem Gesundheits- und Sozialausschuß der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Genf an, dem Deutschen Komitee

bei UNICEF, dem Vorstand des Deutschen Hilfswerkes, dem Aufsichtsrat der Deutschen Fernseh-Lotterie und dem Vorstand der Aktion Sorgenkind. Frau Beate Bremme ist Trägerin des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland.

MdB Seiters: Haushaltsausschuß wird sich mit dem Warndienst befassen

Mit einem Ausbau des unvollständigen Alarmierungsnetzes in der Grafschaft Bentheim und im Emsland ist in den nächsten Jahren nicht zu rechnen. Wie der niedersächsische Innenminister Rötger Gross in einem Schreiben an den CDU-Bundestagsabgeordneten Rudolf Seiters erklärte, seien die Mittel des Bundes, der für den Warndienst zuständig sei, absolut unzureichend. Das Land Niedersachsen habe lediglich die Aufgabe, im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel die Planung des Sirenenausbaues nach den Gesichtspunkten des Zivilschutzgesetzes vorzunehmen.

Innenminister Gross erklärte sich zur Prüfung bereit, ob der Landkreis Grafschaft Bentheim und der Landkreis Emsland bei künftigen Planungen vorrangig berücksichtigt werden können. Die Bauplanung eines neuen Gebietes käme aber frühestens Ende 1979 in Betracht. Er bemühe sich auch seinerseits gegenüber dem Bund um eine schnellere Fortführung des Sirenenausbaues.

Wie MdB Seiters ergänzend dazu erklärte, verhalte sich die Bundesregierung nach wie vor ablehnend zu dem Vorschlag, zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen. Mit dieser Angelegenheit werde sich jedoch der Haushaltsausschuß des Bundestages noch befassen.

DRK-Suchdienstreferent Böhme ausgeschieden

Aus Gesundheitsgründen ist kürzlich der Suchdienst-Referent und Direktor des Amtlichen Auskunftsbüros nach den Genfer Rotkreuz-Abkommen, Kurt W. Böhme, aus seinem Amt ausgeschieden. Böhme, am 22. Oktober 1914 in Karlsruhe geboren, legte zusammen mit einem Planungsstab die Grundlage für das Amtliche Auskunftsbüro nach den Genfer Rotkreuz-Abkommen durch Herausgabe

des sogenannten AAB-Handbuches und verschiedener Ausbildungsvorschriften. Unter seiner Regie wurden bis jetzt mehr als 11 000 Freiwillige für den Suchdienst bei Katastrophen und Konflikten geschult. Von 1947 bis 1950 war Böhme beim Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Internierte in Stuttgart, von 1950 bis 1959 beim DRK-Suchdienst in München als Leiter der Dokumentationszentrale für Kriegsgefangene tätig; als Geschäftsführer der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefingengeschichte wirkte Böhme von 1959 bis 1969, bis er von 1969 bis 1977 Suchdienstreferent und Direktor des AAB beim DRK-Generalsekretariat in Bonn war. Zahlreiche Publikationen weisen Kurt W. Böhme als Fachmann von hohem Rang aus.

Brandschutz-Seminare und -Ausbildung

Mit über 1000 Teilnehmern aus Industrie, Handel und Verwaltung, aus den Feuerwehren und anderen öffentlichen Diensten konnte das Minimax-Schulungszentrum in Urach/Württ. für das Jahr 1977 eine stolze Bilanz vorlegen.

Angesichts der erschreckenden Brandkatastrophen des letzten Jahres und der von den Seminarteilnehmern gezeigten Bereitschaft, sich für die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes einzusetzen, ist auch 1978 mit einer starken Nachfrage zu rechnen. Hier die Termine für Brandschutz-Seminare 1978:

Seminarreihe 1 „Betrieblicher Brandschutz“

Teilnehmerkreis: Brandschutzverantwortliche aus Industrie, Handel und Verwaltung

Termine:

- Seminar 11 vom 14. 3.–17. 3. 1978
- Seminar 12 vom 18. 4.–21. 4. 1978
- Seminar 13 vom 6. 6.–9. 6. 1978

Seminarreihe 2 „Brandschutz-Praxis“

Teilnehmerkreis: Brandschutzpraktiker aus Industrie, Handel und Verwaltung

Termine:

- Seminar 21 vom 28. 3.–31. 3. 1978
- Seminar 22 vom 16. 5.–19. 5. 1978
- Seminar 23 vom 5. 9.–8. 9. 1978
- Seminar 24 vom 24. 10.–27. 10. 1978

Seminarreihe 3 „Brandschutz-Technik“

Teilnehmerkreis: Sicherheitsingenieure, Sicherheitsbeauftragte, Werkfeuerwehrkommandanten, Werk-schutzleiter

Termine:

- Seminar 31 vom 11. 4.–14. 4. 1978
- Seminar 32 vom 30. 5.–2. 6. 1978
- Seminar 33 vom 19. 9.–22. 9. 1978
- Seminar 34 vom 3. 10.–6. 10. 1978

Seminarreihe 4 „Baulicher Brandschutz“

Teilnehmerkreis: Brandverhütungsingenieure, Leiter von Baubehörden, Versicherungsfachleute, Sicherheitsingenieure, Architekten, Planungsingenieure, Techn. Aufsichtsbeamte von Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsamtern

Termin:

- Seminar 41 vom 18. 10.–20. 10. 1978

Seminarreihe 5 „Brandschutz-Information“

Teilnehmerkreis: Entscheidungsträger und andere Kostenstellenverantwortliche sowie Teilnehmer der Seminarreihen 1 (11, 12, 13) und 3 (31, 32, 33, 34) 1977.

Termine:

- Seminar 51 vom 20. 6.–23. 6. 1978
- Seminar 52 vom 7. 11.–10. 11. 1978

Nähere Informationen vom Schulungszentrum der Preussag AG Minimax in 7417 Urach/Württ. Postfach 11 69, Telefon (0 71 25) 18 31 – Telex 07 23 55 12.

Seminar über betrieblichen Katastrophenschutz

Der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V., ein als gemeinnützig anerkannter Zusammenschluß bayerischer Unternehmen, führt wieder ein Seminar zum Thema „Betrieblicher Katastrophenschutz“ durch. So findet in der Zeit vom 10. bis 11. April ein Seminar „Katastrophenschutz-Führungsgrundsätze – Stabsarbeit in der Betrieblichen Katastrophenschutzorganisation (BKO)“ statt. Themen des Seminars sind: Menschliches Verhalten bei Gefahr und in Panik, Führungssysteme, Gliederung von Stäben und Aufgaben, Führungsmittel, Führungsstil, Entwicklung einer Lage, Beurteilung

und rationelle Entschlußfassung, Planspielbesprechung, Bildung eines Stabes, Führungsaufgaben. Weitere Informationen erteilt der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V., Nymphenburger Str. 147/III, 8000 München 19, Tel.: 0 89 / 16 59 47.

Bundesinnenminister Maihofer: Leistungsfähigkeit des THW steigern

Der Bundesminister des Innern, Prof. Dr. Werner Maihofer, hat dem Bundestagsabgeordneten Werner Zywiets (F.D.P.) in einem ausführlichen Schreiben bestätigt, daß er beabsichtigt, die Leistungsfähigkeit des THW zu steigern. MdB Zywiets hatte dem Minister einige Fragen, die das THW betreffen, übermittelt, die Prof. Dr. Maihofer wie folgt beantwortete:

- „1. Mittel für die Materialerhaltung der bundeseigenen Fahrzeuge im Katastrophenschutz werden wie bisher vom Bund zur Verfügung gestellt. Das gilt auch für die Fahrzeuge des Technischen Hilfswerks. Insoweit geht das Rundschreiben des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 10. Mai 1977 von einem unzutreffenden Sachverhalt aus. Dieses Rundschreiben ist inzwischen zurückgezogen worden. Die Jahresbeträge für die Unterhaltung der bundeseigenen Ausstattung werden selbstverständlich weitergezahlt.
2. Es ist auch nicht beabsichtigt, die vom Technischen Hilfswerk getragenen Bergungszüge in Schleswig-Holstein aufzulösen; sie werden auch weiterhin vom Bund voll bedient. Vielmehr wird angestrebt, die Leistungsfähigkeit des Technischen Hilfswerks durch eine Erweiterung des Aufgabenfeldes des bisherigen Bergungsdienstes auf Bergungsmaßnahmen bei großflächigen Vertrümmerungen zu steigern.
3. Ziel der Neuordnung des Katastrophenschutzes ist es, eine Konsolidierung des Katastrophenschutzes durch Konzentration der verfügbaren Haushaltsmittel auf besonders vorrangige V-Fall-spezifische Bedürfnisse zu erreichen. Dabei soll ein hierdurch im Einzelfall eventuell entstehender Helferüberhang durch Mehrfachbesetzung des Gerätes aufgefangen werden. Nach diesem Modell wird für eine Geräteeinheit die doppelte oder dreifache Mannschaft vorgehalten, so daß die Ausrüstung in zwei

oder drei Schichten eingesetzt werden kann.

4. Wenn es, wie die Neuordnung des Katastrophenschutzes es anstrebt, zu einer Übernahme des gesamten THW in bundeseigene Verwaltung kommt, wird dies nicht dazu führen, daß das THW wie die Bundeswehr und der Bundesgrenzschutz nur im Wege der Amtshilfe gemäß Artikel 33 GG von den Kommunen in Anspruch genommen werden kann. Das THW bleibt nach wie vor im örtlichen Hilfeleistungsnetz eingebunden und kann für den friedensmäßigen Katastrophenschutz und die tägliche Gefahrenabwehr jederzeit herangezogen werden.

5. Auch die beabsichtigte Bildung von überörtlichen Bereitschaften hat keine desintegrierende Auswirkungen. Die organisatorische Zusammenfassung auf der Bezirksebene bzw. Landesebene ist nicht als eine Umverteilung der vorhandenen Einheiten zu verstehen. Diese verbleiben vielmehr an ihren derzeitigen Standorten und stehen dort wie bisher dem Hauptverwaltungsbeamten zur Verfügung, solange sie nicht als Bereitschaften vom Regierungspräsidenten bzw. vom Land zur schwerpunktmäßigen Bekämpfung großflächiger Schadensfälle eingesetzt werden.

6. Dieser Sachverhalt ist den zuständigen Stellen in Schleswig-Holstein bekannt. . . Entscheidungen über die neue Mittelverteilung sind bisher nicht gefallen. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß auf keinen Fall das THW in Aufgabe und Ausstattung geschwächt werden wird."

DRK übergab neue Stadt für Erdbebenopfer in Guatemala

Auf den Tag genau zwei Jahre nach dem schweren Erdbeben vom 4. Februar 1976 in Guatemala wurde eine mit deutschen Spendenmitteln vom DRK errichtete Stadt ihren Bewohnern übergeben. In Anwesenheit von DRK-Generalsekretär Dr. Jürgen Schilling erfolgte die feierliche Übergabe der Stadt San Juan Sacatepequez, die vor zwei Jahren völlig zerstört worden war. Unter Anleitung einer ständigen Delegation des Deutschen Roten Kreuzes wurden 800 massive und erdbebensichere Häuser verschiedener Größen für rund 5000 Menschen gebaut. Dies war das bisher umfangreichste Projekt der DRK-Katastrophenhilfe im Ausland.

Es kostete rund fünf Millionen der für Guatemala gesammelten 6,2 Millionen Mark, die dem DRK als Spenden aus der deutschen Bevölkerung anvertraut worden waren. Die neue Stadt entstand mit Arbeitskräften aus der einheimischen Indio-Bevölkerung. Baumaterial wurde zum Teil an Ort und Stelle in eigenen Werkanlagen produziert. Die Fahrzeuge und Geräte wurden aus Spendenmitteln in Guatemala erworben.

Das Erdbeben von Guatemala hatte vor zwei Jahren 22 400 Todesopfer, 75 000 Verletzte und 1,6 Millionen Obdachlose gefordert. Allein 250 000 Häuser waren zerstört worden. Das DRK hatte Hilfsgüter für mehr als eine Million DM als Erste Hilfe nach Guatemala geschickt, ehe es das Projekt San Juan Sacatepequez als zentrale Aktion seiner Katastrophenhilfe in Angriff nahm (vgl. ZS-MAGAZIN 12/76, Seite 17 ff.).

Wechsel im Vorstand des BVS Peter Menke-Glückert folgte Hans Arnold Thomsen

Im Rahmen einer Sitzung des Vorstandes des Bundesverbandes für den Selbstschutz am 30. Januar wurde der Vertreter des Bundesministeriums des Innern, Ministerialdirektor a. D. Hans Arnold Thomsen, als Vorstandsmitglied verabschiedet.

Der Präsident des BVS, Oberstadtdirektor a. D. Heinz Robert Kuhn, dankte Thomsen – der bis zu seiner Pensionierung Ende 1976 Leiter der Abteilung Zivilverteidigung im BMI gewesen war – für seine stete Unterstützung der Aufgaben des Verbandes. Thomsen, über die Bundesgrenzen hinaus als Fachmann der zivilen Verteidigung anerkannt, der sich

als engagierter Verfechter der Anliegen aller Bereiche der Zivilverteidigung einen Namen erworben hat, wurde von BVS-Präsident Kuhn mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Zugleich wurde der Nachfolger Thomsens, Ministerialdirektor Peter Menke-Glückert, seit 1977 Leiter der Abteilung Zivilverteidigung im BMI, als Vorstandsmitglied des BVS begrüßt. Präsident Kuhn meinte zu diesem personellen Wechsel im Vorstand des BVS, daß die Kontinuität der engen Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium hierin ihren sichtbaren Ausdruck finde.



Ministerialdirektor a. D. Hans Arnold Thomsen wurde für seine Verdienste um den BVS von Präsident Heinz Robert Kuhn mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.



Wechsel im Vorstand des BVS: Der bisherige Vertreter des Bundesinnenministeriums, Ministerialdirektor a. D. Thomsen (links), schied aus; sein Nachfolger wurde Ministerialdirektor Menke-Glückert (2. von links). Unser Bild zeigt weiter (von links) Präsident Kuhn, Direktor Franke, Ministerialrat Kayser (Innenministerium Hessen) und Beigeordneter a. D. Schütz (Deutscher Städte- und Gemeindebund).



Wolfgang Rollik

Die Helfer haben den Erfolg begründet

Eine Bürgerinitiative des Helfens unter dem achtspeitzigen Kreuz

Der Malteser-Hilfsdienst begeht sein 25jähriges Bestehen

„21–22“ zählt der junge Mann laut. Er kniet hinter dem Kopf eines anderen Mannes, der – von einer zusammengerollten Decke unter den Schulterblättern gestützt – auf dem Rücken am Boden liegt. Der Kopf des scheinbar Bewußtlosen ist in den Nacken gebeugt, der Unterkiefer vorgeschoben. Beim Zählen preßt der junge Helfer die Unterarme des Mannes am Boden fest auf dessen Brustkorb.

„Und 23–24.“ Der junge Mann reißt unter dem eigenen Kommando die Arme des anderen blitzschnell seitlich nach hinten. Der Brustkorb des ausgestreckt Daliegenden dehnt sich sichtbar: Wiederbelebung, künstliche Atmung von Hand; Ausatmung, Einatmung. „Sie haben bestanden!“ ruft der Ausbilder des Malteser-Hilfsdienstes (MHD). „Gratuliere!“ – Eine Szene aus den Anfangstagen des Malteser-Hilfsdienstes. Heute hätte der junge Mann seinen Erste-Hilfe-Paß für diese Beatmungs-Demonstration vom MHD-Prüfer nicht ausgehändigt bekommen. Da hätte er schon die viel wirkungsvollere Mund-zu-Mund oder Mund-zu-Nase-Beatmung anwenden müssen. Aber damals, am 16. Dezember 1953, bei der Abschluß-Prüfung des ersten Kursus in Erster Hilfe, der vom Malteser-Hilfsdienst veranstaltet wurde, stand die Atemspende noch nicht auf dem Lehrplan. So erhielten alle 35 Teilnehmer in der Landvolkschule in Haltern (Westfalen) aus den Händen des MHD-Ausbilders ihr Zeugnis: „... hat mit Erfolg an der



Erste-Hilfe-Ausbildung teilgenommen.“

Mit diesem ersten Lehrgang begann die erfolgreiche Arbeit des Malteser-Hilfsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland vor nunmehr 25 Jahren. Rudolf Freiherr von Twickel, Präsident der Genossenschaft der Rheinisch-Westfälischen Malteser-Devotionsritter, hatte – wie die MHD-Chronik zu berichten weiß – am 13. September 1952 gegenüber dem Bundesministerium des Innern die Bereitschaft der beiden deutschen Malteser-Assoziationen erklärt, „die Bevölkerung in Erster Hilfe zu schulen.“ Am 1. Januar 1953 begann der MHD seine Tätigkeit. Die Mitarbeiter der ersten Stunde planen in der Klosterstraße 27 in Münster Stützpunkte der

Hilfsorganisation in der gesamten Bundesrepublik.

Die Geschichte des Ordens

Warum der Malteser-Ritter-Orden dem Bundesministerium des Innern die Erst-Helfer-Ausbildung der Bevölkerung anbot, wird aus der Geschichte des geistlichen Ordens deutlich, dessen Gründung in Jerusalem auf Ritter des Kreuzfahrerheeres im 11. Jahrhundert zurückgeht. Ureigenste Aufgabe des Ordens war die Pflege kranker Pilger; zunächst im Ordensspital in Jerusalem, dann auf dem Rückzug vor der übergroßen Streitmacht der Moslems auf Zypern und Rhodos, wo die Ritter in einer Festung mit einem großen



Oben: Die Flutkatastrophe 1962 in Hamburg verlangte von den Malteser-Helfern vollen Einsatz. Vor der ansteigenden Flut des „Jahrhundert-Hochwassers“ blieben den Hilfsmannschaften oft nur der Weg durch die Fenster, um die Bevölkerung zu evakuieren.

Links: Durchschnittlich dreimal am Tag hebt der Rettungshubschrauber „Christoph 3“ in Köln zu einem Einsatz ab. „Christoph 3“ – besetzt mit medizinischem Personal des MHD – wurde von allen in der Bundesrepublik eingesetzten Rettungshubschraubern 1976 am meisten in Anspruch genommen.

Hospital bis zum Jahre 1522 den Moslemheeren standhalten konnten. Schließlich gründeten sie im 16. Jahrhundert auf der Insel Malta – einem Geschenk Kaiser Karls V. an die vertriebenen Kreuzfahrer – einen Ordensstaat mit eigener Politik. Fortan nannten sie sich nach der von ihnen bewohnten, südlich von Sizilien gelegenen Inselgruppe im Mittelmeer „Malteser“. Auf Malta verrichtete jeder Ordensritter einmal in der Woche Krankenpflegedienst: im Hospital am Hafen, im Quarantäne-Lazarett oder im Frauenhospital. Im 17. Jahrhundert taten sich die Malteser-Ritter durch eine fortschrittlich erscheinende Arztausbildung hervor.

Seit den Tagen des Mittelalters hat sich die Welt verän-

dert. Katastrophen und Krankheiten erfordern aber nach wie vor fachkundige Hilfe. Als Fachverband des Deutschen Caritasverbandes bietet der Malteser-Hilfsdienst seit 25 Jahren seinen Dienst am Mitmenschen an, getragen von christlicher Nächstenliebe, der Tradition der Ordensgründer aus dem 11. Jahrhun-

und Helfern beteiligten sich Einheiten des Malteser-Hilfsdienstes an der Betreuung ungarischer Flüchtlinge in Andau und Eisenstadt an der österreichisch-ungarischen Grenze. Die Flüchtlinge wurden nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand gegen die kommunistische Herrschaft mit Medikamenten, Decken,

denen der Einsatz der Malteser-Helfer aus allen katholischen Bistümern Deutschlands verknüpft war. Stichwort: Vietnam. Der wohl bedeutsamste Einsatz in der 25jährigen Geschichte des Malteser-Hilfsdienstes. Von 1966 bis 1975 leisteten MHD-Angehörige im Auftrag der Bundesregierung humanitäre Hilfe auf dem

und Blindenschule in Da-Nang. Neben der medizinischen Betreuung errichteten die Malteser-Helfer Hospitäler, Zahn- und Krankenstationen, eine Werkstatthalle. „Ein ruhender Pol (in Da-Nang) war das Haus der deutschen Malteser“, berichtete der Publizist Adelbert Weinstein am 27. März 1975 in einer Reportage



Links: Schulung steht beim MHD obenan. Lehrfilme über „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ und den „Einsatz von Hubschraubern im Rettungsdienst“ wurden vom MHD-Generalsekretariat konzipiert. Die Filme erhielten Film-Förderungs-Preise, Prädikate und zahlreiche Anerkennungen.

Rechts: Die Zusammenarbeit des MHD mit der Polizei ist gut: Der MHD-Unfallrettungsdienst an den Autobahnen hat oft seine Unterkunft beim Verkehrsüberwachungskommando der Polizei gefunden.



Links: „Benötigen dringend Lastwagen“, meldete der MHD Hamburg bei der Hochwasser-Katastrophe an das MHD-Generalsekretariat. Schon bald starteten LKW mit Sachspenden der Caritas in das Überschwemmungsgebiet. – Rechts: In Köln, Brüsseler Str. 25, hat der Malteser-Hilfsdienst in der Erzdiözese Köln 1976 sein neues Dienstgebäude bezogen. Vom Funkleitstand aus (unser Bild) wird der Rettungs u. Krankentransportdienst dirigiert. Im Gebäude stehen der MHD-Landeschule Nordrhein-Westfalen zwei Schulungsräume und 20 Schlaf- und Wohnräume zur Verfügung.

dert verpflichtet. Die Hilfsorganisation ist heute einer der rührigsten Verbände innerhalb der katholischen Kirche.

Die erste Bewährung

Natürlich hat längst nicht jedes Ereignis des vergangenen Vierteljahrhunderts solche Schlagzeilen gemacht, wie die erste große Bewährungsprobe des MHD am 24. November 1956. Mit 45 Ärzten, Helferinnen

Kleidung und Lebensmitteln versorgt. Bilanz der ersten MHD-Auslandshilfe: Bis zum 16. Januar 1957 erbrachten die MHD-Helfer 13 400 Hilfeleistungen, 11 600 Personen wurden gepflegt, die beiden Krankenwagen hatten am Ende 57 861 Kilometer mehr auf den Kilometerzählern.

Die Malteser-Helfer rückten sich nicht selbst in den Blickpunkt. Es waren stets die Geschehnisse, die Aufsehen erregten und mit

Kriegsschauplatz in Indochina. Auch Gefangennahme und Tod einiger Mitarbeiter in den Kriegswirren haben die Malteser-Helfer nicht vor ihrer Aufgabe kapitulieren lassen. Sie linderten Not, wo sie nur konnten, nahmen jede Strapaze mit Boot oder Jeep auf sich, um von AnHua aus die Verwundeten und Kranken, die Blinden und Waisen zu versorgen. Da war die Lepra-Station in Hue, das Kinderhospital in AnHai. Oder Altenheim

in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Immer gastfreundlich empfingen die Schwestern und die männlichen Helfer Freunde aus allen Teilen der Welt. Die Vietnamesen mochten diese Deutschen. Die Amerikaner, meist Söhne deutscher Einwanderer, lechzten nach einem Bier, und die deutschen Schlachtenbummler fanden dort immer ein Bett, wenn sie spät mit irgendeinem Flugzeug, von der Front kommend, in Da-Nang einfielen.“ Als die Rotationsmaschinen im Frankfurter Druckhaus der „FAZ“ mit dieser Schilderung anliefen, kam auf der beinahe entgegengesetzten Seite des Erdballs in überaus dramatischer Weise das Ende des Vietnam-Einsatzes für den Malteser-Hilfsdienst.

„Wir brechen jetzt ab“!

Die Worte, bei denen die Zuhörer von damals noch heute ergriffen sind, wenn sie sich daran erinnern, drangen kräczend und

pfeifend aus dem Lautsprecher der Kurzwellenstation im Keller des MHD-Generalsekretariats in Köln-Rodenkirchen. Der Kölner Otto Hanisch, Leiter der Malteser-Helfergruppe, schilderte MHD-Generalsekretär Georg von Truszczyński am Nachmittag des 26. März 1975 das verheerende Chaos, gegen das die neun deut-

In diesem Augenblick sandte Generalsekretär von Truszczyński den letzten Funkspruch über das keilförmige Antennengeflecht vor der Zentrale des MHD nach Vietnam – die Weisung des für die humanitäre Hilfe in Südvietnam zuständigen Bundesinnenministers, das Fernschreiben Nr. 4304–2603 mit dem

Hilfsdienstes war zu Ende. 303 Malteser waren während der achtjährigen Tätigkeit der Hilfsorganisation von 1966 an in Indochina im Einsatz gewesen. Fünf von ihnen sind nicht lebend nach Deutschland zurückgekehrt . . .

Vietnam steht als Beispiel dafür, daß der Malteser-

Ergebnis der Reise machte im MHD-Generalsekretariat in Köln schnell die Runde: Die vietnamesische Bevölkerung hat den Malteser-Hilfsdienst nicht vergessen! Die Delegation wurde von vielen ehemaligen vietnamesischen Mitarbeitern herzlich begrüßt. Die Deutschen vom MHD haben in dem schwer geprägten Land im Fernen Osten zweifellos auch als Botschafter der Bundesrepublik gewirkt. Daß der MHD bei Wiederaufnahme seiner Hilfsmaßnahmen für Vietnam am richtigen Ort hilft, beweisen auch Briefe wie der des 57jährigen Tang Tan Ngo: „Meine Krankheit machte mich fast wahnsinnig. Aber Eure herzliche Behandlung tröstete meinen ganzen Kummer. Eure Menschenliebe hat mein Herz durchdrungen. Ich preise Euch, und ich bitte immer zu Gott, Euch glücklich zu machen.“



Links: 1959 richtete der MHD in verschiedenen Diözesen Unfallhilfsstellen ein. Ausstattung: 1 Sanitätstasche, 1 Sanitätskiste, 1 Krankentrage. Der Ausbau des Notrufmeldesystems schränkte die Zahl der Unfallhilfsstellen ein. 1976 bestanden noch 653 Einrichtungen dieser Art, vornehmlich auf dem Lande.

Rechts: Bei Sportveranstaltungen aller Art sind Malteser-Helfer anzutreffen.



Links: Das größte Katastrophenschutzlager des MHD in Frechen bei Köln. In den Garagen wartet ein Betreuungszug auf seinen Einsatz: LKW, Wasseraufbereitungsanlagen, „Lichtgiraffe“, Feldküche. Hilfsgüter und medizinisches Material liegen griffbereit in Containern und auf Paletten. Rechts: MHD-Generalsekretär Georg von Truszczyński hat den Malteser-Hilfsdienst von der ersten Stunde an begleitet. Vieles von dem, was der MHD heute darstellt, geht auf das unermüdliche Schaffen des Generalsekretärs zurück. Für Presse, Funk und Fernsehen ist er der Gesprächspartner.



Praktische Caritas

Verständlich, daß solche Briefe im MHD-Generalsekretariat und bei den Helfern dankbar und aufmerksam registriert werden. Dennoch gilt weiterhin, was Generalsekretär Georg von Truszczyński „seinen“ Maltesern anlässlich der Hochwasserkatastrophe in Hamburg 1962 ins Stammbuch schrieb: „Die Liebestätigkeit der Caritas kann nur in der Tat bewiesen werden, und es bedarf keiner großen Erwähnung in der Öffentlichkeit, da diese nicht daraus, sondern allein aus dem christlichen Glauben genährt wird. Schönstes Glück und höchsten Lohn findet der Helfer im Bewußtsein freudig erfüllter Einsatzbereitschaft. . . . Dank, Anerkennung . . . unserer Hilfstätigkeit . . . sollten wir nicht erwarten, sondern uns vielmehr bewußt sein, daß wir nichts als nur unsere Pflicht getan haben, nämlich praktische Caritas zu üben, bis in den Lebensbereich des einzelnen hinein.“

schen Malteser vergeblich ankämpften. Im ehemaligen 170-Betten-Hospital der Malteser in der südvietnamesischen Hafenstadt DaNang mußten mehr als 300 Kranke und Verletzte versorgt werden. „Die Kranken liegen auf der Erde, auf den Gängen“, funkte Otto Hanisch. Nordvietnamesische Truppen hatten DaNang von den drei Landseiten her umzingelt. „Jede Arbeit in diesem unbeschreiblichen Chaos ist unmöglich. Wir brechen ab!“

Wortlaut: „Nach Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt ist die Empfehlung des deutschen Botschafters in Saigon, den MHD-Beraterstab aus dem Krankenhaus DaNang abzuziehen, verbindlich. Ich bitte, den Einsatz unverzüglich abbrechen und die Rückführung des von Ihnen gestellten deutschen Personals aus DaNang zu veranlassen. – Der Bundesminister des Innern.“ – Eines der aufregendsten Kapitel in der Geschichte des Malteser-

Hilfsdienst ungeachtet weltanschaulicher oder politischer Verhältnisse für die Menschen in Not da ist: Im November 1977 hat der Geschäftsführende Vorstand des MHD, Dieter Graf Landsberg-Velen und Georg von Truszczyński, auf Einladung des Vietnamesischen Roten Kreuzes die Möglichkeit überprüft, die 1975 unterbrochene Hilfe mit der Ergänzung der MHD-Einrichtungen in der Provinz Quang Nam fortzuführen. Das beglückendste

Weltweit tätig

Ärzte, Pflegepersonal und Schwesternhelferinnen leisteten nach diesen Grundsätzen medizinische Hilfe bei Erdbebenkatastrophen in Peru (1970) und in Udine/Oberitalien (1976). Der Malteser-Hilfsdienst unterstützte die Hilfsaktion der Bundesregierung im Erdbebengebiet von Bukarest/Rumänien (1977) und stellte vier Rettungstransportwagen zur Verfügung. Maschinen der Bundeswehr flogen die Fahrzeuge und acht Helfer vom Flughafen Köln/Bonn in die rumänische Hauptstadt.

Einsatzkräfte des MHD richteten bei der Flutkatastrophe in Pakistan (1970) auf der Insel Hatja ein Feldlazarett und versorgten die Bevölkerung. Im Flüchtlingsauffanglager Salt-Lake bei Kalkutta/Indien kümmerten sich MHD-Mitarbeiter des Auslandsdienstes 1971 um die Gesundheit pakistischer Flüchtlinge. Drei Jahre lang – von Januar 1974 bis Dezember 1976 – arbeiteten MHD-Teams anlässlich der Dürrekatastrophe in Äthiopien. Bei seinem Abschlußbesuch in Chifra übergab MHD-Generalsekretär Georg von Truszczyński vom MHD errichtete Ambulanz, Schule und landwirtschaftliche Einrichtung an den Gesundheitsminister von Äthiopien.

Baufachleute des Malteser-Hilfsdienstes, die schon in Vietnam beim Bau von Zahnstation und Werkstatt-halle (1967), des MHD-Kinderhospitals in AnHai, des neuen MHD-Hospitals in AnHoa (1968) und des deutsch-vietnamesischen Hospitals in DaNang (1972) ausgezeichnete Arbeit geleistet hatten, bauen seit Oktober 1976 Gemeinschaftszentren und Altenwohnhäuser in der vom Erdbeben betroffenen Region Friaul/Oberitalien. Zu Aufbauarbeiten in das vom Erdbeben am 9. November 1976 zerstörte Wohngebiet

in der Provinz Van/Osttürkei entsandte der MHD-Auslandsdienst vom 9. August bis 20. Dezember 1977 14 Handwerker in das Gebiet um Muradiye an der türkisch-iranischen Grenze. Sie leisteten im dünnbesiedelten Hochland von Ostanatolien mit 21 erdbebensicheren Fertiggbauten (Krankenstationen, Schulen

dieses Jahrhunderts in Deutschland, die in der Nacht zum Samstag, dem 10. Februar 1962, über die Nordseeküste hereinbrach, standen Katastrophenzüge des MHD unermüdlich im Einsatz. Hunderte von Helfern beteiligten sich an der Verteilung von Sachspenden und an der Evakuierung der Bevölkerung. Allein

„Prinse Irene“ auf dem Rhein in Köln – in kürzester Zeit war der Malteser-Hilfsdienst einsatzbereit. Ein Beispiel: Vom Eintreffen des Hilfeersuchens der italienischen Regierung am 14. Mai 1976 über den MHD-Telex-Anschluß 8 882 337 mhdkd mit der Bitte um medizinische Versorgung der Bevölkerung



Links: Ein Krankentransportwagen des Malteser-Hilfsdienstes verläßt das Hospital in HoiAn. Hier hatte der MHD am 1. April 1967 seine Zentrale bezogen. – Rechts: Wo gehobelt wird, da fallen Späne: Das Team des MHD-Auslandsdienstes baute in der südvietnamesischen Stadt HoiAn eine Werkstatthalle auf. Die Malteser bildeten junge Vietnamesen zu Schreibern und Kfz-Mechanikern aus.



Links: Der acht Jahre dauernde humanitäre Hilfeinsatz des MHD begann am 15. August 1966. Im Hamburger Hafen wurden die ersten Kraftfahrzeuge mit Tropenausrüstung auf das französische Frachtschiff „Taiga“ verladen. Ziel: die südvietnamesische Hafenstadt Saigon.

Rechts: Die mobile Zahnstation des Malteser-Hilfsdienstes macht Halt in einem Dorf im Süden Vietnams. Die Bevölkerung hat Vertrauen zu den „Ducs“, den Deutschen. Die Vietnameser nennen die Malteser-Helfer aus der Bundesrepublik „weiße Engel“ – wegen des weißen Malteser-Kreuzes auf der Brust.

und Wohnhäuser) einen erheblichen Beitrag zur Infrastruktur (siehe Reportage ab ZS-MAGAZIN 12/77). Im Frühjahr werden die Arbeiten fortgeführt.

Schnell einsatzbereit

Zu den 14 Auslandseinsätzen des MHD in den vergangenen 25 Jahren kamen im Inland zahlreiche Einsätze von nicht minder großer Bedeutung. Bei der größten Flutkatastrophe

die MHD-Gruppe Bergedorf hatte mit zwei geliehenen Lastwagen in wenigen Stunden 184 Bewohner in Hamburg-Billstedt evakuiert. 1965 gab es ähnliche Leistungen beim Großeinsatz des MHD bei der Flutkatastrophe im Raum Paderborn-Büren-Lippstadt.

Ob große Waldbrände in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (1976) oder große Unglücksfälle wie der Brand des niederländischen Fahrgastschiffes

im norditalienischen Erdbebengebiet bis zur Errichtung des Feldlazaretts am Ort vergingen keine 24 Stunden. Das vorbildliche Katastrophenschutzlager des MHD in Frechen bei Köln macht die zeitraubende Beschaffung von Hilfsgütern und medizinischem Material unnötig. Für den schnellsten Einsatz in Katastrophenfällen hält der MHD die benötigten Materialien dort auf Paletten und in Containern bereit. In den Frechener MHD-

Garagen wartet ein Betreuungszug auf seinen Einsatz: Lastkraftwagen, die nicht nur im Inland Hilfgüter transportieren, sondern auch Medikament-Sendungen des MHD für Angola-Flüchtlinge nach Lissabon/Portugal gebracht haben (1975). Daneben stehen Wasseraufbereitungsanlagen, die aus Flußwasser

sind nur möglich gewesen durch die große Zahl freiwilliger Helferinnen und Helfer, die sich dem Malteser-Hilfsdienst über 25 Jahre hinweg – oft unter großen persönlichen Opfern – zur Verfügung gestellt haben. Nicht zuletzt die „stillen“ Helfer in der Organisation haben den Erfolg des MHD begründet. Unauffällig verse-

den und Feiertagen am Rande der Autobahnen in ihren Unfallrettungswagen aufmerksam den Funkverkehr verfolgt, um Unfallverletzte sofort medizinisch versorgen zu können. Die Einsatzbereitschaft der Malteser-Helfer erstreckt sich aber nicht nur auf Unfall- und Katastrophenhilfe. In einem Jahr (1976) haben

den Fahrdienst für körperlich und geistig behinderte Kinder in Schulen und berufsbildenden Einrichtungen, an die Altenbetreuung, den Mahlzeitendienst „Essen auf Rädern“, Sterbehilfen in Krankenhäusern, Aufsicht auf Spielplätzen und in Kinderhorten?



Malteser-Helfer auf dem Weg zu einer Krankenstation in der Umgebung von AnHoa/Südvietnam. Nicht immer waren die Einsatzorte mit dem geländegängigen Jeep zu erreichen. Dann stieg die Ambulanzgruppe kurzerhand mit ihrer medizinischen Ausrüstung in ein Boot um.

1,6 Millionen Lehrgangsteilnehmer

Wesentliches Augenmerk richtet der Malteser-Hilfsdienst auf die Ausbildung. 1976 wurden 512 Ausbilder, 9725 Helfer und 132 490 Laienhelfer ausgebildet. Seit dem ersten Kursus in Erster Hilfe im Dezember 1953 haben mehr als 1,6 Millionen Lehrgangsteilnehmer beim MHD die Handgriffe zur Bergung von Verletzten und die Sofortmaßnahmen am Unfallort gelernt. Der MHD ist nicht erst nach dem Erlass entsprechender Richtlinien in einigen Bundesländern, die Erste Hilfe als Pflichtunterricht anstreben, in die Schulen gegangen. Von Anfang an waren Ausbilder des MHD in den Schulen tätig. Die Malteser sind von der Dringlichkeit einer Breitenausbildung in Erster Hilfe überzeugt: Allein in den allgemeinen und berufsbildenden Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen verunglückten im Jahre 1974 mehr als 181 000 Schüler. Davon ereigneten sich ca. 70 000 Unfälle in der Pause und ca. 88 000 während des Unterrichts. Auf dem Schulweg erlitten 23 300 Schüler Unfälle. Die Arbeit in den Schulen kommt schließlich den aktiven MHD-Einheiten zugute. Heute sind viele der ausgebildeten Schüler Angehörige der MHD-Katastrophenschutzzüge.



Links: Das Flüchtlingslager Salt-Lake in der Nähe von Kalkutta/Indien. Malteser-Helfer kümmerten sich 1971 um die medizinische Betreuung pakistanischer Flüchtlinge.

Rechts: Der Malteser-Hilfsdienst im schwarzen Erdteil. Von 1974 an half ein MHD-Team drei Jahre lang Not zu lindern, die durch die Dürre-Katastrophe in Äthiopien entstanden war. Als Soforthilfe verteilten die Helfer Stoffe und Decken zum Schutz gegen die nächtliche Kälte im Hochland.

bis zu 8000 Liter Trinkwasser pro Stunde bereiten können. Bei Hilfsmaßnahmen von über sechs Stunden Dauer rückt die Feldküche aus den Frechener MHD-Garagen aus. Den Grundvorrat an einschlägigen Lebensmitteln hält der MHD ebenfalls in seinem größten Katastrophenschutzlager in Frechen bereit.

Die vielen aufsehenerregenden Hilfsmaßnahmen, von denen bisher die Rede war,

hen sie im Zeichen des achtspeitzigen, weißen Malteser-Kreuzes auf rotem Grund ihren Dienst. Meist stehen sie am Rande: in den Unfallboxen und Sanitätsstationen bei Veranstaltungen aller Art – Sechstagerennen, Fronleichnamprozession, Konzert, Karnevalsumzug, Katholikentag, Demonstration, Feierstunde. Jahrelang, bis zum Inkrafttreten eines neuen Rettungsgesetzes in einigen Bundesländern, haben Malteser-Helfer an Wochenen-

Schwesternhelferinnen, Pflegediensthelfer und Rettungssanitäter in 289 Krankenhäusern mehr als 250 000 Dienststunden geleistet; freiwillig, unentgeltlich, an Wochenenden und Feiertagen. Wer denkt gleich an die vielfältigen sozialen und karitativen Betreuungsdienste, die der Malteser-Hilfsdienst im Rahmen der Caritas anbietet? An die Medikamentendienste, Betreuung von Sozialstationen, die Begleitung von Wallfahrten, an

Über 50 000 Schwesternhelferinnen

Eine Möglichkeit, seine Ideale des Helfenwollens zu verdeutlichen, sah der

Malteser-Hilfsdienst auch in der Ausbildung von Mädchen und Frauen zur Schwesternhelferin. Interessierte 17- bis 50jährige erhalten in einer „Block“-Ausbildung oder in mehrmonatigen Abend- und Wochenendkursen eine Einführung in die elementaren Grundbegriffe der allgemeinen Krankenpflege. Der Unterricht vermittelt darüber hinaus wertvolle Kenntnisse auf dem Gebiet der Gesundheitslehre und -vorsorge. Der theoretische Unterricht wird durch ein 14tägiges Praktikum in einem Krankenhaus oder Altenpflegeheim ergänzt. Die Schwesternhelferinnen sollen nach erfolgreichem Lehrgangsabschluß in der Lage sein, examiniertes Krankenpflegepersonal bei der Pflege Kranker und Verletzter zu unterstützen. Schwesternhelferinnen des Malteser-Hilfsdienstes waren besonders in den Zeiten der prekären Personalsituation in den Krankenhäusern in den 60er Jahren gesuchte ehrenamtliche Hilfskräfte. Nachdem der Krankenpflegeberuf in den letzten Jahren für junge Menschen attraktiver geworden ist, fordern die Krankenhäuser weniger Schwesternhelferinnen an. Damit sank auch die Zahl der Ausbildungsplätze. Der MHD hat deshalb in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband nach neuen Einsatzmöglichkeiten gesucht. Neben dem Sonntagsdienst in den Krankenhäusern nimmt der Einsatz von Schwesternhelferinnen in der Nachbarschaftshilfe, in der Hauskrankenpflege oder in Sozialstationen einen immer breiteren Raum ein. Mehr als 50 000 Schwesternhelferinnen hat der Malteser-Hilfsdienst seit 1962 erfolgreich ausgebildet, damit bei öffentlichen Notständen auch weiterhin genügend geschulte Pflegekräfte zur Verfügung stehen. Da immer mehr Zivildienstleistende in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen ihren Ersatzdienst ab-

leisten, führen Malteser-Hilfsdienst und Deutscher Caritasverband seit 1975 spezielle Lehrgänge durch. Ziel ist, die Zivildienstleistenden auf die Begegnung mit den Kranken und alten Menschen besser vorzubereiten.

„Kollege Computer“

Wenn beim MHD auch der Mensch im Vordergrund

Es hatte sich bei der äthiopischen Bevölkerung schnell herumgesprochen, daß die Malteser-Helfer in Ruga (Provinz Wollo) eine Ambulanzstation errichtet haben. Täglich mußte die Ärztin unterernährte Kinder und Erwachsene untersuchen und behandeln.



steht, so verschließt sich die Hilfsorganisation nicht dem technischen Fortschritt. „Kollege Computer“ hat im August 1975 seine Arbeit im Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes in Köln-Rodenkirchen aufgenommen. Die elektronische Datenverarbeitung enthält nicht nur die Stammdaten der rund 50 000 MHD-Mitglieder. Auch die Behördenkartei der über 50 000 ehrenamtli-

chen Schwesternhelferinnen sind in die Datenspeicher eingegeben worden. Die zeitraubende Beschäftigung mit Karteikarten wurde somit im Generalsekretariat des MHD Büro­tätigkeit von „gestern“.

Nach den Anfängen in Münster ist der Sitz des MHD seit 1956 in Köln. „Ausschlaggebend für diese Standortwahl war nicht zuletzt die verkehrsgünstige Lage

4 Landesgeschäftsstellen und 10 Bezirksgeschäftsstellen. Von diesen Mitarbeitern waren 1976 191 im Verwaltungsbereich einschließlich der Ausbildungstätigkeiten und 411 in den Bereichen Behinderten-, Krankentransport- und Rettungsdienst eingesetzt. Präsident des Malteser-Hilfsdienstes ist Friedrich Fürst von Hohenzollern, unter den Vorstandsmitgliedern

der Domstadt und ihre Nähe zur Bundeshauptstadt“, sagt Generalsekretär von Truszczyński. Vom „GS“, wie die Malteser sagen, in der Hauptstraße 24 im Kölner Vorort Rodenkirchen und der schräg gegenüberliegenden „Villa Malta“ (Malteser-Kürzel: „Burg“) werden die Geschäfte des Malteser-Hilfsdienstes gelenkt. Der MHD beschäftigt etwa 600 Mitarbeiter in 22 Diözesangeschäftsstellen,

sind Vertreter des Deutschen Caritasverbandes ebenso wie die Generaloberin der Schwesternhelferinnen und Ärzte. Dem Zentralrat gehören der Weihbischof von Paderborn und Bundesminister a. D. Dr. Rainer Barzel an.

Erfreuliche Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit den staatlichen und kom-

munalen Behörden und Institutionen ist von einem partnerschaftlichen Verhältnis gekennzeichnet.

Die Kontakte zu den Bundesleitungen der drei anderen Sanitätsorganisationen ASB, DRK und JUH verdeutlichen den gemeinsamen Willen, die allen vier Organisationen gestellten Aufgaben optimal zu erfüllen. Der damalige Bundeskanz-

dienst der Bundeswehr mitzuwirken."

An den Grenzen des Möglichen

Seit seiner Gründung im Jahre 1953 ist der Malteser-Hilfsdienst in der Bundesrepublik Deutschland dank seiner 50 000 Mitglieder und vieler freiwilliger Helfer den Weg der Tat

geringere Zuweisung öffentlicher Gelder hat jedoch bei den Mitarbeitern des MHD – so seltsam das klingen mag – noch größere Aktivitäten ausgelöst: Die Helfer haben noch einmal zusätzliche Eigeninitiative entwickelt bis an die Grenzen des Möglichen. Jedoch fragt man sich – nicht nur beim MHD – wie die ehrenamtliche Mitarbeit im sozial-karitativen Bereich,

nach den Motiven der Helfer für ihre Mitarbeit im Malteser-Hilfsdienst hört man viele. Manche Motivation spiegelt sich in den Worten eines MHD-Arztbesuchers wider, der im Frühjahr im Feldlazarett im norditalienischen Erdbebengebiet mithalf, die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen: „Zu Hause“, meinte er, „werden wir noch oft daran denken: an die



Oben: Besuch des MHD-Generalsekretärs von Truszczynski in Ruga/Äthiopien. Er übergab dem Malteser-Team eine Spende, die zum Kauf von Nahrungsmitteln und Decken verwandt wurde.

Unten: Wunden, die der Krieg schlug: Die Malteser-Helfer wurden in Vietnam mit allen Kriegsverletzungen konfrontiert.

Oben: Der Vatikan hatte dem Souveränen Malteser-Ritterorden den Sanitätsdienst während des Heiligen Jahres 1975 auf dem Petersplatz in Rom übertragen. Der MHD-Deutschland stellt das erste Einsatzteam.

Unten: Vier Rettungstransportwagen und acht Helfer flogen mit Maschinen der Bundeswehr vom Flughafen Köln/Bonn ins Erdbebengebiet nach Bukarest (Rumänien). Die Fahrzeuge wurden dem rumänischen Staat von der Bundesrepublik übergeben.

Oben: Nach der medizinischen Hilfe kamen Baufachleute des MHD ins Erdbebengebiet Friaul/Norditalien. Neben den Trümmern der zerstörten Häuser bauen die Handwerker erdbebensichere Altenwohnhäuser und Gemeinschaftszentren im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes.

Unten: Schwesternhelferinnen erhalten beim MHD eine solide Ausbildung, so können sie examiniertes Krankenpflegepersonal wirksam unterstützen.

ler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer, anerkannte am 28. Juni 1962 den Malteser-Hilfsdienst als freiwillige Hilfsgemeinschaft im Sinne des Artikels 26 des Ersten Genfer Abkommens vom 12. August 1949 „zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde“ und ermächtigt ihn, „unter eigener Verantwortung in dem Ständigen Sanitäts-

gegangen: von der Ausbildungsorganisation für Erste Hilfe zum international anerkannten Katastrophenschutzpartner. Der Malteser-Hilfsdienst entlastet, wie die übrigen Hilfsorganisationen in freier Trägerschaft, Kommunen und Staat in finanzieller und personeller Hinsicht erheblich. Dennoch mußte auch der MHD in den letzten Jahren immer wieder Mittelkürzungen hinnehmen. Die

in dem Bürgerinitiativen wie die des MHD finanziell kaum hoch genug zu beziffernde Leistungen für das Gemeinwohl erbringen, mit geringer werdenden Mitteln der öffentlichen Hand auch zukünftig gesichert werden kann. Denn: Zum Helfen-Wollen gehört auch die gute Ausbildung und das möglichst beste Gerät. Letzteres kostet Geld... Antworten auf die Frage

Nächte im Zelt, wenn die Nachtigall plötzlich verstummte, und wieder ein Erdstoß das Zelt erbeben ließ; an die Kontraste zwischen dem blühenden Voralpenland und seinen verwüsteten Dörfern; an die Kameradschaft, die zwischen uns entstand, und an die persönliche Begegnung mit Menschen in Not, denen wir helfen dürfen."

STURMFLUT – auf Zentimeter vorausberechnet

Der Windstau- und Sturmflutwarndienst des Deutschen Hydrographischen Instituts ist rund um die Uhr im Einsatz

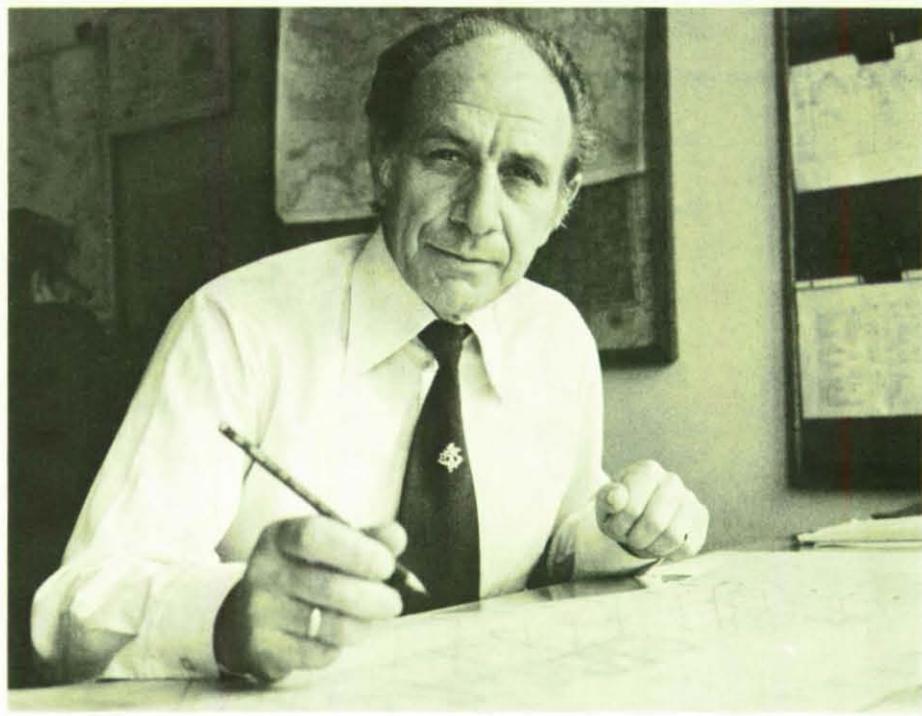
Windstärken bis zu zehn brachten die Herbststürme 1977, die über die deutschen Küsten hinwegrasten. Glücklicherweise blieb die befürchtete Sturmflut aus; das Hochwasser stieg zwar zwei Meter über seinen Normalstand und überschwemmte im Hafen von Hamburg weite Gebiete, brachte aber keine ernsthafte Gefahr für die deutsche Nordseeküste. So begann für die Männer des Sturmflutwarndienstes des Deutschen Hydrographischen Instituts in Hamburg wie in jedem Jahr die Herbst- und Winterzeit. „Sturmfluten können plötzlich, wenn keiner damit rechnet, und überdies noch an Wochenenden oder Feiertagen auftreten, so daß die Warnung oftmals wirkungslos bleibt“, kommentiert Ralph Annutsch, Leiter des Windstau- und Sturmflutwarndienstes, seine Erfahrungen.

Vorausberechnung der Gezeiten

Dabei ist die Sturmflutwarnung eigentlich nicht die primäre Aufgabe des Deutschen Hydrographischen Instituts, das direkt an den Landungsbrücken von St. Pauli sein Domizil hat. „Die Gezeitenvorausberechnung für die Schifffahrt bestimmt unsere Alltagsarbeit“, berichtet der Wissenschaftler. Diese Aufgabe ist dem Institut durch Gesetz übertragen worden. „Wir wollen in erster Linie die Schifffahrt hinsichtlich zu erwartender Wasserstände informieren, wenn aber Ausnahmesituationen auftreten, ändert sich der Interessentenkreis. Dann wird aus der Wasserstandsvorhersage die Sturmflutwarnung“, berichtet der Ozeanograph von seiner Arbeit. Abweichungen von einem Meter und mehr vom örtlichen Mittleren Hochwasser sind schon Ausnahmesituationen. Hier beginnen nach der Definition der Wissenschaftler die Sturmfluten.

Interessen des Bürgers

Während diese hohen Wasserstände die Schifffahrt nur beim Lösch- oder Ladebetrieb oder bei Brückendurch-



Ozeanographisches Wissen und jahrelange Erfahrung sind für die Voraussage der Wasserstände notwendig. Der Leiter des Windstau- und Sturmflutwarndienstes des Deutschen Hydrographischen Instituts, Ralph Annutsch, war Gesprächspartner des ZS-MAGAZIN.

fahrten noch tangieren, interessieren sich nun weite Bevölkerungskreise für diese Nachrichten. Der Empfängerkreis der Warnungen reicht von den verschiedenen Wirtschaftsunternehmen in den bedrohten Hafengebieten bis zu Deichverteidigungsverbänden, Gemeindeverwaltungen und Katastrophenschutzorganisationen. Gerade in den Wintermonaten tritt die Gefahr der Sturmflut am häufigsten ein. Denn nach den Daten der Wissenschaftler kommen derartige Naturereignisse in diesen Monaten verstärkt vor. Sie werden begünstigt durch die hohe Zyklonentätigkeit, durch starke Temperaturunterschiede in der Frontalzone verursacht, durch die niedrigen Temperaturen von Wasser und Luft, die sich auf die Wirkungskraft des Windes auf das Wasser entscheidend auswirken können.

Gezeiten und meteorologische Einflüsse heben und senken den Meeresspiegel. „Dieses Knäuel von Ursache

und Wirkung wenigstens teilweise zu entflechten und formelmäßig zu erfassen, war eine Aufgabe im Hinblick auf die Entwicklung eines Wasserstandsvorhersageverfahrens, das den Anforderungen der Schifffahrt entspricht“, analysiert Ralph Annutsch. Erst durch die langjährigen Beobachtungen und Aufzeichnungen der Wasserstände in Abhängigkeit von der Stellung von Mond und Sonne zur Erde und zu anderen meteorologischen Verhältnissen sei die heutige Präzision der Vorhersage möglich geworden. Während sich die Gezeit an der deutschen Nordseeküste als relativ gut und für längere Zeit im voraus zu bestimmende Größe darstellt, die sich hinreichend genau aufzeichnen läßt, wird der Wasserstau auf die meteorologischen Größen zurückgeführt, die im Bereich der Deutschen Bucht wirksam sind. Dazu gehören vor allem der Wind mit seiner Richtung und Stärke, der statische Luftdruck, zeitliche Luftdruckänderun-

gen, Wassertemperatur- und die Temperaturunterschiede zwischen Luft und Wasser. Dank fortschrittlicher Elektronik gilt die Berechnung inzwischen als gelöst: Bis auf etwa zehn Zentimeter genau gelingt es, die eingetretenen Wasserstände zu reproduzieren, wenn die ursächlichen meteorologischen Größen bekannt sind.

„Diese geringe Fehldifferenz überschreiten wir auch nicht bei den größten Sturmfluten“, meint Ozeanograph Ralph Annutsch.

Warnungen nach Plan

Wenn das Hochwasser nur um 75 Zentimeter über den mittleren Werten eintritt, kann das Vordeichgelände bereits überschwemmt werden. So enthält ein Warnkalender alle Informationsschritte, die beim Errechnen einer bestimmten Wasserstandshöhe ergriffen werden müssen. Bei Steigerungswerten von unter einem Meter sind bereits landwirtschaftliche Betriebe im Warnregister aufgeführt, die ihre Viehbestände aus dem Gelände vor dem Deich evakuieren müssen. Bis zu zwölf Stunden beträgt die Vorwarnzeit: „Wir warnen, sobald die Gefahr erkannt ist.“ Denn auch regionale Verzögerungszeiten sind zu berücksichtigen. Zwischen Borkum, wo Sturmfluten höchstens mit sechsstündiger Vorwarnung vom Warndienst in Hamburg vorausberechnet werden können, und Westerland oder Amrum gibt es Verzögerungszeiten zwischen dem Eintreten von Höchstwasserständen von etwa drei Stunden. Vier Stunden beträgt die Zeitdifferenz zwischen dem Eintreten von Höchstwasserständen in Cuxhaven und Hamburg. Diese zeitlichen Unterschiede bedingen die Einteilung der deutschen Küste in Warngebiete: ostfriesische Küste, Jadedbusen, Wesergebiet, Elbebereich, nordfriesische Küste, Flensburger Förde, Kieler und Lübecker Bucht.

Das Informationssystem

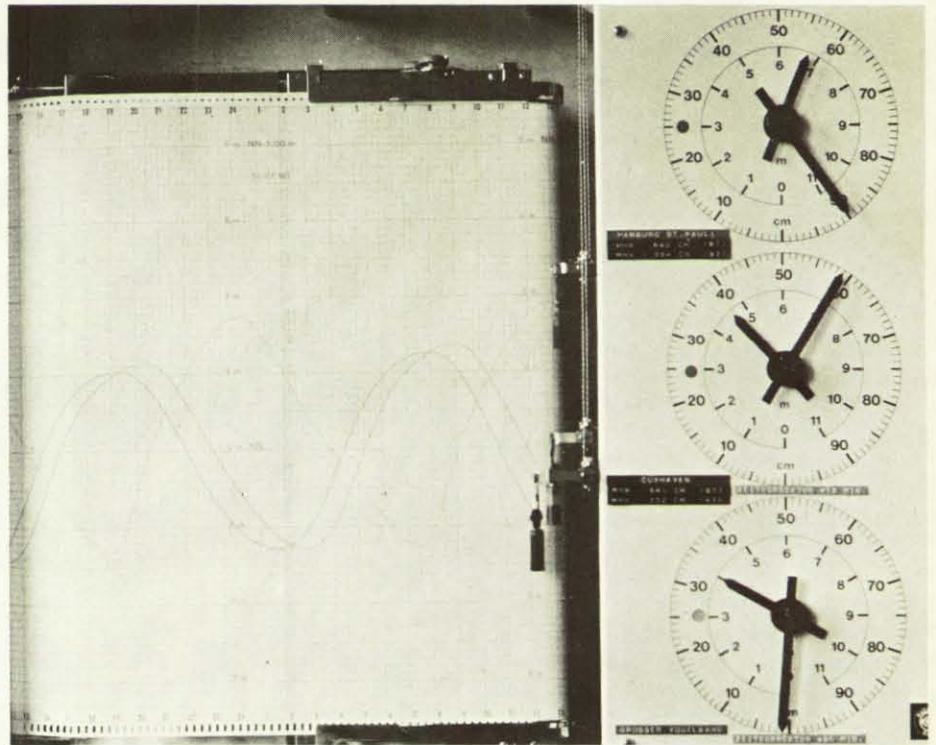
Die Sturmflutwarnungen beinhalten, um wieviel das Hochwasser das örtliche Mittlere Hochwasser voraussichtlich überschreiten wird. Und diese Warnungen gelten nicht nur für das nächste Hochwasser allein, sondern auch für die nachfolgenden Höchststände. „Wir warnen also nur dann von neuem, wenn wir erkennen, daß ein nachfolgendes Hochwasser gefährlicher wird als bisher angegeben, oder

wenn aus einer Wasserstandsvorhersage auf ein Abklingen der Gefahr zu schließen war, aber erneut Gefahr besteht“, informiert das Merkblatt des Deutschen Hydrographischen Instituts. Wenn das Wasser um einen Meter höher als das Mittlere Hochwasser steigt, tritt zwar noch nicht der Katastrophenschutz auf den Plan, doch auf jeden Fall müssen die was-

Bundespost informiert und können dann unterstellte Behörden, Institutionen oder Gliederungen nach eigener Entscheidung unterrichten.

Eile geboten

Es geht um Schnelligkeit, wenn etwa die 390 Empfänger der Hamburger Warngruppe über voraussichtliche



Die Fernübertragung der wichtigsten Wasserstände von den Pegeln der Landungsbrücken von St. Pauli, von Cuxhaven und vom Großen Vogelsand (von oben nach unten) machen eine genaue Kontrolle der prognostizierten Daten möglich.

serwirtschaftlichen Betriebe wie Sied- und Schleusenunternehmen im Vordeichbereich gewarnt werden. So tauchen in den Warngruppen auch zahlreiche Industrieunternehmen auf, die einzelne Anlagen vor den Deichen besitzen. Steigt da das Wasser nach den wissenschaftlichen Prognosen über 1,50 Meter, dann wird bereits den Kreisverwaltungen eine Vorwarnung gegeben. An die Landesregierungen gehen Warnungen, wenn die magische Marke von zwei Metern überschritten wird. „Dies kommt statistisch einmal im Jahr vor“, berichtet der Leiter des Hamburger Dienstes. Doch in diesem Fall läuft der Informationsapparat auf Hochtouren. Deichbehörden, Kurverwaltungen, Katastrophenschutzorganisationen, die Halligen, Wasserschutzpolizei, Bohrinseln, Wehrbereichskommandanturen, Feuerwehr und das Technische Hilfswerk werden dann durch sogenannte Wobs-Telegramme (von „Water-Observation“ abgeleitet) der Deutschen

Wasserhöchststände informiert werden müssen. Einige betroffene Bundesländer an der Küste unterstützen bereits das Informationssystem des Deutschen Hydrographischen Instituts in Hamburg mit eigenen Diensten. Selbst private Empfänger von Warntelegrammen – Industrie- und Handelskammern, Sparkassenverbände oder Arbeitgeberorgane – unterstützen im Schneeballsystem die Arbeit der Ozeanographen hoch über den Landungsbrücken von St. Pauli. Rund 45 Minuten benötigt die Bundespost in der Regel, um über Telegrafeneleitungen alle im Warnkalender aufgeführten Nachrichtempfänger zu informieren.

Verbreitung über Rundfunk

Die wichtigste Rolle bei der Information der betroffenen Bevölkerung spielt der Rundfunk. „Der Kontakt

ist inzwischen eingespielt", meint Ralph Annusch. Der Norddeutsche Rundfunk, Radio Bremen und der Deutschlandfunk verbreiten in ihren verschiedenen Programmen zu festen Zeiten die Wasserstandsvorhersagen. „Das plötzliche Erkennen einer Sturmflutgefahr oder einer Änderung der Gefahr kann ein Abweichen von den üblichen Vorhersageterminen erforderlich machen", erläutert der Wissenschaftler. So seien mit den Rundfunkanstalten Absprachen getroffen worden, die es im Bedarfsfall ermöglichen, jederzeit Warnungen in das laufende Programm einzublenden.

Neues Sirensignal

Doch gibt es noch Informationsprobleme: Nicht jeder Betroffene sitzt vor dem Rundfunkempfänger, um Sturmflutmeldungen zu hören. So wurde auf Beschluß der Innenministerkonferenz der Bundesländer ein neues Sirensignal eingeführt: „Rundfunkgerät einschalten!" (siehe ZS-MAGAZIN 12/77, Seite 2). Gerade im Küstenbereich schließt das neue Signal eine Lücke. Telefonische Ansgedienste, Böller und fernmündliche Warnungen ergänzen das Informationskonzept des Wasserstandsvorhersage- und Sturmflutwarndienstes. „Die Aufgabe unseres Dienstes liegt darin, die Gefahr zu erkennen und auf sie aufmerksam zu machen. Damit wird aber niemand von der eigenen Wachsamkeit entbunden", betont das Merkblatt des Instituts, das als Bundeseinrichtung dem Bundesverkehrsministerium untersteht.

Der 3. Januar 1976

Wenn sich Wasserstände ankündigen, die um über drei Meter das Mittlere Hochwasser überschreiten werden, besteht generell Katastrophenalarm. Als „sehr schwere Sturmflut" bezeichnet der Warnkalender dieses Naturphänomen, das in den Küstengebieten fieberhafte Aktivitäten auslöst. Am 3. Januar 1976 hatten die Pegel die bisher höchsten Wasserstände angezeigt – sogar noch erheblich über den Werten der „Jahrhundertflut" vom 11. und 12. Februar 1962. Das war die letzte große Bewährungsprobe für den Warndienst, der das rechtzeitige Anlaufen der Katastrophenschutzvorkehrungen erst ermöglichte.

Im Gegensatz zu 1962, als sich das Sturmtief in einem Zeitraum von vier

bis fünf Tagen bildete, baute sich im Januar 1976 das Unwetter innerhalb weniger Stunden völlig überraschend auf, erreichte in der Nacht zum 3. Januar 1976 seinen Höhepunkt und verlagerte sich im Laufe des Tages unter leichter Abschwächung in östliche Richtung. So verhinderte ein von Nord auf Nordwest drehender Orkan ein Ablaufen des Wassers bei Ebbe und

worden. Das Niedersächsische Hafenamtschloß die Deichtore im Hafengebiet, die Feuerwehr der Stadt dichtete die Wattwagendurchfahrten in den Stadtteilen Duhnen, Sahlenburg und Berensch an den Deichen ab. Deich- und Schleusenverband, Wasser- und Schiffsamt, Wasserschutzpolizei, Schutz- und Kriminalpolizei, der Zoll, das Deutsche Rote Kreuz und die



Rund um die Uhr steht der Dienst des Deutschen Hydrographischen Instituts zur Verfügung, um Daten zu sammeln, auszuwerten und im Notfall vor ungewöhnlichen Wasserständen zu warnen.

drückte die aufgestauten Wassermassen in die Deutsche Bucht und damit vor allem in die Flußmündungen von Elbe und Weser. Cuxhavens Oberstadtdirektor Dr. Hans-Heinrich Eilers: „Unser Einsatz gilt noch besseren Warnsystemen und umfangreicheren Schutzmaßnahmen."

Dokumentation vorgelegt

Cuxhaven hat eine Dokumentation vorgelegt, um den Ablauf der Dinge zu rekonstruieren und die Effektivität des eigenen Katastrophenschutzes zu analysieren. Nach den ersten Warnungen des Sturmflutwarndienstes über die Rundfunksender an der deutschen Nordseeküste war am frühen Morgen des 3. Januars 1976 der Einsatzstab der Cuxhavener Katastrophenabwehrleitung zusammengetreten. Die Fernmelder besetzten die Fernmeldezentrale im Rathaus. Die ersten Einheiten des Technischen Hilfswerks waren alarmiert und die Bundeswehreinheiten vorgewarnt

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft wurden alarmiert und stellten ihre Helfer ab. Die Polizei sperrte die zu den Deichen führenden Straßen. Das Stadtkrankenhaus bereitete sich auf die Verpflegung aller Helfer für einen längeren Einsatz vor. Die Cuxhavener Wetterwarte meldete Nordweststurm mit Böen über Windstärke zwölf!

Sturm verursachte die ersten Schäden

Bereits vor dem Eintreffen des Hochwassers hatten die Helfer der verschiedenen Katastrophenschutzorganisationen alle Hände voll zu tun. Während Bäume entwurzelt und Dachziegel von den Dächern gefegt wurden, bargen in den Strandgebieten Mitarbeiter der Kurverwaltung Sitzbänke und andere Gegenstände. Auf dem Campingplatz bedrohten umstürzende Bäume die abgestellten Wagen. Ein Trupp des Technischen Hilfswerks beseitigte die Gefahr. Nach den Mes-

sungen der Meteorologen erreichte der Orkan Spitzengeschwindigkeiten bis 149 Kilometer pro Stunde.

Bericht über den Ablauf

„Die See ist eine einzige weißgischti-ge, sich überstürzende Wassermasse, die unaufhörlich schon drei Stunden vor dem eigentlichen Hochwasser in die Promenaden strömt“, berichten die Verfasser der Cuxhavener Sturmflutdokumentation vom Ablauf des 3. Januars. „Auf 3,8 Kilometer, zwischen der Kugelbake und Duhnen, werden die Sandfangzäune und viele Strandtreppen in kurzer Zeit zerstört. Die Grimmershörnbucht ist bereits voll überspült, und die See brandet gegen den Deich. Hafengebiet und Fährhafen sind durch das Hochwasser abgeschnitten. Einige der dort abgestellten Pkw können nicht mehr geborgen werden. Sie versinken in den Fluten. In Sahlenburg hat das Wasser den Uferkamm an der Wolskermarsch schon gegen elf Uhr überspült und zerstört mit ungeheurer Gewalt die anliegenden Campingplätze. In allen Strandbereichen stehen die Männer der Hilfsorganisationen in unermüdlichem Einsatz, um der schweren Sturmflut zu trotzen. Gegen 13.30 Uhr sind die Deiche in Duhnen und Be-

rensch in breiter Front von der hochlaufenden See überspült. Unablässig warnt der Rundfunk die Bevölkerung Cuxhavens vor der sehr schweren Sturmflut.“

Höchster Wasserstand der Geschichte

Am frühen Nachmittag dieses 3. Januars 1976 zeigt der Pegel in Cuxhaven den höchsten Wasserstand, der jemals in der Geschichte bei Cuxhaven gemessen wurde: 10,12 Meter über Pegel-Null wurden abgelesen (Pegel-Null = 5,02 m unter Normal-Null). Das waren 14 Zentimeter mehr als während der „Jahrhundertsturmflut“ 1962.

Dann aber beginnt unerwartet das Wasser wieder zu fallen. Die Dokumentation erinnert an diese Augenblicke: „Die Gefahr ist aber noch keineswegs gebannt. Ständige Warnungen des Meteorologischen und Hydrographischen Amtes in Hamburg kündigen eine weitere hohe Flutwelle für das Nachhochwasser an. Fieberhaft wird an den Deichen und allen Anlagen der Kurverwaltung gearbeitet.

Seit mehr als zwölf Stunden sind nun schon Abertausende von Sandsäcken bei Tag und Nacht, bei Sturm und eisiger Kälte verbaut worden, um die

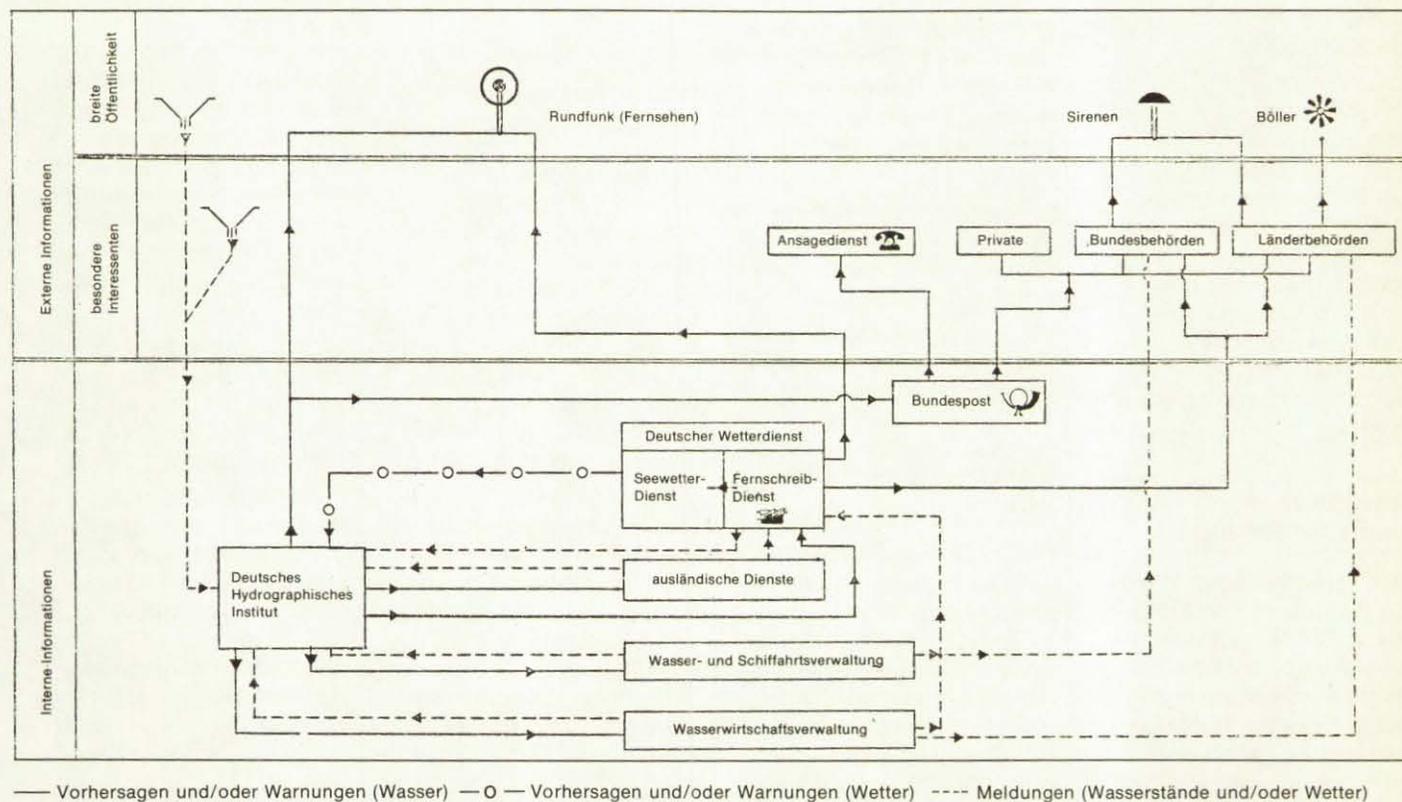
zahlreichen Einbrüche an den Deichen zu sichern. Als die See in den frühen Morgenstunden des 4. Januars gegen die Deiche anbrannt, sind die gefährdeten Stellen provisorisch gesichert.“ Das Nachhochwasser läuft „nur“ noch auf eine Höhe von 8,62 Metern auf.

Rund um die Uhr

Das aktuelle Beispiel aus der Stadt Cuxhaven zeigt die Notwendigkeit der Vorsorge und des Warndienstes. Die Einrichtung des Deutschen Hydrographischen Instituts kann jedoch nur die auf das Mittlere Hochwasser bezogenen Abweichungen nennen, die dann von den lokalen Behörden in den einzelnen Küstenstädten auf Normal-Null (NN) umgerechnet werden müssen. So verzeichnete Cuxhaven im Jahresschnitt des Jahres 1976 den Wert vom 1,44 Metern über NN als Mittleren Hochwasserstand, der dann am 3. Januar 1976 um 3,66 Meter überschritten wurde.

Acht Wissenschaftler und vier Techniker des Windstau- und Sturmflutwarndienstes des Deutschen Hydrographischen Instituts stehen in Hamburg rund um die Uhr bereit, um die Bevölkerung der deutschen Küsten rechtzeitig vor dem „Blanken Hans“ warnen zu können.

Wasserstandsvorhersage- und Sturmflutwarndienst (DHI) Schema des Informationsflusses



■ Seit einigen Monaten gibt es für den nichtöffentlichen beweglichen Landfunkdienst der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und sinngemäß für den Sprechfunkverkehr im Grenz-Kurzwellen-Bereich eine neue Dienstvorschrift. Die Bezeichnung der Dienstvorschrift ist PDV 810/DV 810 – Sprechfunkdienst –.

Für das Errichten und Betreiben von Sprechfunkverbindungen und Sprechfunkbetriebsstellen gelten insbesondere die „Richtlinie für den nichtöffentlichen beweglichen Landfunkdienst der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Meterwellenfunk-Richtlinie BOS)“ und VS-Anweisungen in der jeweils gültigen Fassung.

Durch die einheitliche neue PDV 810/DV 810 – Sprechfunkdienst – wird innerhalb der BOS eine bessere Zusammenarbeit und ein engeres Zusammenwirken möglich. Durch die bisherigen unterschiedlichen Vorschriften (PDV 810 und KatS DV 814) kam es bei größeren Einsätzen und Übungen immer wieder zu erheblichen Schwierigkeiten im Bereich der Fernmeldedienste.

Die PDV 810/DV 810 enthält eine Vielzahl von Änderungen zu den bisherigen Dienstvorschriften für den UKW-Sprechfunkbetriebsdienst. So enthält die PDV 810/DV 810 Begriffsbestimmungen, welche konkret erläutert sind und somit eine genaue einheitliche Durchführung des UKW-Sprechfunkdienstes gewährleisten.

Aufgaben und Gliederung

Der Sprechfunkdienst hat die Aufgabe, Sprechfunkverbindungen auf den zugewiesenen Kanälen/Frequenzen unter Verwendung der zugeteilten Rufnamen/Rufzeichen herzustellen, zu betreiben und zu unterhalten.

Die neue Dienstvorschrift PDV 810/DV 810

UKW-Sprechfunkdienst für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Sprechfunkverbindungen zwischen den Sprechfunkbetriebsstellen sind in Sprechfunknetzen zusammengefaßt und können in „Sprechfunkverkehrsbereiche“ bzw. „Sprechfunkverkehrskreise“ unterteilt werden.

Sprechfunkbetriebsstellen werden als „Sprechfunkstellen“ oder „Sprechfunkzentralen“ eingerichtet und als „ortsfeste Sprechfunkbetriebsstellen, bewegliche Sprechfunkbetriebsstellen, Relaisfunkstellen“ betrieben.

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung wird durch den Bundesminister des Innern und die Innenminister/-senatoren der Länder für ihren Bereich ausgeübt.

In jedem Sprechfunkverkehrsbereich/-Kreis ist eine „nachgeordnete Betriebsleitung“ einzusetzen.

Sie ist in allen betrieblichen Angelegenheiten weisungsbefugt und verantwortlich.

Verschwiegenheitspflicht

Die neue PDV 810/DV 810 geht besonders auf die Verschwiegenheitspflicht der Teilnehmer am Sprechfunkverkehr ein, die sich aus der definierten rechtlichen Stellung im Sinne des Strafgesetzbuches ergibt und schreibt die förmliche Verpflichtung vor.

Zusammenarbeit zwischen Funkdiensten der BOS

Um den hohen Anforderungen, die an die Funkdienste der BOS gestellt werden, gerecht zu werden, sieht die neue Vorschrift, die funkbetriebliche Zusammenarbeit zwischen Sprechfunkverkehrsbereichen/-kreisen der BOS nur in dringenden dienstlichen Fällen vor. Es sollen jedoch gemeinsame Sprechfunkverkehrskreise gebildet werden, wenn es aus taktischen, betrieblichen oder technischen Gründen notwendig erscheint.

Dienstbetrieb – Dienstanweisung

Den größten Raum der neuen PDV 810/DV 810 – Sprechfunkdienst – nimmt der Bereich „Dienstbetrieb“ ein. Die Vorschrift sieht vor, den Dienstbetrieb innerhalb eines UKW-Sprechfunkverkehrskreises unter genauer Beachtung der PDV 810/DV 810 in einer „Dienstanweisung“ zu regeln.

Das ist sicherlich notwendig, wenn man bedenkt, daß in der neuen Dienstvorschrift eine große Anzahl von taktischen Begriffen erscheint, die im Funkdienst BOS bisher nicht verwendet wurden. Weiter ist diese Regelung aus Gründen der Einheitlichkeit dringend erforderlich.

Sprechfunkverkehr

Die PDV 810/DV 810 erläutert Verkehrsarten, Verkehrsformen und Verkehrsabwicklung sowie die Funkalarmierung nach völlig überarbeiteten Regeln, die in den früheren Dienstvorschriften nur gestreift wurden.

Sicherung des Sprechfunkverkehrs

Betriebliche und taktische Maßnahmen sowie der Zutritt zu Sprechfunkzentralen sind wichtige Fakten, die innerhalb des Funkdienstes BOS besonders beachtet werden müssen, um ggf. der Sicherheitslage Sorge tragen zu können.

Übungen im Sprechfunkverkehr

Auch der durchzuführende Übungssprechfunkverkehr ist in der PDV 810/DV 810 abschließend geregelt.

Anlagen zur PDV 810/DV 810

Der neuen Vorschrift sind 11 Anlagen nachgeheftet, welche beispielsweise das Muster eines Betriebsbuches bzw. Störungsbuches enthalten und von den Betriebsunterlagen „alter Art“ zum Teil erheblich abweichen.

Ergänzend zu dieser Vorschrift wird in Kürze die Vorschrift „taktische Zeichen“ (PDV 802/DV 802) herausgegeben.

Abschließend kann nunmehr bemerkt werden, daß durch die einheitliche Vorschrift eine merkliche Verbesserung des Sprechfunkbetriebsdienstes in Erwartung steht, obwohl die Lücke des Rufnamensystems noch zu schließen wäre, indem bundeseinheitliche Rufnamen und Rufzeichen verwandt würden. /ha.

Wolfgang Rollik

ASB-Ärztikonferenz über Rettungswesen, Katastrophenschutz und Ausbildungsfragen

„Der erste Verband entscheidet über die Wunde“

75 ASB-Ärzte diskutierten wesentliche Probleme des Rettungsdienstes

„Der alte Leitsatz der Unfallärzte gilt noch immer: Der erste Verband entscheidet über die Wunde.“ Professor Dr. Ludwig von Manger-Koenig, Staatssekretär a. D. und Mitglied des ASB-Präsidiums, gab mit diesen Worten gleich zu Beginn der Ärztekonzferenz des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) ein Motto für die Tagung aus. 75 aktiv im ASB tätige Ärzte informierten sich am 11. Februar in Köln über aktuelle Fragen des Rettungswesens und Katastrophenschutzes aus ärztlicher Sicht. Eine solche Zusammenkunft von ASB-Ärzten hatte es – wie ASB-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller erklärte – seit Jahren nicht mehr gegeben. Bundesarzt Dr. Wolfgang Riese sagte, die Tagung habe zum Ziel, den Medizinern die Probleme einer modernen Rettungsorganisation aufzuzeigen und Informationen über Themen zu geben, denen die Ärzte in den Ortsverbänden gegenüberstünden. So befaßten sich die Referenten der ASB-Ärztikonferenz mit dem Rettungswesen und Katastrophenschutz, mit der überregionalen Aus- und Weiterbildung am Beispiel der ASB-Bundesschule Köln und mit Fragen moderner Unterrichtsgestaltung.

ASB-Bundesvorsitzender Erich Kirchner: „Die Mitarbeit der Ärzte in der Organisation ist erforderlich, um der Ausbildung gerecht zu werden.“ Professor Dr. Ludwig von Manger-Koenig meinte: „Nichts geht ohne aktive Bereitschaft der Ärzte.“ Von Manger-Koenig legte den Medizinern nahe, die Chance zu ergreifen und Gemeinsinn zu demonstrieren und „im Sinne der Bürger aufgrund ihrer Qualifikation aktiv zu werden.“

Rettungswesen stärker beachten

Von der ambulanten Patienten-Versorgung und der Krankenhaus-Versorgung sei oft die Rede, bemerkte der Professor. Nicht selten aber sei für den Patienten das Rettungswesen, der Transport, entscheidend. Darüber werde zu wenig diskutiert. „Vielleicht, weil dieser Bereich zu fachlich-tech-

nisch ist“, mutmaßte der Professor. Dabei sei das Rettungswesen ein wichtiger Zweig der Kranken-Versorgung. Die Gefährdungen für die Bevölkerung in Stadt und Land seien immer größer geworden. Der Unfalltod sei in den ersten 30 Lebensjahren die häufigste Todesursache. Professor Dr. von Manger-Koenig bezeichnete die „Maßnahmen der ersten halben Stunde“ am Unfallort, auf dem Transport und in der Klinik als die wichtigsten. Die Überlebenschancen hingen ab von einem gut organisierten Rettungswesen, fachlich qualifizierten Rettern und einer in Erster Hilfe gut ausgebildeten Bevölkerung.

Erschreckende Unfallstatistiken führte ASB-Bundesarzt Dr. Riese an: „In

lungskosten und den Ausfall der Arbeitskraft mit ein. Der ASB-Bundesarzt appellierte an die versammelten Kollegen, die Laien zu unterstützen und ihnen mit ärztlichem Rat – speziell bei der Ausbildung in Erster Hilfe – zur Verfügung zu stehen, um Schäden an Leib und Leben, aber auch die finanziellen Unfallfolgen in Grenzen zu halten.

Probleme des Transports

Über den Rettungsdienst und die betreffende Gesetzgebung sowie die daraus resultierenden Konsequenzen für den ASB informierte Dieter Blum (Kassel) die Teilnehmer an der Ärzte-



Prof. Dr. Ludwig von Manger-Koenig, Mitglied des ASB-Präsidiums, eröffnete die ASB-Ärztikonferenz.

den letzten fünf Jahren verunglückten in der Bundesrepublik allein im Straßenverkehr 2,6 Millionen Menschen. Das entspricht der Einwohnerzahl einer Stadt wie Berlin. 88 000 Unfälle verliefen tödlich – das sind soviel Personen wie Erlangen Einwohner hat.“ Den volkswirtschaftlichen Schaden bezifferte Dr. Riese bei 1,4 Millionen jährlicher Unfälle in Deutschland auf 15 bis 17 Milliarden DM im Jahr. Die Schätzung bezieht z. B. die Behand-

lungskosten und den Ausfall der Arbeitskraft mit ein. Der ASB-Bundesarzt appellierte an die versammelten Kollegen, die Laien zu unterstützen und ihnen mit ärztlichem Rat – speziell bei der Ausbildung in Erster Hilfe – zur Verfügung zu stehen, um Schäden an Leib und Leben, aber auch die finanziellen Unfallfolgen in Grenzen zu halten.

konferenz. Nach einem Ausflug in die geschichtliche Entwicklung des Rettungs- und Transportwesens meinte der Technische Leiter im ASB-Bundesvorstand, immer größer werdende Entfernungen hätten immer weitere Ansprüche an den Krankentransport gestellt. Mit der Verbesserung der Ausbildung des Krankentransport-Personals ab 1960 und der Wandlung der medizinischen Anforderungen im Transportwesen

seien auch an die Transportmittel neue Forderungen gestellt worden.

Die Karren und Fuhrwerke vergangener Zeiten habe zunächst der Kombi-wagen als Krankentransportfahrzeug abgelöst. „Leider“, so Dieter Blum, „ist dieser unzureichende Fahrzeugtyp auch heute noch im privaten Taxen- und Mietwagenbereich im Einsatz.“ Auch das z. Z. auf Bundesebene dominierende („preislich günstige und daher finanziell realisierbare“) Spezialfahrzeug eines großen deutschen Automobilwerkes entspreche nicht den Anforderungen der Notfallmedizin. „In diesen Fahrzeugen ist beispielsweise die Reanimation nicht durchführbar“, erklärte Blum. Somit erfülle das Fahrzeug nicht die Norm DIN 75080. In dieser Norm hat der ASB in Zusammenarbeit mit allen anderen Organisationen und dem Deutschen Normenausschuß die Grundaus-rüstung für Rettungstransportwagen festgelegt.

DIN 75080 sagt aus: „**Rettungstransportwagen** sind zum Herstellen und Aufrechterhalten der Transportfähigkeit von Notfallpatienten vor und während der Beförderung bestimmt. **Krankentransportwagen** sind grundsätzlich für die Beförderung von Nicht-Notfallpatienten bestimmt.“ Im Gegensatz zum Rettungstransportwagen (RTW), bei dessen Einsatz der Schwerpunkt beim „Retten“ liegt, liegt beim Krankentransportwagen (KTW) der Schwerpunkt beim Transport nicht gefährdeter Nicht-Notfallpatienten.

Problem: Rettungssanitäter – Transportsanitäter

In der allgemeinen Begründung zum Gesetzentwurf über den Beruf des Rettungssanitäters wird die Aufgabenstellung des Rettungssanitäters klar umrissen. Danach ist es seine Aufgabe, bei der Handhabung des speziellen ärztlichen Instrumentariums zur Reanimation zu assistieren, mit dem die nach DIN 75080 genormten Rettungstransportwagen ausgerüstet sind. Dieses spezielle ärztliche Instrumentarium des Rettungstransportwagens steht – wie Blum ausführte – dem Rettungssanitäter auf einem Krankentransportwagen nicht zur Verfügung. Die Ausrüstung des Krankentransportwagens läßt beispielsweise keine chirurgische Wundversorgung, keine Intubation, keinen Luftröhrenschnitt usw. zu. Die medikamentöse Ausstattung ist für den Notfall völlig unzureichend. Da der KTW nicht mit einem Arzt besetzt sei, könne der Rettungs-



Arend Rahner, Beauftragter für Katastrophenschutz im ASB-Bundesvorstand, Prof. Dr. Ludwig von Manger-Koenig und Dr. Wolfgang Riese, ASB-Bundesarzt (v. l. n. r.).

sanitärer auch niemanden assistieren, meinte der Referent. Selbst bei optimaler Ausrüstung eines KTW sei der Rettungssanitäter auf die Mitwirkung des Notarztes angewiesen. Sonst dürfe er nach dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht mehr tun als ein gut ausgebildeter Transportsanitäter. Die Formel „KTW + Arzt = RTW“ sei falsch.

Blum bedauerte, daß sich trotz DIN 75080 keine Typisierung der Fahrzeuge für das Rettungstransportwesen durchgesetzt habe. Bei der bestehenden Vielzahl von Typen sei es für die Industrie schon schwer, einen kostengünstigen Wagen anzubieten. „Porsche entwickelt derzeit die Rettungswagen der 80er Jahre, die in den Hilfsorganisationen im Feldversuch von zwei Jahren getestet werden sollen“, gab der Referent bekannt.

Abgrenzung Krankentransport zu Rettungsdienst nicht möglich

Dann ging Dieter Blum auf die Aufgabenstellung des Rettungsdienstes ein. Seine Merkmale seien die Einleitung lebensrettender Maßnahmen bei Notfallpatienten am Unfallort sowie die Herstellung der Transportfähigkeit und der eigentliche Transport. Aber: Krankentransport und Rettungsdienst seien nicht trennbar. „Wo hört der Krankentransport auf, wo fängt der Rettungsdienst an?“ fragte der Technische Leiter des ASB-Bundesvorstandes. Würde der Krankentransport vom Rettungsdienst getrennt arbeiten, würden erhebliche Kosten entstehen: Für beide Bereiche wären dann Fahr-

zeuge nötig. Die „Wettrennen um einen Verletzten“, über die in der Vergangenheit illustrierte berichtet haben, haben nach Blums Worten ihre Ursache in fehlenden finanziellen Mitteln, um Rettungswagen anzuschaffen.

Der Referent unterstrich die Forderungen aller Sanitätsorganisationen nach einem Rahmengesetz zur Regelung des Rettungsdienstes. Mit einer baldigen Verabschiedung eines solchen Gesetzes sei aber wegen der prekären Finanzlage des Bundes vorerst nicht zu rechnen. Die Auswirkungen der Ländergesetze seien unterschiedlich: „Für alle Organisationen ist es mit der Expansion der Rettungswachen vorerst vorbei“, sagte Dieter Blum und stellte fest: „Die öffentliche Seite arbeitet mehr als bisher im Rettungswesen mit.“ Die Theorie: Das Land ist Träger des Rettungsdienstes – die Kreise ziehen die Hilfsorganisationen heran. Die Praxis: Das klappt nicht immer. Von einer Mitarbeit der Städte und Gemeinden sei neuerdings oft nicht mehr die Rede. Krankentransport könnten z. B. nicht mehr frei bei Veranstaltungen eingesetzt werden. „Die Möglichkeiten der Arbeit müssen wieder flexibler gestaltet werden“, forderte Blum.

Als gut funktionierenden, freiwilligen Zusammenschluß von Hilfsorganisationen bezeichnete der Referent die gemeinsame Leitstelle von ASB, JUH, DRK und Feuerwehr in Kassel. Unter dem Namen „Rettungsdienst Kassel“ betreiben die Hilfsorganisationen seit drei Jahren „Rettung unter einem Dach“, ohne daß die Organisationen in ihrer Eigenständigkeit eingeschränkt wären.



Erich Kirchner, ASB-Bundesvorsitzender, am Rednerpult.

Fahrten zu „Taxi-Preisen“?

Durch Taxen und Mietwagen, führte der Technische Leiter im ASB-Bundesvorstand abschließend aus, sei in Städten bei sitzend gefahrenen Patienten ein Rückgang bis zu 30 Prozent zu verzeichnen. Die Kassen hielten die hohen Krankenwagenkosten nicht mehr für vertretbar. Dazu der Referent: „Auch die Hilfsorganisationen könnten zu Taxi-Preisen fahren, dann würden aber die Liegendfahrten astronomisch teuer.“ Wenn die Fahrzeuge als Folge der hohen Kosten dann unausgelastet wären, wären Fahrzeugstilllegungen unausbleiblich, Personal müßte entlassen werden.

Die Organisationen könnten dann ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden, müßten letztendlich verstaatlicht werden.

Blum zählte auf, was Taxen und Mietwagen alles an „Fällen“ befördern: „Entbindungen mit Polizeigeleit, Keuchhusten, Infarkt-Patient (bei der Ankunft im Krankenhaus „Exitus“); in Kassel transportierte das Taxi gar einen Verdacht auf Cholera in die Klinik. Ob hier nicht das Gesetz unterlaufen wird?“

In der anschließenden Diskussion wollten die versammelten Mediziner besonders die Ausführungen zu den Taxi- und Mietwagentransporten nicht wahrhaben. Ein Teilnehmer: „Das ist doch kaum glaubhaft. Wo sind denn die Einlieferungsscheine der Ärzte in den genannten Fällen kontrolliert worden?“ In der Tat werden die Taxis denn auch nicht von den Ärzten

angefordert, sondern meist von nachgeordnetem Personal – oft aus Gefälligkeit den Taxiunternehmern gegenüber. Dieter Blum: „Entscheidend ist der Arzt. Er muß die Transportart des Patienten definitiv anordnen. Nachgeordnetes Personal sollte nicht mit der Wahl der Transportmittel beauftragt werden.“ Ein Arzt regte an, Grenzen zu ziehen zwischen Pkw- und KTW-Transport. ASB-Bundesarzt Dr. Wolfgang Riese: „Auch bei einem Katalog: Notfallpatient = RTW, Krankentransport = KTW, Verbandswechselfahrt = Taxi ist wohl ein Unsicherheitsfaktor gegeben.“

Für eine Tarifierfassung

„Der ASB muß so kostengünstig wie möglich fahren“, meinte Dr. Riese. „Aber es darf nicht eine Fahrt ins Defizit werden. Dann müßten wir uns aus diesem Bereich zurückziehen, weil wir noch eine Palette von sozialen Diensten anbieten, die wir nicht gefährden dürfen.“ Prof. Dr. Ludwig von Manger-Koenig nannte das Verhalten der Krankenkassen „schizophren“: „Erst wollten sie pauschalierte Sätze haben, jetzt nehmen sie durch Begünstigung der ‚Billig-Anbieter‘-Taxis eine entgegengesetzte Haltung ein.“ Ein Diskussionsteilnehmer schlug vor, die Organisationen sollten ihrerseits solche „Taxi“-Wagen anschaffen. Es gäbe bereits mehrere ASB-Ortsverbände, die Krankenfahrten zum Taxitarif durchführten, um „die paar Mark für die Organisation zu halten“. Dr. Riese: „Die einzige Chance für uns ist die Tarifierfassung.“

„Bedenken meldete der langjährige Olympia-Arzt der deutschen Mannschaft und Leiter der ASB-Ärztikonferenz aber im gleichen Atemzug an: „Wenn wir zum Taxitarif fahren, setzen wir uns schnell dem Vorwurf aus, mehr aus finanzieller als aus medizinischer Sicht heraus zu handeln. Das wäre nicht gut.“ Die Kassenärztliche Bundesvereinigung sollte sich Gedanken über einen Katalog machen. Sie wäre die „richtige Adresse“ zu entscheiden: Taxitransport oder nicht, meinte Dr. Riese.“

Der Arzt im erweiterten Katastrophenschutz

Der Arzt Arend Rahner (Sindorf), ASB-Bundesbeauftragter für den Katastrophenschutz, referierte über das Thema „ASB-Arzt im erweiterten Katastrophenschutz“. Die Mitarbeit von Ärzten im erweiterten Katastrophenschutz resultiere aus Erfahrungen der Militärmedizin, führte Rahner aus. Die Mitarbeit sei nicht erschöpfend geregelt. Im administrativen Bereich seien Regelungen nur in Hamburg getroffen worden, im medizinisch-fachlichen Bereich seien die Ärzte im erweiterten Katastrophenschutz auf ihre Erkenntnisse aus dem Studium angewiesen. Ziel sei, möglichst viel mit möglichst wenig Hilfsmitteln zu helfen. Im Einsatz seien die Ärzte den Zugführern unterstellt. Außerhalb des Einsatzes seien die Mediziner in den verschiedenen Bereichen der Ausbildung tätig. Im Katastrophenfall wird die Arztgruppe an der Verletzten-Sammelstelle tätig. Wie der ASB-Bundesbeauftragte ausführte, entspricht die Arbeit des Katastrophenschutz-Arztes im allgemeinen der Tätigkeit eines Notarztes: Mit der Ausstattung des RTW können alle vitalen Notsituationen behandelt werden.

Möglich sind etwa Frischluft- und Sauerstoffbeatmung, Tracheotomie, Versorgung interner Notfälle. Eingriffe, die chirurgische Ausbildung erfordern, müssen wegfallen (z. B. Notamputationen). Der Arzt im Katastropheneinsatz muß umdenken – von der optimalen Einzelversorgung zur schematisierten optimalen Notversorgung. Die verantwortungsvollste Aufgabe des Arztes im Katastrophenschutz ist die Sichtung. „Aber“, kritisierte Arend Rahner, „das wird an keiner Uni gelehrt.“ Oberstes Ziel im Katastrophenfall sei, möglichst viele Verletzte am Leben zu erhalten, nicht etwa gut gelungene Operationen durchzuführen, meinte der Referent. Rahner zeigte drei Sichtsungsgruppen auf:

1. Verletzte, die sich selbst versorgen können (z. B. mit Weichteilverletzungen);

2. Verletzte, die einfache ärztliche Erstversorgung benötigen (etwa bei geschlossenen Frakturen);

3. Verletzte, denen nur durch lebensrettende Versorgung das Leben erhalten werden kann (Gasödem-Verletzungen, Verbrennungen des Gesichts).

Im Alltag müsse der Arzt jeden einzelnen versorgen, Schwerverletzte zuerst. Im Notfall müsse der Arzt nach der Überlebenschance auswählen, meinte Arend Rahner. Dann plädierte Rahner für eine Gleichstellung der Ärzte im Katastrophenschutz mit der Stellung des Zugführers: „Der Arzt muß absolute Weisungsbefugnis gegenüber dem Zugführer besitzen, sonst gibt es im Katastrophenfall eine Katastrophe! Wenn ein Bus mit 30 Schulkindern verunglückt ist, braucht man kein taktisches Konzept.“

ASB bietet Fortbildung

Die Diskussion befaßte sich zunächst mit „Sinn und Unsinn von Planspielen“. Ein Teilnehmer: „Planspiele haben doch keinen Sinn, wenn das alles nur auf dem Papier funktioniert. Die Bereitschaft der Hilfsorganisationen zur Mitarbeit ist gegeben, aber zu bestimmten Zeiten können die Hilfsorganisationen dann auf einmal nur wenige Fahrzeuge für den Katastropheneinsatz stellen.“ Dieter Blum: „Man kann einen Katastrophenschutz nicht ohne Material aufbauen. Da ist Nordrhein-Westfalen am besten dran. Es fördert den Katastrophenschutz so ideal wie kein anderes Bundesland.“

Für Ärzte in Katastrophenschutzeinheiten bietet der ASB Fortbildungsveranstaltungen an. In jedem Bundesland werden auf Kongressen die 15 wichtigsten lebensbedrohlichen Situationen „durchgespielt“, besonders interessant für Augenärzte, Gynäkologen, Dermatologen und andere Fachmediziner, denen die notwendige notfallmedizinische Ausbildung oder Praxis fehlt.

Das betriebliche Rettungswesen

Das betriebliche Rettungswesen habe schon 1888 mit der Gründung des ASB seinen Anfang genommen, referierte die Arbeitsmedizinerin Gabriele Klühs (Berlin). Eine Vereinheitlichung hätten die Berufsgenossenschaften – allen voran Chemie und Bergbau –



Hilmar Ankerstein, Regierungsschuldirektor und zuständig für Didaktik im ASB-Bundesvorstand, Dr. Heinz Wiegand, Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Köln, Dr. Oeter, ASB-Landesarzt in Hamburg, und Norbert Burger, Vorsitzender des ASB-Köln (v. l. n. r.).

aber erst in den letzten 15 Jahren vorangetrieben. Die Vereinheitlichungen haben sich in den Unfallverhütungsvorschriften und im Gesetz zum Schutz der Arbeit niedergeschlagen.

Aufgabe des Betriebsarztes ist der Notfall im Betrieb. In einer Richtlinie wird der Rettungsdienst im Betrieb geregelt. Wie das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitskräfte, Organisation der Ersten Hilfe im Betrieb, Überwachung der Ausbildung gehandhabt werden soll, ist nicht festgelegt. Frau Klühs: „Eine Lücke im Gesetz.“

Erst 1970 kam eine Vereinbarung zwischen den Unfallversicherungsträgern und den Hilfsorganisationen über die Ausbildung der Erst-Helfer zustande.

Darin sind Dauer und Unterrichtsmaterialien festgelegt. „Sehr gut“ nannte die Referentin den Passus, der einen Wiederholungs-Lehrgang nach drei Jahren vorschreibt, wenn der Erst-Helfer weiterhin in dieser Funktion im Betrieb tätig sein will. Für die Durchführung des Rettungswesens im Betrieb ist der Unternehmer verantwortlich. Rettungsmittel und -einrichtungen müssen in erforderlicher Zahl bereitstehen. Erst-Helfer müssen jederzeit anwesend sein. Die Unfallverhütungsvorschriften enthalten auch spezielle Erst-Helfer-Maßnahmen z. B. in Chemie- und Bergbauunternehmen, berichtete Gabriele Klühs. So seien beispielsweise der Einsatz von schwerem Atemschutzgerät oder anderem technischem Gerät geregelt. Ziel und Aufgabe des betrieblichen Rettungswesens entsprechen im Grunde dem

öffentlichen Rettungsdienst, sagte die Arbeitsmedizinerin. Das zeige sich schon darin, daß Melde- und Alarmsystem eng an das öffentliche Alarmsystem angeschlossen sein müßten.

Jeder Betrieb muß ständig die Einsatzbereitschaft seiner Retter überprüfen. Gabriele Klühs: „Die Ausbildung in den Betrieben kann nur von hauptamtlichen Ausbildern der Hilfsorganisationen durchgeführt werden. Die Arbeiter sind nur während der Arbeitszeit bereit, sich ausbilden zu lassen.“

Bei großen Unternehmen müssen 10 Prozent der Belegschaft eine Erst-Helfer-Ausbildung besitzen; in kleineren Betrieben müssen zwei bis drei der anwesenden Personen in Erster Hilfe geschult sein. Ärzte werden im betrieblichen Rettungswesen bei der Wiederbelebung gebraucht. Die Arbeitsmedizinerin Gabriele Klühs: „Risiken im Beruf können wir nicht abstellen. Keiner kann gehindert werden, auf eine Leiter zu steigen, Hochöfen lassen sich nicht bei Zimmertemperatur betreiben. Deshalb ist Erste Hilfe im Betrieb im weitesten Sinne Unfallschutz.“

Die Ausbildung im ASB

Rolf Kürschner (Köln) stellte den Teilnehmern an der ASB-Ärztikonferenz die überregionale Aus- und Weiterbildung der ASB-Mitglieder am Beispiel der ASB-Bundeschule vor. Das Ausbildungskonzept basiert auf drei Blöcken. Block 1: die traditionelle Sanitätsausbildung. Block 2: die Hinfüh-



Lebhafte Diskussionen über das Rettungswesen, den Katastrophenschutz und Ausbildungsfragen kennzeichneten die ASB-Ärztetage, an der 75 Mediziner aus allen Teilen der Bundesrepublik teilnahmen.

zung zur Ausbildung als Jugendleiter. Block 3: die Funktionärsschulung.

Der ASB legt großen Wert auf die Schulung seiner Funktionäre, die bisher ohne spezifische Ausbildung ihre Ämter versahen. Auf Anregung aus dem Kreis der Teilnehmer an der ASB-Ärztetage soll nun noch ein vierter Block die Aus- und Weiterbildung der Ärzte im Sanitätswesen sicherstellen, obwohl die neue Approbationsordnung das Fach „Notfallmedizin“ vorsieht.

Ausbildungshilfen des ASB orientieren sich an herkömmlichen Richtlinien und Lehrplänen. Ein neuer Lernzielkatalog gibt den Ausbildern nun die Möglichkeit, den Unterricht effektiv auf die Kursus-Teilnehmer abzustellen. Weil die Notfallmedizin von Jahr zu Jahr große Sprünge macht – Rolf Kürschner erinnerte hier an die Herz-Lungen-Wiederbelebung – war keine Gewähr mehr gegeben, daß Neuerungen an die Helfer weitergegeben wurden. Der ASB erteilt Lehrberechtigungen deshalb nur noch für einen Zeitraum von drei Jahren. Der Fortbestand der Lehrberechtigung hängt ab vom Besuch einer Fortbildung auf Landes- und Bundesebene. In einem achtstündigen Lehrgang werden den Ausbildern die Neuerungen vermittelt.

Das „Wie“ des Unterrichts

Regierungsschuldirektor Hilmar Ankerstein (Köln), ASB-Bundesvorstand, gab den Medizinern wichtige Hinweise für eine moderne Unterrichtsgestal-

tung mit auf den Weg: „In der Ausbildung der Ausbilder sind sehr viele ‚Laien‘ tätig, die mit Schwung an die Aufgabe gehen, meist sogar gut, aber auch irgendwo einmal auflaufen können.“ Ausbildungsstoff an Hand einer Checkliste ohne Hilfe eines Lehrers zu vermitteln, ginge „totaliter“ nicht.

„Wir sollten froh darüber sein,“ meinte der Pädagoge. Der Schüler brauche den personalen Bezug zum Lehrer, der sich seiner Stärken und Schwächen bewußt sei. Der ASB habe in letzter Zeit versucht, den Ausbildern das Unterrichtsgeschehen zu verdeutlichen. Bei der Gestaltung eines guten Unterrichts sollten die Ausbilder Fachausdrücke möglichst meiden. „Der Lernende blockiert sonst, macht nicht mehr mit.“ Bleiben die Hörer „verdächtig“ ruhig oder reagieren sie sogar abern, ist dies ein sicheres Zeichen, daß sie der Fülle von Ausdrücken und Informationen nicht mehr folgen können. Der Lehrende müsse daher auf „Rückkopplung“ eingestellt sein, sagte Hilmar Ankerstein. Er müsse Begriffe mit zusätzlichen Informationen anreichern, die der Hörer umsetzen und übersetzen kann. Dies erreiche man nur durch Übung. Ankerstein: „Als Ausbilder muß ich das Lernziel deutlich machen und dem Lernenden sagen, weshalb und wozu er das macht.“

Die Überprüfung der Kenntnisse im schriftlichen und mündlichen Test sei leicht, ebenso die Prüfung der Fertigkeiten. Am schwierigsten sei es, das Verhalten der Auszubildenden in Notfallsituationen vorherzusehen.

Hilmar Ankerstein: „Ich kann mit Ketchup arbeiten, aber wenn es Blut ist, kann alles aussetzen. Eine Garantie, daß im Ernstfall die ‚richtige‘ Verhaltensweise einsetzt, ist nicht vorhanden.“ Helfen könne nur, die Lernenden häufig in schwierige Situationen zu bringen, die sie alleine durchstehen müßten.

Nach einem Berufsleben, räumte Ankerstein ein, seien die Techniken des Lehrens nicht mehr wie bei einem Junglehrer erlernbar. Da komme es vor, daß „programmiertes Material“, wie ein Lehrfilm, genau den gegenteiligen Effekt erziele und Passivität auslöse: „Als Ausbilder muß ich mein ‚Programm‘ persönlich vortragen, nicht als Showman, der zum eigenen ‚Nutzen‘ wirkt. Als Lehrer muß man immer der Lernende bleiben, der am Lehrprozeß dranbleibt.“

Tips für die Ausbildung

Aus eigener Lehrtätigkeit an der Gesamthochschule Essen berichtete einer der Ärzte, daß sich die „runde Sitzordnung“, der Kreis, als günstig erwiesen habe. „Wenn sich der Dozent mit in die Gesprächsgruppe einreicht, fühlen sich die Hörer mehr als Kollegium; sie sind aufmerksamer.“ Als Teilnehmerzahl empfahl er, möglichst die Zahl 20 anzupeilen. ASB-Bundesarzt Dr. Wolfgang Riese wies seine Kollegen darauf hin, die ganze Fülle der Medien bei der Ausbildung einzusetzen: das persönliche Gespräch, Film, Dia und die Kreide an der Tafel. Ein Teilnehmer: „Unser Problem ist die Sprache.“ Die Ärzte sollten bedenken, daß sie eine Fachsprache sprechen, von der sie abkommen müßten; sonst nütze das beste Medium nichts. „Wenn wir Ärzte das Wissen mitbringen, ohne die Vermittlungskennntnisse zu besitzen, ist das eine traurige Sache!“

Pädagoge Hilmar Ankerstein empfahl vor allem die Aktivierung der Lehrgangsteilnehmer als Schlüssel zum Ausbildungserfolg. Die Effektivität hänge auch nicht von der Gruppengröße ab. Dafür gebe es keine Regel. „Die ‚Prinzenschule‘ wäre schlimm. Da könnte es zu einer zu hohen Abhängigkeit zum Ausbilder kommen.“ Bundesarzt Dr. Riese rief die Teilnehmer auf, das Niveau der Prüfungen in Erster Hilfe anzuheben: „Wenn einer die stabile Seitenlage nicht erklären kann, kann ich die Prüfung nicht anerkennen nach dem Motto: Der ist ja jeden Abend nach der Arbeit hierhergekommen . . .“

SYSTEM IM AUFBAU

Gedanken über ein luftverlastbares Feldhospital für den Einsatz bei Großkatastrophen

Allgemeines

Bei Naturkatastrophen sowie größeren Unglücksfällen ist jederzeit mit einem hohen Anteil von verletzten Personen zu rechnen. Die körperlichen Verletzungen sind besonders auf die Einwirkung mechanischer Kräfte, hoher Wärme oder Säure und Laugen zurückzuführen. Dazu kommen die durch die hohen Kreislaufbelastungen (Schock) Geschädigten. In diesen Fällen hat eine ärztliche Versorgung der Verletzten unmittelbar zu erfolgen, damit noch vorhandene Chancen einer körperlichen Wiederherstellung genutzt werden können.

In vielen Fällen von Naturkatastrophen wird die ärztliche Versorgung von Verletzten durch den Ausfall der Krankenhäuser erheblich beeinträchtigt, wenn nicht gar mit einem zeitweiligen Totalausfall der medizinischen Versorgung zu rechnen ist.

Zur Minderung der Gefahr des Ausfalls der ärztlichen Versorgung, besonders dann, wenn sie in vollem Umfang erforderlich wird, sollten entsprechende langfristige Maßnahmen vorbereitet sein, um dann den Menschen schnell Hilfe leisten zu können. Dazu müssen von außerhalb Fachpersonal und die entsprechende medizinisch-technische Ausstattung in Form eines mobilen Feldhospitals in das Katastrophengebiet bzw. an die Großschadenstelle herangeführt werden.

Voraussetzungen

Zur ärztlichen Versorgung von Katastrophenopfern bedarf es einer autarken Hospitaleinheit als Behandlungs- und Krankenpflegeeinrichtung, die folgend beschriebene Voraussetzungen erfüllt, damit ihr Einsatz auch außerhalb des deutschen Hoheitsgebiets optimal durchgeführt und wirtschaftlich vertreten werden kann.

Systemaufbau

Die Aufteilung des Feldhospitals erfolgt in einzelne Betriebsgruppen:

- Medizinische Behandlung mit Intensivstation,
- Pflegestation,
- Versorgung und Helfer-Unterkunft.

Das Gewicht und das Volumen der Gesamtausstattung ist so zu bemessen, daß es den Anforderungen für den Land- wie auch für den Lufttransport entspricht. Die Anforderungen die an die Stabilität des Systems besonders bei großen mechanischen Beanspruchungen während des Transportes gestellt werden, sind zu berücksichtigen.

Für den Landtransport ist das System so zu konzipieren, daß es mit zwei Fahrten zum Einsatzort gelangt. Dabei sollten bei der ersten Fahrt die Teile des Hospitals (Diagnose und medizinische Behandlung) so bereitgestellt werden, damit ein erster Teilbetrieb ermöglicht wird, während das restliche Material herangeführt wird.

Der Aufbau der 1. Teileinheit und der erste Probetrieb des medizinischen Behandlungsteiles sollte spätestens zwei Stunden nach Ankunft am Standort erfolgt sein.

Beweglichkeit

Das Feldhospital muß unabhängig von fremden Landtransportmitteln operieren können. Das Zugfahrzeug, ein allradantriebener Lkw, ist durch einen Umrüstsatz ggf. als Krankentransportwagen zu verwenden. Die Forderung auf Lufttransporttauglichkeit wurde bereits erhoben.

Wirkungsgrad

Der Wirkungsgrad der Hospitaleinheit sollte zu Beginn des Einsatzes besonders hoch sein, damit eine schnelle und wirkungsvolle medizinische Versorgung der Katastrophenopfer sichergestellt wird. Er ist in erster Linie abhängig von der körperlichen und seelischen Verfassung des Einsatzpersonals, aber er wird auch erheblich durch die Qualität der medizinisch-technischen und technischen Ausstattung des Systems beeinflusst.

Die hohen Anforderungen, die besonders an die Ärzte und an das medizinische Fachpersonal in solchen Extremsituationen gestellt werden, sind bei der Betrachtung des Wirkungsgrades zu berücksichtigen. Bei hohem Arbeitsanfall sind Ärzte und medizinisches Fachpersonal ggf. nach 10 Tagen Einsatzzeit auszuwechseln.

Vorstellungen

Um den Forderungen der Beweglichkeit des Systems gerecht zu werden, sollte es variabel für eine stationäre Versorgung von höchstens 50 Personen ausgelegt sein. Zur wirtschaftlichen Nutzung des Hospitals bzw. von Teilen seiner Ausrüstung, könnte eine Verwendung auch bei größeren öffentlichen Veranstaltungen vorgesehen werden.



Blick in das Innere einer Clinobox.

(Werkfoto Clinomobil)

Behandlungsbereich

Aufgrund der Aufgabenstellungen ist der Behandlungsbereich für die Untersuchung und die ambulante Behandlung verletzter Personen sowie für die Durchführung chirurgischer Operationen vorzusehen.

Während die Untersuchung und ambulante Behandlung in entsprechend geeigneten Zelten erfolgen kann, erfordert die chirurgische Behandlung entsprechende räumliche Voraussetzungen. Die Lösung dieses Problems ist auf dem Sektor des Leichtmetall- und Containerbaus zu suchen. Zur Nutzung des eigenen Transportraumes sollte die Form eines Containers (Box) gewählt werden, der eine sofortige Einsatzbereitschaft gewährleistet. Durch Anbauten könnte an die Box eine Mini-Intensivstation angeschlossen werden, die eine Beobachtung frisch-operierter Patienten innerhalb des medizinisch-technischen Teils des Hospitals ermöglicht. Das für die Auswertung von Proben und für die Entwicklung von Röntgenaufnahmen erforderliche Labor sollte gemeinsam mit der Medikamentenausstattung (Apotheke) in einem dafür geeigneten Zelt untergebracht werden.

Pflegebereich

Ebenfalls ist die Unterbringung der stationär zu behandelnden Patienten in Zelten vorzusehen. Die Aufnahmekapazität der Personenzelte sollte 10 Betten betragen. Wegen des erforderlichen Bewegungsraumes für das Einsatz- und Transportpersonal sind ca. 3 m² pro Bett erforderlich. Neben der Unterbringung der Patienten sind auch für diesen Personenkreis die erforderlichen sanitären Einrichtungen zu berücksichtigen.

Versorgungsteil

Zum Versorgungsteil des Feldhospitals gehören:

- eine Feldküche zur Versorgung der stationär behandelten Patienten und des Einsatzpersonals. Ihre Kapazität sollte auf die Versorgung von max. 100 Personen ausgerichtet sein;
- eine Instandsetzungswerkstatt zur Behebung von Schäden an der gesamten Ausrüstung des Hospitals. Ihr angeschlossen ist die Energie- und Wasserversorgung sowie die Entsorgung der gesamten Einheit.

Unterkunft für das Einsatz- und Betriebspersonal

Die Unterbringung der eigenen Kräfte soll, nach den Forderungen für die Unterkunft der stationären Patienten, in Zelten erfolgen. Zusätzliche Unterkunftsmöglichkeiten für fremde Hilfskräfte sind zu berücksichtigen.

Personalbedarf

Für den vollen medizinischen Betrieb des Hospitals werden aufgrund von Erfahrungen drei Ärzte und sieben Helfer als medizinisches Personal sowie sechs Helfer als Pflegepersonal erforderlich sein. Als Funktionspersonal für Küche, Instandsetzung und Administration werden zusätzlich acht Helfer benötigt.

Geschätzter Zeitbedarf (Idealfall) bis zur Aufnahme des Hospitalbetriebes

Unter der Voraussetzung eines hohen Ausbildungsstandes des Betriebspersonals, der ständigen Einsatzbereit-

schaft des Hospitals und einer straff geführten Gesamtplanung des Einsatzes besteht bei günstigen Einsatzbedingungen (Entfernung zum Einsatzland und zum dortigen Katastrophengebiet) die große Wahrscheinlichkeit, daß ein Teilbetrieb 24 Stunden nach Auslösung der Maßnahme aufgenommen werden kann.

Anordnung des Einsatzes

Alarmierung des Einsatzpersonals

Transport des Hospitals zum Flughafen

+ 1 Std.

Verladung am Flughafen

+ 2 Std.

Start in das Einsatzland

+ 6 Std.

Abflug des Einsatzpersonals

+ 12 Std.

Ankunft des Einsatzpersonals am Zielflughafen

+ 14 Std.

Ankunft des Hospitals am Zielflughafen

+ 15 Std.

Entladung des Feldhospitals am Zielflughafen

+ 16 Std.

Abmarsch vom Flughafen in das Einsatzgebiet

+ 22 Std.

Eintreffen im Einsatzgebiet und Beginn des Aufbaus

+ 24 Std.

Erste Betriebsaufnahme

Zeitablaufschemata über den Einsatz eines Feldhospitals unter Zugrundelegung einer Flugstrecke von ca. 4000 km und einer Marschstrecke im Einsatzgebiet von ca. 250 km.

Vorstand der SPD-Landtagsfraktion informierte sich

Ausführliche Informationen über die militärische wie zivile Verteidigung sammelte der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein im Rahmen einer Besichtigungsreise. Bei Gesprächen mit dem Flensburger Oberbürgermeister Heinz Adler und dem zuständigen Dezernenten Karl-Heinz Hagenau ging es vor allem um den Zivil- und Katastrophenschutz; unmittelbaren Einblick gewannen die SPD-Politiker bei einem Besuch der Berufsfeuerwehr und einer Visite der Landesfeuerwehrschule in Harrislee.

Ein wirksamer Schutz des Bürgers bei Katastrophen und rechtzeitige Hilfe bei Unglücksfällen sei ein wichtiger Teil der inneren Sicherheit, erklärte SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen. Schleswig-Holstein zeige einen erheblichen Nachholbedarf im Katastrophenschutz und im Rettungswesen. Der Vergleich mit dem dänischen Nachbarn falle zu Ungunsten Schleswig-Holsteins aus.

Matthiesen forderte eine enge Zusammenarbeit von haupt- und ehren-

amtlichen Kräften. Das ehrenamtliche Element dürfe aber nicht durch überzogene Anforderungen, wie sie das Kieler Sozialministerium für das Rettungswesen immer wieder durchzusetzen versuche, verdrängt werden. In Flensburg fanden die Politiker nahezu ideale Voraussetzungen für den Bevölkerungsschutz vor. Die Zusammenarbeit der Stadt mit den Hilfsorganisationen stelle ein gutes Beispiel für eine gute Kooperation dar, meinte Matthiesen. Die Einsatzbereitschaft sei höher als in vergleichbaren Städten.

Transport gefährlicher Güter auf der Straße

Kennzeichen erleichtern Maßnahmen nach Unfällen

Gefährliche oder sogar explosive Dinge hält man sich, insbesondere bei ungeklärter Situation, möglichst vom Leibe. Das ist zwar eine alte und bewährte Lebensweisheit, für die Männer und Frauen der Rettungsdienste jedoch nicht immer zu realisieren.

In welchem großem Umfang auf der Straße gefährliche Güter, also Stoffe in fester, flüssiger, gasförmiger oder sogar heißsiedender Form transportiert werden, ist vor gar nicht allzu langer Zeit, als die orangefarbenen Warntafeln für Fahrzeuge mit gefährlicher Ladung eingeführt wurden, offenbar geworden.

Noch viel mehr kann das mit einem Blick in die Liste des Anhangs A und B zur Gefahrgut-Verordnung-Straße erkannt werden. Welche eine Fülle von explosiven, feuergefährlichen, leicht entzündbaren, giftigen, ätzenden, ekelerregenden und ansteckenden, ja sogar radioaktiven Stoffen sowie unter Druck stehende Flüssigkeiten und Gasen wird auf der Straße transportiert. Es ist daher gerade von den Rettungsdiensten dankbar begrüßt worden, daß nicht nur orangefarbene Warntafeln, sondern auch Unfallmerkbblätter, also kurzgefaßte Merksätze über das Verhalten des transportierten gefährlichen Stoffes beim Freiwerden nach Unfällen sowie zum richtigen Verhalten des Rettungspersonals bei der Bekämpfung der Gefahr, zur Mitführung in den Fahrzeugen mit gefährlicher Ladung vorgeschrieben wurden.

Es waren sich jedoch alle, die am Zustandekommen jener Verordnung beteiligt waren, darüber klar, daß das System noch unvollständig war und die entscheidende Schwäche hatte, daß der Mann des Rettungsdienstes erst an das verunglückte Fahrzeug heran mußte, um sich einen Überblick über Ladungsart, deren Gefährlichkeit und die zu treffenden Maßnahmen zu verschaffen.

Da konnte es nur wenig helfen, daß die Unfallmerkbblätter grundsätzlich hinter den orangefarbenen Warntafeln und nicht irgendwo im Fahrzeug aufzubewahren waren.

In der Begründung zur Gefahrgut-Verordnung-Straße von 1970 war deshalb bereits darauf hingewiesen worden,

daß das System durch eine gleichmäßig für alle Verkehrsträger international geltende Kennzeichnung (mit Gefahrgutzahlen) ergänzt werden würde, um die Unfalld Helfer in die Lage zu versetzen, schon aus größerer Entfernung zu erkennen, um welche gefährlichen Stoffe es sich handelt und welche Maßnahmen getroffen werden müssen.

Die damals für die Ausarbeitung des Kennzeichnungssystems vorgesehene Zeit von 2–3 Jahren konnte zwar nicht eingehalten werden, inzwischen sehen wir jedoch allenthalben im Straßenbild orangefarbene Warntafeln für gefährliche Ladung, die zusätzlich mit Stoffnummern versehen sind.

Erweitertes Kennzeichnungssystem für Tankfahrzeuge

Die Einführung des erweiterten Warn- und Kennzeichnungssystems für gefährliche Güter war Bestandteil der Überführung des bis dahin weitgehend

nur auf internationale Vereinbarungen und Verordnungen gestützten Regelwerkes in das Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (vom 6. August 1975, BGBl. I, S. 2121), das auch die Umstellung des gesamten Verordnungswerkes auf dieses Gesetz erforderlich machte (Umstellungsverordnung vom 27. Juli 1976, BGBl. I, S. 1950).

Die Kennzeichnung von Fahrzeugen mit gefährlicher Ladung durch Stoffnummern ist bisher jedoch nur für Tankfahrzeuge vorgesehen. Das ist gewiß ein erheblicher Mangel, da Stoffe, die auf sonstigen Lastfahrzeugen, in sonstigen Behältern oder in Containern transportiert werden, oft nicht weniger gefährlich sind als solche, die in Tanks transportiert werden müssen, und da somit auch gegenüber diesen Stoffen das Bedürfnis besteht, sich bei Unfällen schon aus einiger Entfernung ein sicheres Bild über die Art der Gefahr und die ihr angemessenen Maßnahmen zu verschaffen.

Auf Anfrage wurde dazu vom Bundesverkehrsministerium mitgeteilt, daß



Die orangefarbene Warntafel, hier auf der Rückseite eines Fahrzeugs, trägt bei Tankfahrzeugen seit Ende 1976 Kennzeichnungsnummern. Sie zeigen in diesem Falle an: die Stoffkennzahl 1203 für Kohlenwasserstoffe mit Flammpunkt unter 21° C (untere Zelle) und die (verdoppelte) Kennzahl 3 der Hauptgefahr (entzündbarer flüssiger Stoff), wobei die Verdoppelung auf die in dem niedrigen Flammpunkt liegende Erhöhung der Hauptgefahr hinweist.

die Ausdehnung der Kennzeichnung mit Stoffnummern auf alle gefährlichen Güter beabsichtigt, jedoch wegen der dazu erforderlichen internationalen Abstimmung nicht so schnell zu schaffen sei und daß es deshalb bis auf weiteres bei der Beschränkung der Kennzeichnungspflicht auf Tankfahrzeuge bleiben werde.

Kennzeichnungssystem

Eine genauere Untersuchung des für die Kennzeichnung gewählten Systems ergibt, daß auf der orangefarbenen Tafel nicht nur die eigentliche Stoffbezeichnung angegeben wird, sondern auch schon die Art der Gefahr. Dazu setzt sich die Zahl aus zwei Teilen zusammen, von denen die unten stehende Zahl den Stoff im einzelnen bezeichnet. Chlor hat z. B. die Stoffnummer 1017 (die untere Zahl ist stets vierstellig). Chlor ist jedoch ein Gas; dafür steht in der oberen Zeile eine 2, und es ist auch überaus giftig, dafür steht neben der 2 eine 6, eine zweite 6 drückt die besondere Giftigkeit aus.

Daraus ergibt sich für Chlor die Kennzeichnung

266
1017

Grundsätzlich sind demnach nicht nur zwei, sondern drei Zahlenteile zu unterscheiden: Die Hauptgefahr wird durch die erste Zahl in der oberen Zeile bezeichnet. Es werden sechs solcher Hauptgefahren unterschieden: 2 = Gas, 3 = entzündbarer flüssiger Stoff, 5 = entzündend (oxydierend) wirkender Stoff oder organisches Peroxis, 6 = giftiger Stoff und 8 = ätzender Stoff. Doppelt aufgeführt bedeuten diese Zahlen eine Zunahme der Hauptgefahr (33 = sehr leicht entzündbare Flüssigkeit, Flammpunkt unter 21° C). Die zweite und die dritte Zahl in der oberen Zeile bezeichnen zusätzliche Gefahren, und zwar: 1 = Explosion, 2 = Entweichen von Gas, 3 = Entzündbarkeit, 5 = entzündende (oxydierende) Eigenschaften, 6 = Giftigkeit, 8 = Ätzbarkeit und 9 = Gefahr heftiger Reaktion, z. B. Selbstersetzung.

Die Zahl 42 in der oberen Zeile würde danach einen festen Stoff bezeichnen, der in Berührung mit Wasser Gase entwickeln kann. Ist außerdem der Buchstabe X vorgezeichnet, dann ist es ausdrücklich verboten, den Stoff mit Wasser in Berührung zu bringen.

Eine solche Kennzeichnung finden wir bei Kalium, das die Stoffnummer



An diesem Mehrkammer-Tankfahrzeug befinden sich an der Längsseite für jede Kammer orangefarbene Tafeln mit der Kennzeichnungsnummer für den in der jeweiligen Kammer transportierten Stoff. Der Fahrer ist damit beschäftigt, die (auswechselbare) Kennzeichnungsnummer für die neue Ladung einzusetzen.

(untere Zeile) 2257 und die Haupt- und Zusatzgefahr 423 mit einem vorgezeichneten Buchstaben X (obere Zeile) hat: Ein entzündbarer Stoff, der bei unsachgemäßer Behandlung Gase entwickeln kann und der unter keinen Umständen mit Wasser in Berührung gebracht werden darf.

Einen Sonderfall stellt das Kennzeichnungssystem beim Transport mehrerer verschiedener gefährlicher Güter in einem Tankfahrzeug mit getrennten Kammern dar (häufig anzutreffen bei Mineralöl- bzw. Treibstofftransporten für die Belieferung von Tankstellen). In solchen Fällen sind an der Längsseite des Fahrzeuges, der jeweiligen Transportkammer zugeordnet, die Stoff- und Gefahrzahlen des jeweiligen Transportgutes angebracht.

Die orangefarbene Warntafel an der Vorder- und Rückseite des Fahrzeuges trägt in solchen Fällen keine Kennzahlen.

Für den Einsatz bei Unfällen ist ferner zu beachten, daß auf dem Anhänger eines Lastzuges ein anderer Stoff geladen sein kann als auf dem Zugfahrzeug. In solchen Fällen befindet sich die Kennzahl für die Ladung des Zugfahrzeuges auf der vorderen, die für die Ladung des Anhängers auf der an der Rückseite des Zuges zu führenden orangefarbenen Warntafel.

Praktische Anwendung des Kennzeichnungssystems bei Maßnahmen nach Unfällen

Die Auflistung der mit Kennzeichnungsnummern zu transportierenden Stoffe ist im Anhang B 5 der Anlage A zur Gefahrgut-Verordnung-Straße zu finden. Sie ist nicht so umfangreich, daß sie nicht in Rettungsfahrzeugen mitgeführt werden könnte. Aus Berlin wird berichtet, daß dort so verfahren wird.

Das hat auf jeden Fall den Vorteil, daß sich der hinzukommende Rettungstrupp über die Art des Stoffes sowie der Hauptgefahr und zusätzlicher Gefahren schnell und ohne Rückfragen ein allgemeines Bild verschaffen kann.

Die aus dem Anhang B 5 zu gewinnende Information muß jedoch, wenn es um die zu treffenden Maßnahmen geht, durch das ergänzt werden, was in den Unfallmerkblätter für die einzelnen gefährlichen Güter steht. Diese Merkblätter befinden sich zwar grundsätzlich auch in dem verunglückten Transportfahrzeug, sie können jedoch nur in den wenigsten Fällen wegen der von dem transportierten und möglicherweise schon freigewordenen Gut ausgehenden Gefahr dort eingesehen werden, so daß die rückwärtige Verbindung zur Einsatzzentrale (i. d. R.



Wem ein Tankfahrzeug mit orangefarbener Warntafel ohne Kennzeichnungsnummer entgegenkommt, der darf nicht überrascht sein. In solchen Fällen handelt es sich in der Regel um Mehrkammerfahrzeuge mit unterschiedlicher Ladung und Kennzeichnungstafeln an der Fahrzeuglängsseite.

Rettungsleitstelle, ggf. auch Feuer- oder Rettungswache) von ausschlaggebender Bedeutung für die Entscheidung über die zu treffende Maßnahme ist. Hierzu wird die Rettungsleitstelle in der Regel über zwei Arbeitsunterlagen verfügen: Einer Auflistung der Stoffnummern (jedoch nicht in der Form des Anhangs B 5, der die Stoffe nur nach Buchstaben geordnet aufführt, sondern in einer Abfolge der Stoffkennzahlen mit dazugehörigen Stoffbezeichnungen) sowie einer Sammlung der Unfallmerkbblätter. Aus diesen beiden Arbeitsunterlagen kann die Leitstelle dem Rettungsfahrzeug bzw. der Rettungsmannschaft die notwendigen Informationen und Anweisungen geben. Sie kann außerdem den Einsatz zusätzlicher Rettungsmittel oder Einsatzgeräte anordnen. Diese Arbeitsunterlagen sind trotz der großen Anzahl der Stoffe, die für den Straßentransport in Frage kommen, so knapp und übersichtlich gefaßt, daß die erforderlichen Auskünfte schnell gegeben und zusätzliche Maßnahmen unmittelbar angeordnet werden können.

Der Anhang B 5 der Auflistung der Stoffkennzahlen umfaßt einschließlich der Erläuterung des Systems nur sechs Seiten. Die Unfallmerkbblätter sagen das, was zu beachten ist, in der Regel auf einer Seite (DIN A 4).

Sie enthalten nach der Bezeichnung des Stoffes sowie der Art der Gefahr die erforderliche Sicherheitsmaßnahmen, die zu ergreifenden Maßnahmen und Hilfeleistungen, wenn Personen mit den beförderten oder entweichenden Stoffen in Berührung gekommen sind, die im Brandfalle zu ergreifenden Maßnahmen sowie die in Frage kommenden Brandbekämpfungsmittel, die bei Beschädigung der Transportbehältnisse zu ergreifenden Maßnahmen sowie die mögliche Wassergefährdung und insoweit zu ergreifende Maßnahmen.

Zusammenarbeit der Polizei mit den Rettungsdiensten

Die Polizei ist, da sie oft zuerst am Unfallort eintrifft, in ebenso großem Maße auf die schnelle Information über den bei einem Unfall freigewordenen gefährlichen Stoff sowie über die Art der bestehenden Gefahr angewiesen wie die Rettungseinheiten.

Es wäre jedoch nicht sinnvoll, wenn für die notwendigen und auf die abgelesenen Kennzeichnungszahlen gestützte Rückbefragung bei den Ein-

UNFALLMERKBLATT FÜR STRASSENTTRANSPORT		CEPIC März 1971 Klasse IIIa ADR Rn 2301, 1a
BENZIN (mit Siedepunkt über 65°C)		
Eigenschaften des Ladegutes:	Flüssigkeit mit wahrnehmbarem Geruch Nicht mischbar mit Wasser Leichter als Wasser	
Gefahren:	Leicht entzündbar (Flammpunkt unter 21°C) Flüchtig Dämpfe sind unsichtbar, schwerer als Luft und breiten sich am Boden aus Bildet mit Luft explosive Gemische, auch in leeren, ungereinigten Behältern Erhitzen führt zur Drucksteigerung: Berst- und Explosionsgefahr	
Schutzanweisung:	Dichtschließende Schutzbrille Kunststoff- oder Gummihandschuhe Augenspülflasche mit reinem Wasser	
NOTMASSNAHMEN Sofort Feuerwehr und Polizei benachrichtigen		
	<ul style="list-style-type: none"> • Motor abstellen • Zündquellen fernhalten (z. B. kein offenes Feuer), Rauchverbot • Straße sichern und andere Straßenbenutzer warnen • Unbefugte fernhalten • Explosionsgeschützte Leuchten und Elektrogeräte benutzen • Auf windzugewandter Seite bleiben 	
Leck	<ul style="list-style-type: none"> • Wenn möglich, Undichtheiten beseitigen • Flüssigkeit mit Erde oder dergl. eindämmen • Eindringen der Flüssigkeit in Kanalisation, Gruben und Keller verhindern, Dämpfe verursachen Explosionsgefahr • Bevölkerung warnen — Explosionsgefahr • Falls Produkt in Gewässer oder Kanalisation gelangt ist oder Erdboden oder Pflanzen verunreinigt hat, Feuerwehr oder Polizei darauf hinweisen 	
Feuer	<ul style="list-style-type: none"> • Bei Feuereinwirkung Behälter mit Wasserstrahl kühlen • Löschen mit Löschpulver, Schaum, Halonen oder Wasserstrahl • Niemals scharfen Wasserstrahl verwenden 	
Erste Hilfe	<ul style="list-style-type: none"> • Falls Produkt in Augen gelangt, unverzüglich mit viel Wasser mehrere Minuten spülen • Durchtränkte Kleidungsstücke unverzüglich entfernen • Ärztliche Hilfe erforderlich bei Symptomen, die offensichtlich auf Einatmen zurückzuführen sind 	
Zusätzliche Hinweise des Herstellers und Absenders:		
TELEFONISCHE RÜCKFRAGE:		
<small>Stellen Sie sich vor dem Gebrauch mit dem CEPIC-Flussdiagramm die Festlegung der Industrie-Chemikalien-Kennzeichnung IIIa (siehe auch die Kennzeichnung der Bundesverkehrsministerien für Umweltschutz und den Anhang B 5 der Auflistung der Stoffkennzahlen) sowie die Kennzeichnung der Bundesverkehrsministerien des Jahres ab 17. Februar 1972 (Zs. 28.8.72-15) gebilligt worden. Erdölgesetz Döbel & Richter Verlag, Fomstorfverlag, Hamburg 11, Blauenhörnchen 43, Telefon 33 54 65 Bez.Nr. 4 020</small>		
Gilt nur während des Straßentransports		Deutsch

Die Unfallmerkbblätter für den Straßentransport sind im DIN-A 4-Format hergestellt. Sie sind nur einseitig beschrieben und enthalten die Stoff- und Gefahrenbezeichnung sowie die bei Unfällen zu treffenden Maßnahmen in knapper und übersichtlicher Form. Aus der großen Anzahl der inzwischen fertiggestellten und amtlich herausgegebenen Merkblätter wird hier das für Benzin gezeigt.

satzleitstellen und Dienststellen der Polizei ebenfalls die bereits bei den Rettungsleitstellen befindlichen Arbeitsunterlagen bereitgehalten werden.

Unter Ausnutzung des auch für Rettungsmaßnahmen in sonstigen Fällen bestehenden Kommunikationssystems können die Polizeibeamten ihre Beobachtungen und Erkenntnisse den Rettungsleitstellen unmittelbar mitteilen und damit neben der für den eigenen Einsatz erforderliche Information, die sie so auch unmittelbar erhalten, sogleich auch die Maßnahmen für die Rettungseinheiten auslösen. Wo Rettungsleitstelle und Einsatzleitstelle der Polizei räumlich und organisato-

risch zusammengefaßt sind, stellt sich die Frage eigener so spezieller Einsatzunterlagen erst gar nicht.

Die Überlegung, Leitstellen für den Einsatz der Polizei und der Rettungsdienste gemeinsam anzulegen, erweist sich auch an diesem Beispiel im Nachhinein als sinnvoll. Doch auch dort, wo Polizei und Rettungsdienste keine gemeinsame Leitstelle haben, stehen der Schaffung gemeinsamer Informations- und Kommunikationssysteme, insbesondere in Fällen wie den hier gegebenen, keine entscheidenden Schwierigkeiten entgegen, wenn die notwendigen organisatorischen Regelungen einfach und unkompliziert gestaltet werden.

Zwischen Nord- und Ostsee

Sein 40jähriges Dienstjubiläum konnte am 3. Dezember 1977 Heinz Schmude, Postamtsrat und Katastrophenschutzleiter für den OPD-Bezirk Kiel feiern. Heinz Schmude wurde am 9. 1. 1921 in Kiel geboren. Nach dem Eintritt in die Deutsche Reichspost, Wehrdienst und Gefangenschaft kehrte Heinz Schmude wieder zur Post zurück. Bei der Oberpostdirektion Kiel wurde er 1963 mit den Aufgaben des Katastrophenschutzleiters beauftragt. Mit viel Engagement und Idealismus setzte sich Heinz Schmude in diesen 15 Jahren für den Aufbau der Selbstschutzeinheiten ein. Für die langjährige gute Zusammenarbeit mit dem BVS wurde Heinz Schmude 1974 mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Hoher Besuch bei einem Selbstschutz-Grundlehrgang am 30. No-

vember 1977 im Lehrsaal des Katastrophenschutzentrums Kiel: Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Rudolf Titzck, und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Günter Bantzer, besichtigten im Rahmen einer Stadtrundfahrt auch die Einrichtungen des Katastrophenschutzes. BVS-Dienststellenleiter Busch erläuterte den prominenten Gästen, die vom Dezernenten des Amtes für Zivilschutz der Stadt Kiel, Stadtrat Quade, sowie Regierungsrat Metzner vom Amt für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr begleitet wurden, den Ablauf eines zwölfstündigen Selbstschutz-Grundlehrganges.

Während des Besuches übten die 30 Lehrgangsteilnehmer, die aus den Behörden des Landes, des Bundes und der Stadt Kiel sowie einer Bank kamen, praktische Handgriffe der lebensrettenden Sofortmaßnahmen. In einer kurzen Ansprache dankte Minister Titzck den Teilnehmern für ihre Bereitschaft, durch

den BVS Selbstschutz- und Selbsthilfemaßnahmen zu erlernen.

Mit einer Dankesurkunde würdigte der Leiter der BVS-Dienststelle Kiel, Busch, die Verdienste des ehrenamtlichen Bauberaters Harry Kunkel. Kunkel, der seit 1963 Berater der Dienststelle für den Schutzraumbau war, schied nunmehr aus dem ehrenamtlichen Dienst aus.

34 Beamte der 2. Hundertschaft der Bereitschaftspolizeiabteilung (Führungs- und Stammpersonal) nahmen an einer Aufklärungsveranstaltung der BVS-Dienststelle Kiel in der Polizeiunterkunft in Kiel-Eichhof teil. In seinem Vortrag erläuterte BVS-Dienststellenleiter Busch die Maßnahmen der Zivilverteidigung der Bundesrepublik. In der anschließenden Diskussion interessierte die Beamten besonders das Problem des Schutzraumbaus sowie der Status der Nichtkombattanten im Verteidigungsfall.

Bremen

Politiker informiert

Auf Einladung des Fraktionsausschusses „Kultur und Bildung“ der CDU-Bürgerschaftsfraktion sprach Fachgebietsleiter Freese über den gesetzlichen Auftrag des BVS. Die Bürgerschaftsabgeordneten und Deputierten ließen sich eingehend über die BVS-Vortragsveranstaltungen im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts in Bremer und Bremerhavener Schulen unterrichten.

Hausschutzraumbau im Fernsehen

Um das Interesse für den Bau von Hausschutzräumen zu fördern, hatte ein Fernsehteam von Radio Bremen unter fachlicher Beratung der BVS-Landesstelle einen Film über Hausschutzräume für das ARD-Regionalprogramm erstellt.

Gezeigt wurden u. a. Kugelschutzräume, ein Instandgesetzter Schutzraum des Zweiten Weltkrieges mit

Stollennotausgang und ein fertig eingerichteter Hausschutzraum eines ehrenamtlichen BVS-Helfers.

Nach dem Sendetermin Anfang November kam es zu vermehrten Anfragen und Beratungen von Bauinteressenten. Eine Anfrage kam sogar von einem dänischen Staatsbürger.

Zivilschutz-Information

Um Behördenbediensteten einen Überblick über Maßnahmen des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland zu geben, führt die BVS-Dienststelle Bremen in den Ortsämtern der Hansestadt Vortragsveranstaltungen zum Thema „Zivile Verteidigung – was ist das?“ durch. In der ersten Veranstaltung sprach Fachgebietsleiter Heinz-Günter Freese vor 40 Mitarbeitern des Ortsamtes Bremen-Blumenthal in Anwesenheit des Ortsamtsleiters Karl Lüneburg. Der Redner ging besonders auf die Aufgaben der Gemeinde bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung ein.

Wahl der Helfervertreter

Am 9. Januar 1978 wurden im Bereich der BVS-Landesstelle Bremen der Helfervertreter und sein Stellvertreter gewählt. Es sind Horst Wittoesch, BVS-Dienststelle Bremerhaven, und Werner Schwanck, BVS-Dienststelle Bremen.



Fachgespräche am Rande des Jahresempfangs der Bundeswehr im Wehrbereich II: der THW-Landesbeauftragte für Bremen, Dr. Dölbor (links) und BVS-Fachgebietsleiter Freese (Mitte).

FZA zehn Jahre im Einsatz

85 000 km ist zur Zeit der km-Stand der Fahrbaren Zivilschutzausstellung (FZA) Niedersachsen. Das Fahrzeug, ein Ausstellungsbus von 12 m Länge, wurde im August 1966 im Rahmen der damaligen Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle (FIBS) in Dienst gestellt. Bis zum Jahre 1972 wurde der Einsatz im gesamten Bundesgebiet und ab Juli 1972 als Fahrbare Zivilschutzausstellung in Niedersachsen durchgeführt.

Im Laufe der Jahre wurde die Inneneinrichtung mehrmals umgebaut. Die jetzige Ausstellung informiert über den Zivilschutz, Schwerpunkt ist dabei der Selbstschutz. Geräte, Lebensmittelbevorratung und Dokumentensicherung gehören ebenso dazu wie ein Schutzraummodell und eine TS 05.

In den Sommermonaten vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht irgendwo in Niedersachsen eine große Veranstaltung stattfindet. Bei Katastrophenschutztagen, Feuerwehr- und Altstadtfesten gehört der BVS-Ausstellungsbus zum festen Bestandteil der Veranstaltung. Ob Küstenwochenende in Wilhelmshaven, Internationale Woche in Wolfenbüttel oder Deutsch-Britisches Freundschaftstreffen in Nienburg – immer war die FZA dabei.

Neben den Wochenendeinsätzen werden von montags bis freitags Vorträge gehalten, die mit einem anschließenden Besuch der Ausstellung enden. An vielen Schulen ist die Busbesatzung gern gesehen.

Ein besonderer Höhepunkt war im vergangenen Jahr die Begrüßung des 500 000. Besuchers, der am 24. Juni in Bremen den Ausstellungsbus betrat.

25 Jahre BVS in Niedersachsen

Die Veranstaltungen zum 25jährigen Bestehen des BVS haben durchweg allen BVS-Dienststellen neuen Auftrieb gegeben und bei den Gästen nicht nur den BVS, seine Aufgaben und damit insbesondere den Gedanken des Selbstschutzes in Erinnerung gebracht, sondern in besonderem Maße dazu beigetragen, daß Persön-

lichkeiten des öffentlichen Lebens noch stärker als bisher die Arbeit des BVS unterstützen werden.

Ministerialrat Bernhard Doering nahm in **Aurich** zu dem Entwurf des geplanten Katastrophenschutzgesetzes für Niedersachsen Stellung. Es wird mehr wirksame Hilfe für den Bürger bringen.

In **Braunschweig** hob Stadtrat Dr. Friedrich Behrens die Bedeutung der ehrenamtlichen Mitarbeit in allen Katastrophenschutzorganisationen hervor.

Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, **Hannover**, forderte eine bessere Ausrüstung und Unterbringung der Katastrophenschutz Helfer. Die humanitäre Arbeit des BVS müsse noch mehr Anerkennung in der Öffentlichkeit finden.

In **Cuxhaven** betonte Oberkreisdirektor Jürgen Prüß, daß die Verwaltung die Hilfe der vielen Katastrophenschutzorganisationen nicht missen kann.

In **Hildesheim** forderte Stadtdirektor Schöne die Aufstockung des Zivilschutzetats.

Oberstadtdirektor Stellges, **Lüneburg**: Die Bedeutung des Selbstschutzes trotz fehlender Vorstellung von einer kriegerischen Auseinandersetzung dürfe niemals unterschätzt werden. In Lüneburg kündigte MdB Mökring Aktivitäten in Sachen Selbstschutz durch die Bundesregierung an.

Das menschliche Leben gegen Schäden und Vernichtung zu schützen ist zentraler Auftrag des Zivilschutzes.

Deshalb fühlt sich, wie Bürgermeister Wolfgang Eßmann, **Wolfenbüttel**, sagte, die Stadt zur Förderung des Selbstschutzes in besonderem Maße verpflichtet.

Zuletzt seien auch ein paar Zahlen genannt: Bei 21 Veranstaltungen konnten insgesamt 1477 Gäste begrüßt werden, von denen nicht nur in der Zukunft Förderung des Selbstschutzes zu erwarten ist, sondern denen Dank gesagt werden konnte für die bisherige Unterstützung des BVS bei der Erfüllung seines Auftrages. Vertreter der Presse berichteten sachlich über den Zivilschutz, insbesondere über den Selbstschutz und die Arbeit des BVS, in 37 Veröffentlichungen mit einer Gesamtauflage von 1 613 600.

Die gute Meinung über den BVS, das Verständnis für die Notwendigkeit des Selbstschutzes gilt es nun zu festigen und zu vertiefen.

Niedersachsen kurz und bündig

Bad Harzburg. Bürgermeister Klaus Hochmann eröffnete die Ausstellung „Mensch im Mittelpunkt“, die unter Beteiligung des DRK und der Freiwilligen Feuerwehr im Rathaus der Stadt eröffnet wurde.

Schede. Gemeindedirektor Theodor Hublitz eröffnete die Ausstellung „Mensch im Mittelpunkt“ im Rathaus und hob die Notwendigkeit der ehrenamtlichen Mitarbeit im BVS hervor.

Hude. Durch Veröffentlichungen wirbt die Gemeinde Hude um Selbstschutz-Berater, indem sie auch ausführlich über ihren Auftrag berichtet.

Celle. Wilhelm Schuh ist zum 31. Dezember 1977 durch BVS-Landesstellenleiter Sohl als Dienststellenleiter der BVS-Dienststelle Celle verabschiedet worden. Für sein besonderes Engagement und seine hervorragenden Leistungen wurde Schuh mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Nachruf

Am 7. Dezember 1977 verstarb unerwartet der ehrenamtliche BVS-Dienststellenleiter

Johannes Brand.

Als Beamter der Gemeinde Lönningen hatte sich Johannes Brand schon von jeher um das Wohl der Allgemeinheit bemüht. Aufgrund seiner Hilfsbereitschaft waren ihm viele Ehrenämter übertragen worden.

Neben diesen Tätigkeiten war Johannes Brand aktiv am Aufbau der BVS-Dienststelle Cloppenburg beteiligt.

Seinem unermüdlichen Einsatz – zunächst als Fachbearbeiter und später als Dienststellenleiter – ist es zu verdanken, daß die Dienststelle Cloppenburg vorbildliche Leistungen erreichte.

Für diese Verdienste wurde Johannes Brand mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. Seine Bereitschaft für den Dienst am Nächsten soll jederzeit Vorbild sein.

Allseits Anerkennung für den BVS

Das 25jährige Bestehen des BVS, das mit einem internationalen Treffen Ende Oktober 1977 in Aachen einen Höhepunkt hatte, ist in allen Teilen des Landes NRW würdig begangen worden. Die Vielfalt der Veranstaltungen hat sich in einer Fülle von Presseveröffentlichungen niedergeschlagen. Bisher konnte die BVS-Landesstelle in Recklinghausen mehr als 150 Presseauschnitte sammeln.

Der Arbeit des Bundesverbandes wurde durchweg hohe Anerkennung gezollt. So erklärte der stellvertretende Landrat Hubert Sombrowski in **Schwelm**: „Alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz leisten seit Jahren dankenswerterweise einen erheblichen Beitrag in humanitärer Hilfe.“ Es müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Selbstschutz nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer kriegerischen Auseinandersetzung gesehen werden könne, sondern daß die Fähigkeit, sich selbst zu helfen, in allen möglichen Situationen des täglichen Lebens von Nutzen sein könne, sei es nun im Haushalt, im Straßenverkehr oder bei Unfällen im Betrieb.

Unter der Überschrift „Seit 25 Jahren Hilfe zum Überleben“ berichtete die Westdeutsche Zeitung über die Tätigkeit des BVS in **Krefeld**, wo allein in den letzten drei Jahren 9000 Bürger in Grundausbildungskursen geschult wurden. Die Ausbildung soll den Bürger in die Lage versetzen, im Falle einer Katastrophe das eigene Leben wie das der Nachbarn bis zum Eintreffen der Hilfsorganisationen zu schützen.

Beigeordneter Dr. Peter Zimmer, **Essen**, bescheinigte dem BVS, daß der Verband in 25 Jahren ein gutes Stück Arbeit geleistet hat. Man habe in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg Themen wie Luft- und Katastrophenschutz zunächst weit weggeschoben, stelle aber in jüngster Zeit ein zunehmendes Verständnis fest, nachdem die Katastrophenanfälligkeit durch den hohen Technisierungsgrad bedeutend gewachsen sei.

Auch der Leiter der BVS-Dienststelle **Düren** hat eine Wandlung in der öffentlichen Meinung während der vergangenen zehn Jahre feststellen können. In einer Feierstunde der Dürener BVS-Dienststelle wies er auf das Ergebnis einer demoskopischen Untersuchung hin. Die Meinungsforscher haben, wie es in einem Bericht der Dürener Zeitung über die Feier heißt, ermittelt, daß staatliche Zivilschutzmaßnahmen jetzt von 84 % der Bevölkerung bejaht werden. 75 % der Bevölkerung haben sich für private Zivilschutzmaßnahmen ausgesprochen.

Aus **Bad Godesberg** berichtete die Bonner Rundschau über die 25-Jahr-Feier des BVS in der Stadthalle. Dabei betonte der Beigeordnete der Stadt Bonn, Dr. Klaus Martin, der Verband habe seine Aufgabe, die Bevölkerung wachzurütteln, sie zu informieren und Hilfe anzubieten, erfüllt. In der Bundeshauptstadt besuchen jedes Jahr rund 1500 Personen einen Selbstschutz-Grundlehrgang. Beigeordneter Martin betonte, er halte es für eine Pflicht der Gemeinden, in Wohnabschnitten von jeweils 6000–10 000 Einwohnern eine Beratungsstelle für den Selbstschutz einzurichten.

Die NRZ Wuppertal erinnerte an den 12. Oktober 1952: Gerade zwei Fußballmannschaften hätten die 22 Männer bilden können, die sich trafen, um eine ehrenamtliche Dienststelle für den Selbstschutz in **Wuppertal** zu gründen. 25 Jahre danach können die „Selbstschützer“ eine stolze Bilanz vorweisen: 3500 Lehrgänge und Unterweisungen wurden abgehalten, Teilnehmerzahl 71 000.

„Wenn es den Bundesverband für den Selbstschutz nicht gäbe, müßte man ihn erfinden“, betonte Beigeordneter Martin Ramforth in einer Feierstunde zum 25jährigen Bestehen

des BVS im Rathaus von **Geisweid**. Stellvertretender Landrat Eckhardt Schleifenbaum erklärte, Selbstschutz sei nicht nur Vorbeugung, sondern auch eine Art Psychologie.

Schwere Vorwürfe an die Adresse der Bundesregierung richtete Landrat und CDU-Bundestagsabgeordneter Dr. Franz Möller in einer Feier zum 25jährigen Bestehen des BVS in **Siegburg**. Nach einem Bericht der Rhein-Sieg-Rundschau erklärte Möller, im Gegensatz zur militärischen Verteidigung würde der zivile Schutzraumbau sträflich und leichtfertig vernachlässigt. Nach Angaben des CDU-Politikers werden für die militärische Verteidigung 19,4 % des Bundeshaushalts aufgewendet, während die Mittel für die zivile Verteidigung nur den Bruchteil eines Prozentes ausmachen. Dieses Mißverständnis sei keineswegs vertretbar, wenn der Schutz der Bevölkerung ernst genommen werden solle.

Der FDP-Landtagsabgeordnete Peter Eykmann erinnerte bei der Jubiläumsfeier in **Recklinghausen** an die Einsätze bei der Hochwasserkatastrophe in Lippstadt im Jahr 1969. Solche Naturkatastrophen könnten sich immer wiederholen.

Dies sind nur einige exemplarische Beispiele aus einer Vielzahl von Publikationen, die im allgemeinen positiv die Arbeit der BVS-Dienststellen darstellten.

Selbstschutz in Düsseldorf

Die Kreisgruppe Düsseldorf im Verband des Nordrheinischen Gaststätten- und Hotelgewerbes gehört seit März 1974 zum Förderkreis „Selbstschutz in Arbeitsstätten“, der vom Zivilschutzamt und dem BVS getragen wird. Schon 1975 konnten BVS und Zivilschutzamt in einer Versammlung der Kreisgruppe die Aufgaben des Selbstschutzes speziell in Hotels und Fremdenheimen erläutern. Mehrere Sonderveranstaltungen für die Sicherheitsfachkräfte aus diesem Bereich folgten. Ständig nimmt Personal der Düsseldorfer Gaststätten, Hotels und Fremdenheime an Selbstschutz-Grundlehrgängen teil.

MdB Dr. Lenz: „Der Schutz des Bürgers ist die wichtigste Aufgabe des Staates“

„Der Schutz des Bürgers ist die wichtigste Aufgabe des Staates“, sagte der Bundestagsabgeordnete des Kreises Bergstraße, Dr. Carl Otto Lenz, in der Feierstunde zum 25jährigen Jubiläum des BVS in Heppenheim. Man müsse sich jedoch fragen, ob der Staat es mit dieser Aufgabe ernst genug nähme. Der katastrophale Ablauf der Katastrophenschutzübung „Herbstwind II“ habe im Kreis Bergstraße den Eindruck hinterlassen, daß es damit nicht gut bestellt sei. Es sei Aufgabe der Verantwortlichen, die Ursachen dafür schonungslos aufzudecken und zu beseitigen. Was im Kreis Bergstraße passiert sei, spiegele den unbefriedigenden Zustand des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland wider. Damit unterscheide sich die Bundesrepublik negativ von den Ostblockstaaten, in denen es zu den selbstverständlichen Sicherheitsvorbereitungen gehöre, den Schutz der Zivilbevölkerung und den Schutz der Versorgung sicherzustellen. Zur Verbesserung der Situation stellte Dr. Lenz vier Forderungen:

1. Bundesregierung und Parlament müßten sich in der Öffentlichkeit mehr für die zivile Verteidigung engagieren;
2. sie müßten angemessene Finanzmittel, insbesondere für den Schutzraumbau und für eine Verbesserung des Alarmsystems bereitstellen. Gerade auch die Übung „Herbstwind II“ habe diese Notwendigkeit unter Beweis gestellt.
3. Bessere Ausbildung und Zusammenarbeit der verantwortlichen Stellen. Es nutze nichts, daß die einzel-

nen Gruppen isoliert gesehen gute Arbeit leisten, wenn die Zusammenarbeit nicht klappe.

4. Verstärkte Aufklärung über die Bedeutung von Verteidigung und Zivilschutz für eine wirksame Friedens- und Sicherheitspolitik auch in den Schulen.

Ehrennadel für Karl Israel

Am 8. Dezember 1977 fand bei der BVS-Dienststelle Kassel eine Arbeitsgemeinschaft der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter statt.

In einem Rückblick wurde die Arbeit der Dienststelle noch einmal durch Dienststellenleiter Weiß erläutert und die Höhepunkte des Jahres 1977 angesprochen. Eine Ehrung besonderer Art: Die Ehrennadel des BVS, verbunden mit einer Urkunde des Präsidenten des BVS, wurde an Karl Israel überreicht.

Dienststellenleiter Weiß würdigte die Verdienste des langjährigen Helfers und sprach die Hoffnung aus, daß er noch lange der Dienststelle zur Verfügung stehen möge.

Ehrung für Aloys Wagner

Eine gelungene Überraschung für den Leiter der BVS-Dienststelle Friedberg, Aloys Wagner: Zu Beginn einer Kreistagssitzung im Dezember 1977 überreichte Landrat Dr. Arno Kuhn ihm im Auftrag des Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und übermittelte gleichzeitig die Glückwünsche des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner und des Darmstädter Regierungspräsidenten Dr. Wierscher.

In seiner Laudatio führte Dr. Kuhn aus, Aloys Wagner erhalte die Auszeichnung in Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste. Wagner war und ist in zahlreichen Verbänden und Organisationen ehrenamtlich tätig. Den Glückwünschen des Landrates schlossen sich der amtierende Vorsitzende des Wetterauer Parlamentes und die Fraktionsvorsitzenden der drei im Parlament vertretenen Parteien an.

BVS-Landesstellenleiter Heldmann freute sich über die Auszeichnung seines Mitarbeiters und überbrachte die Glückwünsche des BVS.

Wagner, sichtlich überrascht von der Auszeichnung, versprach, sich auch weiterhin mit all seiner Kraft für die ihm gestellten Aufgaben einzusetzen.

Edith Perbandt ausgeschieden

Am 20. Dezember 1977 wurde Frau Edith Perbandt, Mitarbeiterin der BVS-Landesstelle Hessen, verabschiedet. Frau Perbandt kam schon sehr früh mit dem BLSV/BVS in Berührung; am 14. Oktober 1957 wurde sie Helferin, am 1. April des darauffolgenden Jahres hauptamtliche Mitarbeiterin. Seit ihrer Anstellung verwaltete sie das gesamte Ausbildungs- und Lehrgerät im Landesstellenbereich und zeichnete auch für die Selbstschutzzug-Ausrüstungen verantwortlich.

Mit ihr verläßt eine Frau die Landesstelle, die immer wieder mit sehr viel Temperament, Engagement, aber auch mit einem gehörigen Schuß Humor dazu beitrug, manche Klippe mit vereinten Kräften zu umschiffen.

Erfreuliche Erfolge der FZA

Im Oktober und November 1977 war die sonst in Rheinland-Pfalz stationierte Fahrbare Zivilschutzausstellung des BVS im Saarland tätig. In den Bereichen Merzig, St. Wendel und Saar-Pfalz-Kreis wurden vornehmlich die Orte aufgesucht, in denen bisher

weniger häufig Aufklärungsveranstaltungen stattgefunden haben. Während die Ausstellung der FZA in Schulen, Rathäusern, Werkskantinen und -hallen und städtischen Saalbauten zur Aufstellung kam, liefen parallel und in den Abendstunden Aufklärungsveranstaltungen oder fachliche Unterrichtungen.

In 146 verschiedenen Veranstaltungen informierten die Redner der FZA 4670 Personen über Maßnahmen des Selbstschutzes und der Vorsorge, die Aufgaben von Zivilschutz und ziviler Verteidigung. In mehreren Fällen, besonders in Betrieben, Krankenhäusern und weiterführenden Schulen, wurden fachliche Unterrich-

tungen über bestimmte Gebiete, vornehmlich Brandschutz, durchgeführt. Hierbei fanden die Darlegungen und Ratschläge der Fachkräfte großes Lob, das in anerkennenden Eintragungen in das Gästebuch der FZA seinen Niederschlag fand.

Der Direktor der Wirtschaftsakademie und des Saartechnikums Rolf D. Bäurle, schrieb: „Mitte August brannte in der Wirtschaftsakademie in der Hausdruckerei ein Kopiergerät und viel PVC mit einem Gesamtschaden von ca. 200 000 DM. Nach diesem Ernstfall, bei dem eine Rettung über das Dach notwendig war, sind Schulleitung, Dozenten und Schüler doppelt aufgeschlossen für die Notwendigkeit solcher Vorträge, wie sie uns heute von den Herren Ehres und Schwinger in dankenswerter Weise gehalten wurden. Die Initiative des Bundesverbandes verdient restlose und vorbehaltlose Unterstützung. Herzlichen Dank!“

BVS beim Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten



Ministerpräsident Dr. Röder im Kreise der BVS-Mitarbeiter (v. l.): Landesstellenleiter Koch, Dienststellenleiter Anna (Homburg), Fachgebietsleiter Manstein, Fachlehrerin Michel, der Leiter der FAST Neunkirchen, Ranft, und Helfervertreter Ebert.

Auf Grund der guten Zusammenarbeit mit der saarländischen Regierung wurde dem BVS wieder eine besondere Ehre zuteil: Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder hatte BVS-Landesstellenleiter Christian Koch und einige Mitarbeiter zu dem diesjährigen Neujahrsempfang in die Staatskanzlei eingeladen und hierbei auch die Arbeit des Verbandes gewürdigt.

Feierstunde in Merzig

Die BVS-Dienststelle Merzig veranstaltete im großen Sitzungssaal des Landratsamtes in Merzig eine offi-



BVS-Landesstellenleiter Koch zeichnete Dienststellenleiter Althoff, den Landrat des Kreises Merzig-Wadern, Linicus, und Reg.-Oberamtsrat i. R. Steuer mit der BVS-Ehrennadel aus (v. l. n. r.).

zielle Feierstunde zum 25jährigen Bestehen des Verbandes.

Etwa 80 Gäste, Behördenchefs, Bundeswehr-Offiziere, Bürgermeister, leitende Ärzte, Direktoren und Rektoren der Schulen, Leiter und erste Mitarbeiter der Organisationen und Verbände im Kreis Merzig-Wadern sowie Vertreter der BVS-Landesstelle Saarland waren zugegen, als BVS-Dienststellenleiter Althoff, Landrat Linicus und Sachbearbeiter Klein zum Generalthema „Zivilschutz“ referierten.

Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“

Am 3. Januar 1978 begrüßte der Leiter der BVS-Dienststelle Saarbrücken, Joachim Schmelzer, zahlreiche Gäste zur Eröffnung der Henry-Moore-Ausstellung in der Schalterhalle der Saar-Bank Saarbrücken, darunter den Zivilschutzbeauftragten des Stadtverbandes Saarbrücken, Beigeordneten Manfred Münster, Vertreter der Behörden, der Schulämter, der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und anderer Institutionen.



Anfang Januar wurde in der Schalterhalle der Saar-Bank Saarbrücken die BVS-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ eröffnet.

Beigeordneter Münster eröffnete die Ausstellung und betonte, daß es an sich Aufgabe seines Kollegen Ernst Küntzer (Kultur) sei, solche Kunstaussstellungen zu eröffnen. Da aber vom Inhalt her der Gedanke „Schutz des Menschen“ im Vordergrund stehe, fühle er sich angesprochen und auch in seiner Aufgabe als Zivilschutzbeauftragter unmittelbar berührt. Bedeutsam bei dieser Ausstellung sei nicht so sehr das künstlerische Schaffen von Henry Moore, sondern seine Aussagen über den Menschen in Gefahr, so könne die Ausstellung zugleich Mahnung und Auftrag sein.

Direktor Hans-J. Hoffmann, Vorstandsmitglied der Saar-Bank, überbrachte den Gästen den Willkommensgruß der Bank. Er führte aus, daß es bei dieser Ausstellung in erster Linie um das „Helfen“ gehe.

Dem negativen Zufall, der sehr oft eintrete, müsse mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Deshalb sei es notwendig und wünschenswert, soviel Information wie nur möglich über den Selbstschutz zu vermitteln.

Diese Ausstellung, die noch in weiteren Banken des Saarlandes gezeigt wird, wird die angestrebte Wirkung nicht verfehlen.

Erste Arbeitsgemeinschaft im neuen Jahr

Zur ersten Arbeitsgemeinschaft im neuen Jahr trafen sich der Leiter der BVS-Dienststelle Dudweiler, Ludwig Kliebenstein, alle ehrenamtlichen Mitarbeiter und auch der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landesstellenleiters beauftragte Christian Koch sowie der Fachgebietsleiter für Organisation, Günther Manstein.

Kliebenstein gab zunächst einen Bericht über die im vergangenen Jahr besonders erfolgreich verlaufene Arbeit, schilderte dann die derzeitige Situation im Bereich seiner Dienststelle und besprach abschließend die weitere Arbeit für das Jahr 1978.

Landesstellenleiter Koch hob die über 20jährige enge Verbundenheit und gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern aus Dudweiler hervor. Er dankte für die Ausbildungs- und Aufklärungsarbeit im Jahre 1977 und sprach die Hoffnung aus, daß auch in der Zukunft der Einsatzwille nie erlahmen möge.

Dank dem kleinen Künstler

Remo Scheureck aus Konstanz, dem einzigen Preisträger aus Baden-Württemberg des BVS-Malwettbewerb, wurde in einer kleinen Feierstunde in seiner Klasse der Berufsschule von BVS-Dienststellenleiter König in Anwesenheit seiner Eltern, des Direktors und seiner Lehrer der Sachpreis – ein Hobby-Keramikkasten – überreicht. Da Remo gerne modelliert, hat er sich gerade über diesen Hobbykasten besonders gefreut. Als zusätzliches Geschenk von der BVS-Dienststelle hat Remo noch ein Taschenradio erhalten.

In Vertretung des Oberbürgermeisters würdigte Dr. Klein, Leiter des Kulturamtes, die Leistung des kleinen Künstlers und überreichte einen Bildband der Stadt Konstanz.

Remo erzählte, daß er sein Bild (siehe ZS-MAGAZIN 12/77, Seite 17) nach einem persönlichen Erlebnis an Fastnacht aus dem Gedächtnis gemalt habe. Der Mantel eines älteren Herrn hatte sich beim Aussteigen an der Omnibustüre verfangen, so kam der Herr zu Fall und zog sich stark blutende Wunden an Stirn und Nase zu. Fahrgäste und der Fahrer des Busses hätten sofort geholfen.

25 Jahre BVS in Rottweil

Über 100 Gäste begrüßte BVS-Dienststellenleiter Gneist bei der Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre BVS“ der Dienststelle Rottweil am 7. November 1977 im Konzerthaus der Stadt Trossingen. Eingeladen waren Vertreter von Verwaltungen, Behörden und Ämtern, der Industrie- und Handelskammer und von Betrieben, denen die BVS-Dienststelle in den vergangenen Jahren ein wertvoller Helfer bei der Ausbildung von Selbstschutzkraften gewesen war.

Außerdem waren der Einladung Führungskräfte aller Hilfsorganisationen, der Polizei und der Bundeswehr sowie einige Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder gefolgt.

In seiner Ansprache schilderte Gneist den überaus beschwerlichen Weg des BLSV/BVS von seiner Gründung bis zum Jubiläumsjahr. Er sagte allen Helferinnen und Helfern Dank, die dem Verband die Treue halten und mithelfen, eine oft verkannte humani-

täre Aufgabe zu erfüllen. Der Leiter der FAST Rottweil, Roland Schäfer, erinnerte an den so mühsamen Anfang mit der von ihm seit 1965 geleiteten fahrbaren Ausbildungseinrichtung und gab einen Rechenschaftsbericht über die seither geleistete Arbeit.

Den Kreis der Referenten schloß Oberregierungsrat Walde vom Landratsamt Rottweil. Er stellte ganz besonders die wichtige Funktion des Selbstschutzes im Rahmen des Zivilschutzes heraus.

Anschließend nahm BVS-Landesstellenleiter Kunde verschiedene Ehrungen vor. An sechzehn verdiente Helfer, die zehn und mehr Jahre im BLSV/BVS tätig sind, überreichte er die Ehrenurkunde.

Leider hatten Abgeordnete der politischen Parteien aus verschiedenen Gründen nicht an der Jubiläumsveranstaltung teilnehmen können. Die ehemalige Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises, Frau Hedwig Meermann, schrieb in einem Brief: „So möchte ich auf diesem Wege dem BVS meine aufrichtigen Glückwünsche zum 25jährigen Bestehen sagen. Sie haben in dieser Zeit viel geleistet und mehr Anerkennung verdient, als Ihnen im allgemeinen in der Öffentlichkeit zuteil wird. Ich bin sicher, daß die Vorfälle der jüngsten Zeit manchem Bürger auch Ihre Organisation in einem neuen Lichte erscheinen lassen. Auch der beste Staat kann seine Bürger dauerhaft nur dann schützen, wenn diese bereit sind, zu ihrem eigenen Schutz beizutragen.“

Der BVS Heidelberg hat keine Nachwuchssorgen

Wir sind zwar schon eine große Familie, dennoch freuen wir uns über unsere Jungen.

Bei der letzten Arbeitsgemeinschaft stellte man sie uns vor, eine junge Dame, drei junge Herren. Alle vier machten einen frischen Eindruck, äußerlich und innerlich. Ich kann mir denken, daß wir sie in absehbarer Zeit, wenn sie erst gründlich ausgebildet sind, gut gebrauchen können.

Unser Helferkreis ist zwar nicht überaltert, doch ist Nachwuchs immer gut. Ich weiß das aus der Praxis von den vielen Selbstschutz-Grundlehr-

gängen, die wir in Schulen abhielten. Oft teilte ich, der 55jährige, mir die Arbeit mit einem jungen Kollegen; er hatte immer mehr Zulauf. Jugend zieht es eben zur Jugend. Und wenn ich darüber enttäuscht war, so bin ich darüber auch schnell wieder hinweggekommen, weil ich einsehe, wie wichtig es ist, daß wir die Bevölkerung für unsere Aufgabe interessieren, unser Betätigungsfeld in allen Kreisen der Bevölkerung ist ja nahezu unerschöpflich, da kann Jugend Jugend ausbilden.

Übrigens wird es interessieren, wie wir unsere jungen Mitarbeiter gefunden haben, das Fräulein Astrid und die drei Herren: selbstverständlich aus Teilnehmerkreisen unserer Lehrgänge, das „verbuchen“ wir nun aber für uns Ältere, zu etwas wollen wir ja auch noch nütze sein.

Hans Runge

Erwin Müller geehrt

Im Rahmen einer Feierstunde verabschiedete Landesstellenleiter Kunde den BVS-Bereichsbeauftragten von Tübingen, Erwin Müller, in den wohlverdienten Ruhestand.

Müller war seit 1954 ehrenamtlicher Mitarbeiter beim damaligen Bundesluftschutzverband. Ab April 1956 wurde er hauptamtlicher Ausbildungsleiter in Ulm. Von Januar 1960 bis September 1962 leitete er die Ortsstelle Ulm. Seit Oktober 1962 war er zunächst Bezirksstellenleiter des BLSV, dann Bereichsbeauftragter des BVS in Tübingen.



Im Auftrag des Bundespräsidenten zeichnete Landesstellenleiter Kunde Erwin Müller mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus. In Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste wurde ihm, verbunden mit einer Dankurkunde, das Ehrenzeichen des BVS verliehen.



Zahlreiche BVS-Dienststellen in Rheinland-Pfalz veranstalteten Jubiläumsfeiern zum 25jährigen Bestehen des Verbandes. Rund 2000 Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens waren dazu Gäste des BVS. Unser Foto: Jubiläumsveranstaltung der BVS-Dienststelle Trier; Dienststellenleiter Linden referierte über die Aufgaben des Verbandes.

Dank und Anerkennung für die FZA

Rückschau zu Beginn eines neuen Arbeitsjahres: Wenn durch die fahrbare Zivilschutzausstellung in diesem Zeitraum über 15 000 Menschen in Aufklärungsveranstaltungen, fachlichen Unterweisungen, Pressegesprächen, Interpretationen von Ausstellungen und Einzelgesprächen über Sinn und Zweck des Selbst- und Zivilschutzes und die Aufgaben des Verbandes informiert wurden, so kann von einer Leistung gesprochen werden.

Durch besondere Vorkommnisse angeregt, legte sich die FZA Rheinland-Pfalz ein Gästebuch zu. Ein Erinnerungsstück ist es geworden, Erinnerung an schwere und erfolgreiche Tage. Ganz besonders berührt es einen, wenn man den Dank und die Anerkennung lesen kann, die von Organisationen, Betrieben, Behörden und Schulen zum Ausdruck gebracht werden.

In einem Falle stellte der Hauptverwaltungsbeamte fest: „... Ihrer behördlichen Mitverantwortung für diese Aufgabe mehr noch als bisher gerecht zu werden, wie es auch unser Ziel sein muß, durch Schulung der Mitarbeiter innerbehördliche Vorkehrungen für den Notfall zu treffen.“

Der Rückblick ergibt so einen Ansporn für die Arbeit im neuen Jahr. Für eine Arbeit, bei der der Mensch im Mittelpunkt stehen wird, mit dem Ziel: „Aus der Gemeinschaft, mit der Gemeinschaft, für die Gemeinschaft!“

Leistungsbericht der BVS-Dienststelle Koblenz

Der Leiter der BVS-Dienststelle Koblenz, Matthias Illigen, legte für 1977 einen beachtlichen Leistungsbericht vor. Von den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern wurden insgesamt 291 Selbstschutz-Grundlehrgänge, Aufklärungsveranstaltungen, Schutzraumberatungen und Ergänzungslehrgänge durchgeführt. Diese im Stadtgebiet und im Landkreis Mayen-Koblenz erfolgten Initiativen hatten 5434 – darunter 1409 weibliche – Teilnehmer. Die Selbstschutz-Grundlehrgänge wurden an Schulen und bei Behörden, Betrieben, der Bundeswehr und Bürgervereinigungen durchgeführt.

Im Rahmen einer Jahresabschlußtagung gratulierte der stellv. Helfervertreter Reinhold Schmidt dem Helfer Karl-Heinz Menges zu der an der BVS-Bundesschule in Ahrweiler erfolgreich abgelegten Fachlehrerprüfung und der Helferin Ingrid Menges zur erfolgreichen Prüfung als Ausbildungshelferin, die sie an der BVS-

Schule in Birkenfeld ablegte. Dienststellenleiter und Helfervertreter fanden anerkennende Worte für die stete Einsatzbereitschaft aller Helfer. Ein besonderer Dank galt Fachlehrer Günther Fiebig für seine Einsatzfreude.

Bei der BVS-Dienststelle Koblenz arbeiten z. Z. 31 ehrenamtliche Kräfte mit, von denen sich nunmehr 21 in Ausbilder- bzw. Beraterfunktionen befinden. Die übrigen Helfer sind in den Bereichen Organisation, Planung und Berichterstattung eingesetzt.

40 Jahre im Dienste der Gemeinschaft

Der Bereichsbeauftragte des BVS in Trier, Hermann Mende, ist seit 40 Jahren im öffentlichen Dienst tätig.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde überreichte Landesstellenleiter Gottfried Buchholz die Dankesurkunde. Er würdigte die Arbeit, die Hermann Mende während seiner Zugehörigkeit zum BLSV/BVS seit 1956 erbracht hat.



Zum 40jährigen Jubiläum im öffentlichen Dienst gratulierte BVS-Landesstellenleiter Buchholz dem Bereichsbeauftragten in Trier, Hermann Mende (rechts).

BVS-Geburtstagsfeier in Hof

Der Oberbürgermeister von Hof, der Vertreter des Landrates, Repräsentanten der Bundeswehr und der Polizei, Behördenleiter, Vertreter der Schulen und Verbände nahmen an der Feier zum 25jährigen Bestehen des BVS teil. BVS-Bereichsbeauftragter Kon-

rad Weigl ließ die 25 Jahre BVS vor seinen Zuhörern noch einmal vorüberziehen.

Oberbürgermeister Dr. Heun sprach offen aus, daß er manchmal lieber so manches ganz anders und energischer hätte betreiben wollen. Er läßt dem BVS jede nur mögliche Unterstützung angedeihen: BVS-Landes-

stellenleiter Konrad Hinderberger gab ebenfalls einige interessante Informationen.

BVS-Helfer Hellmut Seifert wurde für seine 25jährige ehrenamtliche Mitarbeit im BVS geehrt, die Helfervertreterin, Frau Brandel, erhielt für ihre langjährige Mitarbeit die Ehrennadel des BVS.

SPD-Arbeitskreis besuchte BVS

Der kommunalpolitische Arbeitskreis der SPD besuchte die BVS-Dienststelle Weiden, um sich einen Überblick über den Bereich der zivilen Verteidigung zu verschaffen. Die Besucher waren von der Vielfalt der Aufgabenstellung beeindruckt. Umfassend schilderte Dienststellenleiter Weigl die Aufgaben des Selbstschutzes. Arbeitskreisvorsitzender Härning dankte für das Entgegenkommen des BVS-Dienststellenleiters und Bereichsbeauftragten in Weiden, Konrad Weigl, und seiner Mitarbeiter.

Härning meinte, gerade in den letzten Wochen und Monaten sei der Ruf des Bürgers nach mehr Schutz lauter geworden. Der Wert der Einrichtungen für den Selbstschutz werde immer mehr anerkannt.

Fahrbare Schule machte in Weidach Station

Die Fahrbare Schule des BVS machte auch in Weidach Station. In einem zweitägigen Ergänzungslehrgang wurden 18 Selbstschutzberater aus den Gemeinden des Kreises informiert bzw. ihr Wissensstand über den Selbstschutz erweitert. Zur Eröffnung des Seminars war auch Landrat Helmut Knauer gekommen, der besonders dem Coburger BVS-Dienststellenleiter Bruno Schneider dankte, auf dessen Initiative hin die Fahrbare Schule den Weg von München nach Coburg gefunden hatte.

Der Selbstschutz, so Knauer, sei in vergangener Zeit etwas vernachlässigt worden. Ein Grund hierfür sei darin zu suchen, daß die Bevölkerung in den Nachkriegsjahren „von diesen Sachen“ nichts mehr hören und sehen wollte. Landrat Knauer wies jedoch auf die Aufrüstung in aller Welt hin. Es gebe viele neue Waffensysteme, so daß man einfach nicht mehr die Augen davor verschließen könne.

Die Selbstschutzberater der Gemeinden sollen Ansprechpartner von BVS und Landratsamt sein. Knauer appellierte an die Anwesenden, auch Freunde und Bekannte für den Selbstschutz zu gewinnen. Im übrigen sei nicht alles, was zum Selbstschutz gesagt werde, nur für den Verteidigungsfall bestimmt, sondern auch für das Verhalten im täglichen Leben.

Auszeichnung für Erich Beier

Anläßlich der Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre BVS“ der Dienststelle Erlangen wurde BVS-Fachlehrer und Redner Erich Beier für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im BVS mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Im Auftrage des Bundespräsidenten überreichte der Bürgermeister der Stadt Erlangen, Dr. Friedrich Sponzel, die Auszeichnung und würdigte die Verdienste Beiers, die dieser sich seit 1956 als ehrenamtlicher Helfer um den Aufbau des BVS erworben hat. Beier ist seit Jahren als Fachlehrer und Redner tätig. Insgesamt hat er bei über 600 BVS-Lehrgängen freiwillig und ehrenamtlich mitgewirkt.



Aus der Hand von Bürgermeister Dr. Sponzel (rechts) nimmt Erich Beier die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland entgegen.

BVS-Landesstellenleiter Konrad Hinderberger überbrachte die Glückwünsche der Landesstelle Bayern und betonte, daß Beier immer uneigennützig gehandelt habe. Sein Einsatz für die Sache des BVS sei vorbildlich für alle Mitarbeiter. Beier dankte mit bewegten Worten für die Ehrung und erklärte, daß er sie stellvertretend für alle Mitarbeiter, die im Laufe der Jahre mit ihm zusammengearbeitet hätten, entgegennehme.

Löschzug erhält ABC-Ausbildung

Der erste Löschzug NEW, der aus den Feuerwehren Neustadt und Störnstein gebildet wurde, begann jetzt mit seiner ABC-Ausbildung. Regierungsoberinspektor Kippes vom Landratsamt, der auch den Kreisbrandrat und den Kreisbrandmeister sowie Kommandant Kriechenbauer aus Störnstein begrüßen konnte, dankte der BVS-Dienststelle Weiden für ihre Bereitschaft, diese Ausbil-

dung durchzuführen. Der Lehrgang wird zehn Stunden umfassen.

Der erste Löschzug NEW wurde im Hinblick auf einen möglichen Verteidigungsfall aufgestellt, der ABC-Schutz gehört zu seinem Aufgabenbereich. Franz Weinberger vom BVS erklärte die Wirkungsweise atomarer Kampfmittel, welche Gefährdung von ihnen ausgeht und wie man sich gegen diese schützen kann.

Aufgabe für alle Bürger

„Ohne Sicherheitspolitik gibt es keine Entspannung. An der Bereitschaft zur Verteidigung darf im militärischen wie im zivilen Bereich kein Zweifel aufkommen“, führte der Weidener BVS-Dienststellenleiter und Bereichsbeauftragte für Oberfranken und Oberpfalz, Konrad Weigl, bei der Feier zum 25jährigen Bestehen des BVS in Weiden aus.

Weigl konnte die Bundestagsabgeordneten Dr. Max Kunz und Franz Zebisch, MdL Willibald Moser, Regierungsvizepräsidenten Dr. Erwin Simon, Oberbürgermeister Hans Schröpf und viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Vertreter der Schulen, Verbände und Vereine begrüßen. In seinem Referat erwähnte Weigl, daß der BVS es sich zur Aufgabe gemacht habe, das Verständnis für die Notwendigkeit des Selbstschutzes bei der Bevölkerung zu wecken.

Oberbürgermeister Hans Schröpf dankte dem BVS für seine Arbeit und seinen Einsatz. Er hob die gute Zusammenarbeit hervor, die sich auch weiterhin bewähren sollte. Die Bürger müßten immer wieder auf die Bedeutung des Selbstschutzes hingewiesen werden. Es stehe fest,



BVS-Jubiläum in Weiden (v. r. n. l.): BVS-Landesstellenleiter Hinderberger, Oberbürgermeister Schröpf, Reg.-Vizepräsident Dr. Simon, MdL Zebisch, MdL Moser und BVS-Dienststellenleiter Weigl.

daß es auch im Atomzeitalter noch möglich sei, sich wirksam zu schützen. So werde der Selbstschutz zu einer Aufgabe für alle Staatsbürger, der sich niemand entziehen dürfe. MdB Franz Zebisch erklärte, für den BVS müßten in den Haushaltsplänen die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, damit er seine Aufgaben auch erfüllen könne.

Die Bereitschaft, beim BVS mitzuarbeiten, sei bei der Bevölkerung in der Oberpfalz besonders groß, stellte Regierungsvizepräsident Dr. Simon fest; dies solle auch in Zukunft so bleiben. Im Bereich des Zivilschutzes müsse die Bundesrepublik dem Beispiel der neutralen Schweiz folgen. MdL Willibald Moser hob in seinem Grußwort hervor, daß die Politiker verpflichtet seien, dem Bundesverband die Grundlagen für eine erfolgreiche Arbeit zu geben.

Neues aus Regensburg

Die Wahl der Helfervertretung und die Jahreshauptversammlung wurde von der BVS-Dienststelle Regensburg kürzlich durchgeführt.

Der bisherige Helfervertreter, Bau-Ing. Johann Seitz, Fachbearbeiter für Schutzraumfragen und BVS-Bauberater, wurde wiedergewählt. Zum Stellvertreter ist Ausbildungshelfer Willibald Schöpf gewählt worden.

Am 3. November 1977 ist Kurt Barth, Maschinenbau-Ing. und Träger der BVS-Ehrennadel, in Regensburg im Alter von 74 Jahren gestorben. Kurt Barth wird in Regensburg zu den Pionieren des Selbstschutzes gezählt.

Schon im Juni 1952 kam er zum BLSV und war Leiter eines Se-Teilabschnittes. Fachbearbeiter der Bezirksstelle Oberpfalz war seine nächste Aufgabe bis 1973, dann war er noch bis 1974 als Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit in Regensburg tätig. Kurt Barth hat sehr viel zum Aufbau des Selbstschutzes beigetragen. Wir werden Kurt Barth stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die öffentliche Meinung hat sich gewandelt

Der Leiter der BVS-Dienststelle Nürnberg, Heinz Lenneps, stellte anlässlich des 25jährigen Verbandsjubiläums

fest: Die öffentliche Meinung über den Zivilschutz hat sich gewandelt; heute bejahen 84 Prozent der Bevölkerung staatliche Maßnahmen in diesem Bereich.

Die Nürnberger BVS-Dienststelle betreut 800 000 Bürger. Der BVS hat 1976 und im ersten Halbjahr 1977 bei 211 Veranstaltungen 6530 Teilnehmer über Schutzmöglichkeiten im Katastrophenfalle informiert bzw. ausgebildet. Rechtsreferent Dr. Sauer, der bei der Stadtverwaltung für den Katastrophenschutz zuständig ist, hob in seinem Grußwort hervor, daß der Staat in diesem Bereich „erhebliche Anstrengungen unternommen“ habe. Beim Zivilschutz handele es sich immer nur um einen möglichen, nicht um einen aktuellen Bedarf, daher komme er finanziell relativ zu kurz.

Mit der Ehrennadel des BVS wurden Georg Schliermann, der Leiter des Zivilschutzamtes der Stadt Nürnberg, sowie die ehrenamtlichen Helfer Höhnlein, Fürth und Huthöfer ausgezeichnet.

Regierungspräsident hielt Festrede

Anlässlich des 25jährigen Bestehens des BVS trafen sich Gäste und Mitarbeiter zu einer Jubiläumsfeier im

großen Saal des Obermünsters in Regensburg.

Der Leiter der BVS-Dienststelle Regensburg, Peter Blazejewski, begrüßte die Gäste, besonders den Regierungspräsidenten der Oberpfalz, Dr. Ernst Emmerig. Vertreter des öffentlichen Lebens und der Katastrophenschutzorganisationen waren der Einladung gefolgt.

Regierungspräsident Dr. Emmerig hob in seiner Festrede die Gefahrenlage in der Welt angesichts der großen Machtblöcke hervor und verwies unter diesem Aspekt auf die Bedeutung, die der Selbstschutz vor allem in der grenznahen Oberpfalz hat.

Sein Dank galt jenen Männern und Frauen, die seit 25 Jahren in dem Regierungsbezirk das Anliegen des Selbstschutzes in der Öffentlichkeit vertreten und die die praktische Ausbildung getragen haben.

Der Bereichsbeauftragte für Oberpfalz und Oberfranken, Konrad Weigl, bedankte sich bei allen, besonders bei denen, die vor 25 Jahren den Gedanken des Selbstschutzes wieder aufgegriffen haben. Nach der Ehrung langjähriger Mitarbeiter sprach zum Abschluß Bürgermeister Dr. Karl Pfluger seinen Dank aus und versicherte, daß er auch in Zukunft die Belange des Verbandes unterstützen und fördern wird.



Die Frage des „Wohin?“ mit den abgeleerten Weihnachtsbäumen löste der BVS in Nachbarschaftshilfe.

Praktische Hilfe des BVS

In der Gemeinde Neutraubling, Landkreis Regensburg, bemühen sich die Helfer des BVS, Selbsthilfe und Vorsorge in der Praxis des Alltags anzuwenden.

Unter Anleitung des BVS-Beauftragten und Selbstschutzberaters Horst Burock wurden auch dieses Jahr von der Helfergruppe Neutraubling wieder die „abgeleerten“ Christbäume eingesammelt. Diese Aktion, bereits zum fünften Male durchge-

führt, findet bei den Bürgern reges Interesse, weil sie damit von der alljährlich wiederkehrenden Frage „wohin damit?“ befreit werden.

14 BVS-Helfer sammelten insgesamt 610 Christbäume ein, die anschließend unter den Augen der Feuerwehr am Stadtrand verbrannt wurden. Für den Transport stellte Karl Odwoy ein Fahrzeug zur Verfügung. Zum Dank spendierte Herbert Scholz den fleißigen Helfern ein Mittagessen.

Diese Initiative ist ein Beispiel für Gemeinschaftssinn und Nächstenhilfe.



Guter Ausbildungsstand

Im Dezember 1977 kamen die Führungskräfte und Helfer des THW-OV Husum zu ihrer letzten Helferversammlung im vergangenen Jahr zusammen. Im Mittelpunkt des Abends standen Fragen über das schon traditionelle Jahresabschlussfest sowie der Jahresrückblick und die Vorausschau auf 1978.

Die Einsatzstatistik ließ erkennen, daß auch im Jahre 1977 neben den zahlreichen freiwilligen Übungsstunden manche Einsatzstunde im Ernstfall geleistet worden ist.

Erwähnt wurden in diesem Zusammenhang unter anderem die Bergung eines Tankfahrzeuges bei Bütteleck, die Bergung einer Wasserleiche, der Einsatz bei den Sturmschäden am Krankenhaus Husum und die Bergung eines Lastkraftwagens auf dem Nordstrander Damm. Hervorgehoben wurde ferner, daß der Ortsverband zwei neue Fahrzeuge erhalten hat.

Es wurde festgestellt, daß sich der Ausbildungsstand der Helfer erheblich verbessert hat. Ein großer Teil der Helfer absolvierte Sonderlehrgänge an der Katastrophenschutzschule des Bundes.

Positiv erwähnt wurde auch die Finanzhilfe der Stadt Husum. So konnten zusätzlich zu den vom Bund bereits zur Verfügung gestellten Alarmerungsgeräten weitere Helfer mit Funkalarmempfängern ausgerüstet werden.

Vermerkt wurde ferner die gute Zusammenarbeit mit der Husumer Feuerwehr, mit der man in der Julius-Leber-Kaserne eine gemeinsame Übung durchgeführt hat. Auch im Jahr 1978 sollen in verstärktem Maße Helfer zu Lehrgängen entsandt werden.

Zum Abschluß der Veranstaltung wurde der Film „Helfen wollen, helfen lernen, helfen können“ gezeigt.

G. B.

THW half den Stadtwerken

Zu einer nicht alltäglichen technischen Hilfeleistung wurde der THW-OV Eutin von den Stadtwerken Eutin angefordert. Eine 320 m lange PVC-Wasserleitung, die auf dem Grund des Großen Eutiner Sees zur Fasaneninsel führt, hatte sich als

Hindernis für den anliegenden Fischer erwiesen. Seine Netze verfangen sich in der Leitung, und die Leitung war bereits einmal gebrochen. Die Stadtwerke kamen zur Abhilfe auf die Idee, die PVC-Leitung mit Sandsäcken zu beschweren. Dazu wurde das THW Eutin angefordert.

Am Sonnabend wurden in einer Kiesgrube 400 Sandsäcke gefüllt und an den See gebracht. Eine Woche später verladen 12 THW-Helfer die Sandsäcke auf ein Ponton-Fährenteil, das an einer Führungsleine langsam zur Insel gezogen wurde. Von diesem Ponton aus wurden die Sandsäcke an fünf DLRG-Taucher weitergereicht, die sie auf die Wasserleitung legten. Mit dem Schlauchboot wurde Nachschub herangeschafft. Innerhalb von sieben Stunden war diese Hilfeleistung, die zugleich der erste gemeinsame Einsatz mit DLRG-Helfern war, zur vollen Zufriedenheit der Stadtwerke ausgeführt.

J. G.

Einsätze, Einsätze . . .

Am 3. Oktober 1977, um 14.30 Uhr, wurde der THW-OV Hochdonn-Burg nach einem Verkehrsunfall von der Einsatzleitstelle der Polizei in Heide alarmiert. Bereits fünf Minuten später konnte der mit vier Helfern besetzte VH-Kombi des Ortsverbandes zur Unfallstelle – Landstraße 10, ca. 500 m westlich der Ortschaft Kuden – in Marsch gesetzt werden.

An der Unfallstelle hatte sich folgendes ereignet:

Zwei Lastkraftwagen, einer voll mit Kies beladen, waren frontal zusammengestoßen. Das Fahrerhaus des beladenen Fahrzeuges hatte sich in einen morastigen Graben geböhrt. Der Fahrer dieses Lkw konnte nur noch tot geborgen werden; zu seiner Bergung mußten die Helfer Schere und Spreizer einsetzen. Der Fahrer des zweiten Lkw war schwer verletzt. Er hatte sich aber bereits selbst aus seinem Fahrzeug befreien können.

Der Einsatz dauerte von 14.30 bis 17 Uhr.

Am 14. Oktober 1977 wurde der THW-OV Pinneberg um 12.28 Uhr von der Feuerwehr alarmiert.

Die Anforderung erfolgte, weil das Wasser der Pinnau durch Öl verschmutzt worden war.

Vom Ortsverband wurden 12 Helfer eingesetzt.

Aufgabe von Feuerwehr und THW war es, das weitere Ausbreiten des Öls auf dem Wasser zu stoppen und den von einer Firma verursachten Ölschaden durch Abpumpen zu beseitigen. Die Helfer des Ortsverbandes Pinneberg legten eine Ölsperre aus und arbeiteten – wie immer – mit der Feuerwehr gut zusammen.

Am 5. November 1977 wurde der THW-OV Husum über Funkalarmempfänger von der zuständigen Polizeidienststelle alarmiert.

Diesmal ging es um die Bergung eines Lastkraftwagens am Nordstrander Damm. Bei starkem Regen und Windstärken zwischen 6 und 7 war ein nach Husum fahrender Postbus mit einem auf die Insel Nordstrand fahrenden LKW zusammengestoßen. Der Bus, dessen rechte Seite aufgerissen worden war, war außerdem mit einem massiven Zaun kollidiert. Nur der Busfahrer hatte leichte Verletzungen erlitten. Nachdem der LKW den Postbus gestreift hatte, war er die Deichböschung hinabgerollt. Hier war er dann – bis zu den Pritschen im Wasser stehend – steckengeblieben.

Vom Ortsverband wurden fünf Helfer mit GWK und MLW eingesetzt.

Am 7. November 1977 wurde der THW-OV Eutin von der Funkleitstelle der Kreisverwaltung Ostholstein alarmiert und zur Hilfeleistung nach einem Verkehrsunfall angefordert, der sich auf dem Gemeindegeweg Liensfeld – Hassendorf ereignet hatte.

Vier Helfer des Ortsverbandes mit dem VH-Kombi wurden eingesetzt. Sie leuchteten in guter Zusammenarbeit mit der freiwilligen Feuerwehr die Unfallstelle aus.

Am 8. November 1977 wurde der THW-OV Friedrichstadt über Funkalarmempfänger von der Polizei Nordfriesland alarmiert.

Die Anforderung erfolgte, weil schneller als sonst auflaufendes Wasser 94 Schafe im Trümlauer Koog in arge Bedrängnis gebracht hatte. Die Flut war diesmal ungewöhnlich rasch gekommen. Da es nicht mehr gelang, die Schafe rechtzeitig in Sicherheit

zu bringen, wurden die Tiere vom Wasser eingeschlossen.

Vom Ortsverband Friedrichstadt wurden sechs Helfer mit einem VW-Kombi, einem MKW und einem Stahlboot eingesetzt. Um die Tiere nicht unnötig zu erschrecken, wartete man, bis die Ebbe eintrat. Dann erst wurden die Tiere in Sicherheit gebracht. Am Einsatz waren außer THW auch Wasserschutzpolizei und Feuerwehr beteiligt.

Am 11. November 1977 wurde der THW-OV Pinneberg um 10.30 Uhr wegen eines Sturmschadens von der Feuerwehr alarmiert. Der Schaden war an einem Hausdach in der Richard-Köhn-Straße entstanden.

Vier Helfer des Ortsverbandes wurden eingesetzt. Sie deckten bereits vorhandene Löcher mit Sandsäcken ab und sicherten das Dach an besonders gefährdeten Stellen zur Vermeidung weiterer Schäden.

Am 12. November 1977 mußte in Schleswig-Holstein bei starken Stürmen mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß es zu einer schweren Sturmflut kommt. In den gefährdeten

Kreisen des Landes wurden Vorsorgemaßnahmen getroffen.

Um 10.04 Uhr alarmierte der THW-Ortsbeauftragte für Pinneberg die Führungskräfte seines Bergungszuges. 20 Helfer des Zuges wurden kurze Zeit später beauftragt, zusammen mit Einsatzkräften der Feuerwehr Sandsäcke zu füllen. Insgesamt wurden 46 Helfer alarmiert.

Die nicht zum Füllen der Sandsäcke eingeteilten Helfer verblieben als Bereitschaft in der Unterkunft. Da die zunächst befürchtete Winddrehung von Südwest auf Nordwest ausblieb, entstanden keine größere Schäden. Nach Aufhebung des Katastrophenalarms wurden die Helfer des Ortsverbandes gegen 16 Uhr nach Hause entlassen.

Ebenfalls am 12. November wurde der THW-OV Friedrichstadt nach einer Anforderung der Polizei über Funkalarmempfänger alarmiert. Auch dieser Alarm wurde ausgelöst, weil es galt, Sturmschäden zu beseitigen.

Elf Helfer des Ortsverbandes wurden eingesetzt. Sie räumten verschiedene Straßen von abgebrochenen Ästen und von aus Dächern herausgelösten Dachziegeln.

Brandinsatz im Internat

Der THW-Jugendzug Louisenlund wurde am 9. Dezember 1977 um 19.48 Uhr zusammen mit der Schulfeuerwehr alarmiert. Der Alarm wurde ausgelöst, weil im Eichenhaus des Internats Louisenlund ein Brand ausgebrochen war. Wie sich bald herausstellte, handelte es sich um einen Zimmerbrand im ersten Stock des Hauses.

Die weitere Erkundung ergab, daß es wegen der starken Rauchentwicklung unmöglich war, über den Flur in das Zimmer einzudringen. Da die Meldung vorlag, daß sich noch eine Schülerin in dem brennenden Zimmer befinden sollte, wurde sofort angeleitet und das Zimmerfenster von außen eingeschlagen. Mit Feuerlöschern wurde der Brand bekämpft und schnell gelöscht.

Anschließend konnte ein Bergungstrupp das Zimmer betreten und die noch glimmenden Einrichtungsteile aus dem Fenster werfen. Die zunächst vermißte Schülerin hatte sich jedoch nicht mehr in dem Zimmer befunden.

M. M.

Bremen



Gute Zusammenarbeit in Bremen

Das THW in Bremen hat einen festen Platz im Bereich der Katastrophenabwehr eingenommen.

Sowohl im Bergungsdienst wie im Instandsetzungsdienst erreicht die Ausbildung der Helfer einen hohen Stand und bietet damit die Gewähr für gesicherte Hilfeleistung bei eventuellen Einsätzen. Die materielle Ausstattung konnte weiter ergänzt werden und bildet die Grundlage der Technik bei Einsätzen. Diese beiden Tatsachen geben für sich allein gesehen jedoch nicht die Garantie eines optimalen Einsatzes des THW in Bremen.

Erst die Information der für die Katastrophenabwehr zuständigen Stellen über das breit gefächerte Spektrum des Hilfeleistungsangebotes kann die notwendige Sicherheit bringen. In umgekehrter Weise versichern sich die mit der Katastrophenabwehr zuständigen Stellen über den Stand der Ausbildung, der Ausstattung und

damit des zur Verfügung stehenden Einsatzpotentials.

Bei dieser in Bremen in besonderem Maße vorliegenden Interessenlage läßt es sich der Senator für Inneres, Fröhlich, nicht nehmen, sich persönlich zu überzeugen oder zu informieren. Damit ist die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit für alle Beteiligten vorgegeben. Der enge Kontakt führt zu dem vertrauensvollen Wech-

selgespräch, welches letztlich allen Bürgern dient.

Als sichtbares Zeichen der guten Zusammenarbeit konnte daher THW-Landesbeauftragter Dr. Dölbör im Beisein von Senatsdirektor Dr. Kahrs (links im Bild) Oberbranddirektor Braun, Branddirektor Bader, sowie den Referenten für Katastrophenschutz beim Senator für Inneres, Kopf, mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz auszeichnen. F. C.



Ein Vierteljahrhundert THW-Landesverband Hamburg

Mit einer Festveranstaltung beendete der THW-Landesverband Hamburg die Feierlichkeiten zum 25jährigen Bestehen der Bundesanstalt THW in der Freien und Hansestadt Hamburg. Neben nahezu allen THW-Führungskräften und Unterführern der Bezirksverbände waren Freunde und Förderer des THW der Einladung von Landesbeauftragtem Trautvetter gefolgt.

Unter den Gästen und Festrednern konnte der LB den Chef der Behörde für Inneres, Senator Werner Staak, THW-Direktor Ahrens, Oberbranddirektor Gebhardt, THW-Bundes-sprecher Merck und LB Drogies begrüßen.

In allen Ansprachen der Vertreter der Stadt wurde die gute Zusammenarbeit des LV Hamburg mit allen Behörden und Dienststellen hervorgehoben. Senator Staak dankte insbesondere den Helfern für das Engagement. Wörtlich sagte er:

„Unsere Demokratie ist auf Verantwortungsbewußtsein, Gemeinsinn, Initiative und Mitarbeit ihrer Bürger besonders dann angewiesen, wenn gefährliche Situationen zu bestehen sind. Im Technischen Hilfswerk wirken Bürger mit, die dazu bereit sind.

Ihnen spreche ich meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Es freut mich ganz besonders, daß das THW nicht nur im Zivilschutz mitwirkt, sondern sich in Hamburg auch zu technischen Hilfeleistungen bei Katastrophen und Ausnahmeständen bereitgefunden hat. Wir sind daher sehr dankbar für die Integrierung bei der Deichverteidigung, der in Hamburg besondere Bedeutung zukommt.“

LB Trautvetter erwiderte, alle Helferinnen und Helfer werden auch in Zukunft pflichtgetreu und verläßlich mit ganzer Kraft dazu beitragen, Gefahren abzuwenden, Schäden zu mindern und den Menschen immer dann humanitäre Hilfe zu gewähren, wenn es gilt, ihnen zur Seite zu stehen.

Nach einem kurzen Grußwort zeichnete THW-Direktor Ahrens verdiente Helfer mit dem Ehrenzeichen in Silber und Helferzeichen in Gold und Gold mit Kranz aus. An Althelfer und

Gründungsmitglieder wurden Urkunden für 20- und 25jährige Mitarbeit ausgegeben.

Mit einer Vielzahl von Grußworten und Gastgeschenken endete der offizielle Teil, der vom THW-Musikkorps Rheinland-Pfalz musikalisch umrahmt wurde.

H. K.



Innensenator Staak sprach dem THW Dank und Anerkennung aus.

Bezirksbeauftragter Günter Klock 25 Jahre ehrenamtlich tätig

Am 26. 11. 1977 konnte der Bezirksbeauftragte des THW in Hamburg-Altona, Ing. (grad.) Günter Klock, auf eine erfolgreiche 25jährige Tätigkeit beim THW zurückblicken; er hat maßgeblich zum Aufbau dieses größten Hamburger Bezirksverbandes beigetragen.

Sein Jubiläum beging Günter Klock mit einem Empfang in den Räumen des THW. An dem Empfang nahmen Vertreter hamburgischer Behörden, der THW-Landesbeauftragte für Hamburg, Abordnungen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen und die Führungskräfte des Bezirksverbandes teil.

In zahlreichen Ansprachen wurden der unermüdete und vielfältige, ideenreiche Einsatz Günter Klocks in den rückliegenden 25 Jahren sowie seine geschätzte menschliche Art gewürdigt. Hierbei wurde deutlich, daß er nicht nur im Bereich des Bezirksverbandes Altona, sondern auch auf Landes- und Bundesebene auf vielen Gebieten Zeichen seines Wirkens gesetzt hat. Beispielhaft seien folgende Bereiche genannt: Landesauschuß, Landesausbildungsausschuß, Landesprüfungsausschuß, Sprengsachverständiger, Ausschüsse auf Bundesebene, die sich u. a. mit

Materialausstattung befaßten. Hier war er beratend tätig, speziell in dem Fachgebiet Elektrotechnik.

Günter Klock wurde am 27. Juni 1919 in Altona geboren und ist heute als Beratender Ingenieur tätig. Für seine Verdienste um das THW und den Katastrophenschutz wurden ihm höchste THW-Auszeichnungen und das Bundesverdienstkreuz verliehen. Er leitet in nunmehr väterlicher, aber höchst agiler Weise den etwa 250 Helfer starken Bezirksverband und führte ihn erfolgreich durch alle zurückliegenden Einsätze.

Günter Klock wird sich keineswegs auf das Altenteil zurückziehen, sondern weiterhin in gewohnter Art für humanitäre technische Hilfe werben, versorgen und sich einsetzen. Er erhielt vom Technischen Einsatzleiter (stellvertretend für die Helfer des Bezirksverbandes) zur Erinnerung an diesen Tag eine kupferne Nachbildung des Altonaer Wappens überreicht.

D. B.

Ausbildungsrallye des BV Hamburg-Bergedorf

Eine gute Kombination aus Orientierungsfahrt und Zugausbildung ist dem Bergungszug B 2640 während einer der letzten Ausbildungsveranstaltungen gelungen.

Schon bei Dienstbeginn um 7 Uhr gab es für die Helfer des Zuges eine Überraschung: Es wurden Zielkoordinaten an die Fahrer ausgegeben, die einzelnen Gruppen sollten an den angegebenen Orten die Ausbildung beginnen. Jeder Gruppenführer fand am erreichten Zielpunkt einen detaillierten Ausbildungsauftrag vor, sowie die Koordinaten für die nächste Ausbildungsstation. Ein Schiedsrichterteam verfolgte die Übung fortlaufend.

Zahlreiche Ausbildungsplätze wurden an diesem Tag angesteuert, eine gute Planung sorgte für eine interessante Ausbildung. Neben der Bergung Verletzter unter schwerem Atemschutz in verträmmertem Gelände und der Notstromversorgung und Ausleuchtung einer angenommenen Schadensstelle war das Bergen aus Tiefen und Höhen zentrales Ausbildungsthema.

D. R.

100 000 Berliner beim Alt-Rixdorfer Markt

Die Geschäftigkeit der Adventszeit wirkt sich auch beim Berliner THW aus. Nicht nur die Bezirksämter sind bemüht, die Geschäftsstraßen weihnachtlich zu schmücken – in Steglitz und Neukölln mit Unterstützung des THW – auch kleine und große Weihnachtsmärkte und Basare werden zugunsten caritativer und sozialer Einrichtungen durchgeführt. Der Basar der Berliner Morgenpost und der Rixdorfer Weihnachtsmarkt werden schon traditionell vom THW betreut; im Jahr 1977 kam noch der Lichtenrader Weihnachtsmarkt hinzu.

Besonders in der Gunst des Publikums ist jedoch der Alt-Rixdorfer Weihnachtsmarkt geblieben. Drei Tage lang haben 44 Helfer des THW-Bezirksverbandes Kreuzberg/Neukölln und des Berliner Fernmeldezuges für die technische Betreuung dieses Marktes runde 1000 Einsatzstunden geleistet. Neben der Ausleuchtung des gesamten Richard-Platzes und der Ausstrahlung der alten Kirche und der Schmiede waren 70 Lampen für die Verkaufsstände in Betrieb zu halten. Viele Stände mußten zusätzlich mit Strom für Waffeleisen oder Kochplatten versorgt werden. Erstmals konnte auch die komplette ELA-Beschallungsanlage mit großem Erfolg in Betrieb genommen werden. Mit drei Ständen beteiligte sich der BV Kreuzberg/Neukölln selbst aktiv und konnte für den guten Zweck auch ein beachtliches Sümchen beisteuern. Besondere Beach-

tung fand dabei die Arbeit an der Feldschmiede, wo man seinen Kerzenständer „frisch aus dem Ofen“ erwerben konnte.

In der Marktzentrale, die im THW-Funkleitwagen eingerichtet war, konnten viele prominente Besucher begrüßt und im Gästebuch „verewigt“ werden. Den über 100 000 Besuchern dieses Weihnachtsmarktes wurde durch den Einsatz des THW nicht nur eine fast perfekte Veranstaltung geboten, sondern die Durchführung des Marktes mit solchen Menschenmassen war durch die technische und personelle Unterstützung des THW erst möglich geworden.

G. B.

Berlin ist „Spitze“

Als süddeutscher Wahlberliner bin ich sicher unverdächtig, den Berlinern mehr zuzugestehen als ihnen zusteht. Nun steht fest, daß Berlin immer noch die größte Stadt Deutschlands ist, daß es immer noch die meiste Industrie hat, daß hier die meisten Taxis fahren, oder daß es mehr Brücken als in Venedig und mehr Kirchen als in Rom gibt. Etwas hat jedoch auch das Statistische Landesamt noch nicht festgestellt, daß Berlin nämlich die fleißigsten THW-Helfer – im Vergleich zu anderen Landesverbänden – hat. Und das ist bewiesen.

Der THW-Direktor gibt jährlich eine Übersicht über die Entwicklung und Tätigkeit heraus. Die Tätigkeit der Bundesanstalt THW ist in der Jah-

resstatistik in drei Kategorien gegliedert:

1. Einsätze
2. Fremdbedarfsleistungen (Technische Hilfeleistungen für Fremde)
3. Eigenbedarfsleistungen.

Ein Vergleich der Landesverbände in Bezug auf die Einsätze erscheint wenig sinnvoll, da die Einsatzvoraussetzungen und Möglichkeiten doch zu unterschiedlich sind. Sturmfluten, Deichbrüche oder riesige Waldbrände treten nicht überall auf, andere Einsatzmöglichkeiten sind nur regional vorhanden.

Ich bin jedoch der Meinung, daß der zweite Punkt der Tätigkeitsübersicht sich durchaus zu einem Vergleich anbietet, da die Möglichkeit zu technischen Hilfeleistungen allerorts vorhanden ist und sich Initiative und Aktivität in diesem Bereich in besonderer Weise dokumentieren.

Zudem sind es just diese Tätigkeiten, mit denen das THW an die Öffentlichkeit tritt und für die Öffentlichkeit wirkt.

Seit 1973 habe ich diese Zahlen einmal gegenübergestellt und etwas ausgewertet. Das Ergebnis ist aus nachfolgender Übersicht zu ersehen:

Bundesdurchschnitt

Stunden/
aktiver Helfer

1973	4,27 Stunden
1974	3,13 Stunden
1975	3,62 Stunden
1976	3,65 Stunden

Berlin

Stunden/
aktiver Helfer

1973	27,43 Stunden
1974	23,43 Stunden
1975	21,55 Stunden
1976	20,42 Stunden

Die Vergleichszahlen für 1977 liegen noch nicht vor. Ich bin jedoch überzeugt, daß dieser Trend sich fortgesetzt hat.

Diese in Relation zu den aktiven Helfern gesetzten Zahlen haben einen echten Aussagewert. Sie beweisen das eingangs Festgestellte, daß die Berliner THW-Helfer die fleißigsten sind. Und damit bin ich auch wieder bei der Überschrift angelangt: Berlin ist „Spitze“.

G. B.



An Ort und Stelle wurden die Kerzenleuchter geschmiedet, die das THW – natürlich für einen guten Zweck – anbot.



THW beim „Dortmunder Herbst 77“

Auf Einladung der Ausstellungsleitung der Westfalenhalle GmbH in Dortmund beteiligte sich der THW-Landesverband NRW an der Verkaufs- und Informationsmesse „Dortmunder Herbst 77“.

Während im vorangegangenen Jahr der Landesverband unter Einsatz von 14 Ortsverbänden die Veranstaltung „THW in Aktion“ auf dem Freigelände durchführte, trat diesmal das THW lediglich mit einem Info-Stand an die Öffentlichkeit. In den Bestrebungen, Wiederholungen zu vermeiden, wurde Art und Aufbau des Info-Standes völlig neu konzipiert, was unter Beteiligung von verschiedenen Düsseldorfer Firmen als THW-Förderer ermöglicht wurde.

In monatelanger Arbeit, die aus Zeitgründen vornehmlich in die Abendstunden verlegt werden mußte, wurden aus rund 1500 Dias 300 ausgewählt und zu einer Multi-Visions-Schau zusammengestellt. Im Zusammenwirken mit SB Jochum (LV) und GF Grütter (GFB Düsseldorf) wurden Text und Aufbau der Schau (Dramaturgie) gestaltet. Während einer neunminütigen Laufzeit wurden dem unbefangenen Zuschauer Aufgabe, Umfang der Einsatzmöglichkeiten des THW und seine Helfer in Ausübung ihres Dienstes vorgestellt. Im Kommentar wurde bewußt auf technische Begriffe oder Erklärungen verzichtet, vielmehr war Wert auf eine interessante und leicht verständliche Darstellung gelegt worden.

Von der Ausstellungsleitung wurde eine Standfläche von 90 qm zur Ver-

fügung gestellt. Unter Zugrundelegung eines psychologischen Faktums wurden 30 qm mit Sitzgelegenheiten versehen. Diese Maßnahme erwies sich als erfolgreich. Zahlreiche Mes- sebesucher nahmen Platz, die zunächst kein besonderes Interesse an der Informationsvergabe durch das THW hatten. Saßen sie jedoch erst, mußten sie die Schau zwangsläufig sehen. So wurden Mitbürger, die es eigentlich nicht vorhatten, dennoch über das THW informiert.

Ein Bedauern über eine „vergeudete Zeit“ konnte bei keinem Besucher des THW-Standes festgestellt werden.

Wichtiger Faktor war der geschickt aufgemachte Einstieg in die Schau (schwerer Autounfall mit Rettung der Verletzten durch Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen unter Mitwirkung der Polizei sowie musikalische Untermalung).

Der Erfolg dieser Aktion ist sogar meßbar. Es wurden in den 10 Tagen Messedauer insgesamt 104 000 Besucher gezählt. Alle mußten am THW-Stand vorbeigehen, da er äußerst günstig, unmittelbar am Durchgang von der Halle 3 zur Halle 2 lag. Selbst beim Vorbeigehen hat jeder Besucher den Begriff „THW“, wenn auch unbewußt, erkennen und aufnehmen müssen.

Ein weiterer Erfolg ist darin zu sehen, daß sich der THW-OV Dortmund durch sehr viele Anträge von Eltern für ihre Kinder oder Jugendliche gezwungen sieht, eine Jugendgruppe zu gründen. Auch von älteren Männern wurde Interesse an aktiver Mitarbeit im THW bekundet, abgesehen von über 100 Anfragen von Wehrdienstpflichtigen.

Soester THW-Jugendgruppe besucht Warnamt IV

Die Jugendgruppe des THW-OV Soest ist seit ihrem Bestehen besonders aktiv und an allen Fragen der Zivilverteidigung interessiert. Die Jugendlichen unternahmen Besichtigungen, besuchen Lehrgänge und Zeltlager und beteiligen sich an den verlagerten Standortausbildungen ihres OV.

Deshalb stimmten die Jungen auch begeistert zu, als der Soester Geschäftsführer des THW, Fritz Stein, vorschlug, das Warnamt IV in Meinerzhagen zu besuchen. Nach einer intensiven theoretischen Vorbereitung starteten 15 Jugendliche zur Fahrt ins Sauerland.

Dort wurden die Soester von einem Einsatzleiter begrüßt und darüber informiert, daß die Anlagen des Amtes nur zu einem geringen Teil oberirdisch zu sehen sind. Für den unkundigen Besucher ist es schwer, die Funktion der Gebäude hinter einem hohen Zaun richtig einzuschätzen.

Der auf einem Schild angebrachte Hinweis, daß die Anlagen unter dem Schutz der Genfer Konvention stehen, deutet aber bereits darauf hin, daß hier Anlagen für den Zivilschutz untergebracht sind.

Der Begleiter wies darauf hin, daß das „Herz“ des Warnamtes in einem unterirdischen Bunker schlägt. Dieser liegt bis zu 15 Meter unter der Erdoberfläche; 3 Meter starke Betonmauern schützen die Anlage. Die Mitarbeiter des Warnamtes können in einem Krisenfall in diesem Bunker zwei Monate lang ohne Kontakt zur Außenwelt arbeiten, Unterkünfte, Lebensmittel und Wasservorräte stehen bereit.



Das „Herzstück“ des THW-Standes beim „Dortmunder Herbst 77“: die Multi-Visions-Wand (Hintergrund).

Nachruf

Am 16. November 1977 verstarb für uns unerwartet im 19. Lebensjahr unser Kamerad

Rainer Schad

Wir werden ihn immer in Erinnerung behalten.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Neuhof

Gute Resonanz

Unter dem Motto „Das geht jeden an“ erreichten Feuerwehr und der THW-OB Wächtersbach einen großen, nicht erwarteten Zuspruch am „Tag der offenen Tür“ der Stützpunktfeuerwache Wächtersbach.

Schönes Spätherbstwetter, Kaffee und Kuchen und eine interessante Tombola sowie für Kinder Stadtrundfahrten in Einsatzfahrzeugen trugen wesentlich mit zum Erfolg dieser ersten gemeinsamen Ausstellung bei.

THW-OB Gunia wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen und vereinbarte mit Stadtbrandinspektor Horst Wagner den Versuch, beim Tag der Feuerwehr auch Fahrzeuge und Gerätschaften eines Bergungszuges des THW der Bevölkerung vorzustellen. Neben der guten Öffentlichkeitswirkung wurde „nebenbei“

eine Vertiefung der Kontakte der THW-Helfer zu den Feuerwehrleuten erreicht. Stadtbrandinspektor Wagner und THW-OB Gunia vereinbarten weitere gemeinsame Aktionen.

Starkes Interesse fanden u. a. auch die ausgestellten Modelle von Stegen usw. Fachkundige Helfer freuten sich über die zahlreichen Fragen, die ihnen vom interessierten Publikum gestellt wurden. Das umfangreiche und informative Broschüren- und Prospektmaterial, das vom GFB Hanau geliefert wurde, fand reißenden Absatz. Bei Kindern und Jugendlichen waren besonders die THW-Ansteckplaketten gefragt.

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hoben bei ihrem Besuch die Bedeutung dieser Ausstellung hervor, bei der auch erstmals ein sog. „Heuwehrgerät“ zu sehen war.

Viel Interesse fand die Schau des OV Wächtersbach, die gemeinsam mit der Feuerwehr als „Tag der offenen Tür“ durchgeführt wurde.



Andreas von Schoeler beim THW-OB Frankfurt

„Jetzt bin ich aber topfit mit Informationen versehen“, zog Andreas von Schoeler Bilanz seiner Visite beim THW Frankfurt. Als Bundestagsabgeordneter aus der Goethestadt und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern hatte sich von Schoeler einmal „vor Ort“ das Übungsprogramm eines Samstags angeschaut. Außerdem erörterte der Parlamentarier mit den Führungskräften des Ortsverbandes Fragen des Katastrophenschutzes, der

Helferausbildung und der Geräteausstattung. Da bei dem Besuch auch spezielle Probleme der Frankfurter Unfall- wie Gefahrenabwehr anstanden, hatte der THW-OB zugleich den örtlichen Dezernenten für Brand- und Katastrophenschutz, Stadtrat Peter Jäkel, eingeladen.

Zunächst zeigten zwei Bergungszüge auf stadtnahem Übungsgelände einen Ausschnitt aus dem Katalog möglicher Hilfeleistungen des THW.

So demonstrierten die Helfer, wie Verletzte aus höher gelegenen Etagen zu retten sind, wenn einmal Leiterfahrzeuge der Feuerwehr nicht greifbar sind oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt werden können.

An einer weiteren „Unfallstelle“ galt es, von tonnenschweren Betonplatten eingeschlossene Personen zu bergen. Starke Rauchentwicklung erschwerte hier die Hilfeleistung, so daß die Männer nur mit Preßluftatmern ihre Aufgabe erfüllen konnten. Hydraulikpressen hoben das Hindernis an, dann konnte man mit Leinen die Hilfsbedürftigen ins Freie ziehen.

Im Anschluß an diese Demonstration technischer Hilfe sprach von Schoeler den Helfern seinen Dank für ihre ständige Einsatzbereitschaft aus. Im Hinblick auf die Tatsache, daß viele junge Leute ihre Freizeit für den Dienst in Hilfsorganisationen opfern, stellte der Staatssekretär an-



Der Parlamentarische Staatssekretär Andreas von Schoeler informierte sich beim THW Frankfurt über Aufgaben und Ausrüstung der Organisation. Unser Bild zeigt (v. l. n. r.): THW-OB Daniel, Staatssekretär von Schoeler, stv. OB Eichhorn und Einsatzleiter Maier.

erkennend fest: „Die Jugend ist auch bereit, sich für diesen Staat einzusetzen“.

Nach eingehender Besichtigung von Unterkunft und Fahrzeughalle des OV Frankfurt, bei der sich der Gast aus Bonn sehr beeindruckt von Einrichtung und Ausstattung zeigte, kam es zu einem sachlichen Meinungsaustausch. Dabei sprach sich von Schoeler auch anerkennend über die gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung aus. Überdies versprach der Politiker weiteren engen Kontakt zu den Helfern seiner Heimatstadt. Ortsbeauftragter Dipl.-Ing. Hellmuth Daniel nahm das Angebot gern an.

H. E.

Hilfskrankenhaus „wanderte“ von Bad Ems nach Montabaur

Ein komplettes Hilfskrankenhaus – für den Katastrophen- und Verteidigungsfall – mit 600 Betten sowie Geräten für einen Operationssaal transportierten 60 Helfer des THW aus den Ortsverbänden Lahnstein, Montabaur und Westerburg von Bad Ems zum zentralen Sanitäts-Versorgungslager nach Montabaur. In einer großangelegten Gemeinschaftsaktion räumten die Helfer im Auftrag der Bezirksregierung Koblenz die seit den 60er Jahren bestehenden Lager auf den Dachböden der Grund- und Berufsschule. Mit zwölf THW-Lkw „wanderte“ in einem achtstündigen Pendelverkehr das vollständige Notlazarett von der Kreisstadt des Rhein-Lahn-Kreises in die Westerwald-Metropole.

Aus dem dritten und vierten Stockwerk der Grund- und Berufsschule in Bad Ems schleppten die THW-Männer mehrere hundert Kartons mit Bett- und Kissenüberzügen, Schwesternschürzen, Verbandmaterial und OP-Geräten zu den bereitstehenden Fahrzeugen.

Die 75 Kilo schweren, originalverpackten Doppelkrankenbetten brach-

ten die unermüdlichen Helfer ebenso außer Atem wie die Treppenstufen, die bei stundenlangem Rauf und Runter kein Ende zu nehmen schienen. Heißes Teefrühstück aus dem THW-Küchenanhänger hielt die Kraftfahrer sowie Be- und Entladehelfer bei frostigem Wetter munter. „Absolute Schwerstarbeit“, kommentierte Anton Müller als zuständiger Sachbearbeiter für das Hilfskrankenhauswesen bei der Bezirksregierung Koblenz.

Als eines von fünf Sanitäts-Versorgungslagern im Regierungsbezirk Koblenz ist Montabaur nunmehr zentral für den rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirkes zuständig. Auf 660 Quadratmetern sind in der Nähe des Montabaurer Bahnhofes in einer klimatisierten Lagerhalle alle Bedarfsmittel für die Hilfskrankenhäuser der Bereiche Bad Ems, Montabaur und Westerburg eingelagert. Auf neuingerichteten Holzstegen liegen nach Bereichen und Verwendungszwecken sortiert Medikamente, Gerätschaften und Hospitalausstattungsgegenstände.

„Die Verlagerung von Bad Ems nach Montabaur bedeutet gleichzeitig auch

einen Testfall für den Transport und die Installierung eines Hilfskrankenhauses“, erläutert Anton Müller von der Bezirksregierung. Angenehm überrascht zeigte sich Müller von dem weitgehend reibungslosen Einsatz der Helfer der drei THW-Ortsverbände, die rund um die Uhr von sechs Uhr in der Frühe bis sechs Uhr abends bis zur letzten Matratze alles einordneten.

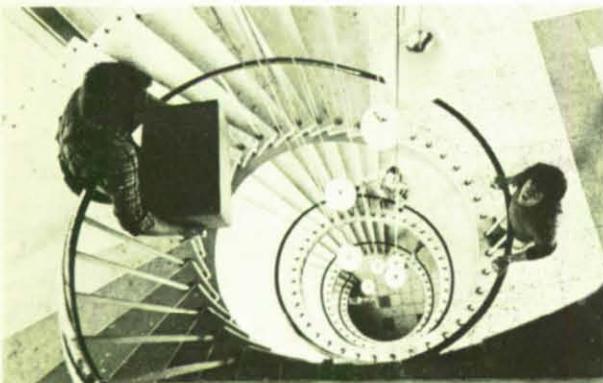
T. A. F.

Die ältesten THW-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz feierten ihr Jubiläum

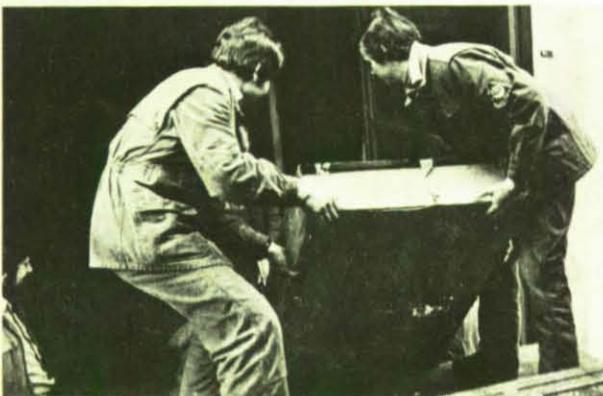
Rund 90 % der rheinland-pfälzischen THW-Ortsverbände wiesen im Jahre 1975 in Werbeveranstaltungen auf den 25. Gründungstag der Bundesanstalt THW hin; 1976 beging der Landesverband in einer Großveranstaltung sein 25jähriges Bestehen. 1977 konnten die ältesten Ortsverbände ihr eigenes 25jähriges Jubiläum feiern.

Die erstgenannten Veranstaltungen bestanden aus z. T. aufwendigen Aktivitäten – Demonstration von THW-Technik und -Geräten, Filmvorführungen, Verteilung von Informationsmaterial, Plakatwerbung, Schaufensterausstellungen, Musikdarbietungen, einem bunten Abend usw. – und waren mit einer Spendenaktion für die Deutsche Krebshilfe verbunden (das ZS-MAGAZIN hat darüber berichtet). Es waren nach außen gerichtete Veranstaltungen, die die Bürger des Landes ansprachen und sie über die humanitären Ideen des THW informierten.

Ganz anders die Feiern der Jubiläums-Ortsverbände: Sie zeigten nach innen, auf den ehrenamtlichen Helfer als den Träger der Organisation. In den Feierstunden wurde von den gewählten Vertretern der Bürger, prominenten Politikern und von Repräsentanten der Verwaltungen der Wert und die Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit für Staat und Gesellschaft herausgestellt. Die ältesten und verdienten Helfer wurden geehrt und ausgezeichnet. Durch die Beteiligung von Presse, Rundfunk und Fernsehen wurden die anerkennenden und dankenden Worte aber auch in der Öffentlichkeit bekannt als Appelle an die Bürger unseres Staates.



Kein Ende nehmen wollten die Treppen in der Bad Emser Berufsschule. Aus dem vierten Stock schleppten die THW-Helfer Betten und Hunderte von Paketen.



Kräftig zupacken mußten die THW-Helfer, um die 75 Kilo schweren Bettenpackungen vom Lkw abzuladen.



THW-OV Stade weihte Neubau ein

Mehr als 250 Helfer und Gäste hatten sich in der festlich geschmückten Fahrzeughalle versammelt, um in Stade den ersten größeren THW-Neubau in Niedersachsen seit 1960 einzuweihen.

Auf einem 5000 Quadratmeter großen Grundstück entstanden ein Unter-
kunftsgelände nach Typ 3 und eine
Fahrzeughalle mit 19 Stellplätzen.

THW-Landesbeauftragter Sahlender betonte in seiner Festansprache, daß noch viele solcher Unterkünfte gebaut werden müßten, damit endlich alle Ortsverbände zweckmäßig untergebracht werden können. Regierungsvizepräsident Passow unterstrich in seinen Grußworten den Einsatzwillen des THW, wie er sich im Januar 1976 beim Sturmfluteinsatz im Stader Raum gezeigt hat. Die fünfzig eingesetzten Ortsverbände hätten wesentlich dazu beigetragen, daß die größte Not beseitigt werden konnte.

Die Bundestagsabgeordneten Nico Dreier (CDU) und Dr. Schwenck (SPD)



THW-Landesbeauftragter Sahlender (rechts) überreicht dem Stader THW-Ortsbeauftragten Friese den symbolischen Schlüssel.



Die neue Unterkunft des THW-OV Stade (Teilsicht).

erklärten, daß alle Parlamentarier immer ein offenes Ohr für die Belange des Katastrophenschutzes haben, weil die Notwendigkeit erkannt ist und die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer nicht hoch genug eingeschätzt werden könne.

Verbunden mit der Einweihung war ein „Tag der offenen Tür“. Über 1000 Besucher zeigten sich beeindruckt von der Vielfalt der Hilfsmöglichkeiten des THW. Der Bergungszug führte neben seinen schon recht veralteten Fahrzeugen eine Leichtmetallfähre und die Sauerstofflanze vor. Den voll ausgerüsteten Fernmeldezug konnten die Besucher ebenso wie den nur teilweise ausgestatteten Instandsetzungszug bei der Arbeit beobachten. Der ABC-Zug zeigte neben dem Betrieb des Dekontaminierungsfahrzeuges die an diesem Tag vom Regierungspräsidenten übergebene Berkefeld-Trinkwasseraufbereitungsanlage. Die ABC-Melde- und Auswertestelle und die Fernmeldezentrale beim HVB waren für einen Tag vom Landkreisgebäude zur THW-Unterkunft mit allem Gerät umgezogen und zeigten den Gästen ihr Arbeitsgebiet.

K. F.

saarland



6,5 Mio. cbm Wasser drohten auszulaufen

Als THW-Geschäftsführer Walter Müller über Funk von dem starken Wasseraustritt am Damm des 120 Hektar großen Bostalsees informiert wurde, ahnte er nicht, daß dem THW-GFB St. Wendel eine ungewöhnliche Bewährungsprobe bevorstand.

Über Funk gab Müller sofort Voralarm an die fünf THW-OV im Kreis St. Wendel, die nach der ersten Schadensbesichtigung auch alle zum Bostalsee beordert wurden. Eine Abwasserleitung im See, der über sieben Millionen Kubikmeter Wasser staut, war defekt; aus dem 600er Rohr stürzten nun pro Sekunde etwa 1,5 Kubikmeter Seewasser auf die Schachtwand unterhalb des Dammes, hatten dort den Deckel gesprengt und flossen am Damm hinab ins Tal. Niemand wußte, wie lange der Schacht dem Druck standhält, ob

nicht das Abwasserrohr mit der Schachtwand aus dem Damm gerissen wird. Das hätte die Katastrophe bedeutet.

Die „Rettung“ war das THW, waren die neunzig freiwilligen Helfer aus den Ortsverbänden Nohfelden, Freisen, Theley, Nonnweiler und St. Wendel.

Als alle verantwortlichen Leute vom Abwasserverband Saar und der Kreisverwaltung noch ratlos an der Schadensstelle standen, als das tosende Wasser sich tief und tiefer in den Erddamm grub, da hatte das THW bereits fünf Scheinwerfer aufgestellt, die die Schadensstelle in helles Licht tauchten. Im Hintergrund füllten THW-Helfer zusammen mit Mitgliedern der Feuerwehr Sandsäcke, Schlag auf Schlag folgten dann die vielseitigen THW-Einsätze. Hier bildeten die Helfer in der Nacht eine lange Kette, um die Sandsäcke an die Schadensstelle zu bringen. Eine an-

dere Gruppe verstaute sie um den gefährdeten Schacht herum. Im nahen Wald hörte man die Motorsägen. THW-Helfer fällten Bäume, spitzten Pfähle, schnitten Ginster, brachten Rund- und Kanthölzer, alles, um den Schacht zu stützen und die Zerstörungen am Dammfuß aufzuhalten. Dort waren schnell Pfähle eingerammt und mit Ginstergeflecht versehen.

Das THW war „Mädchen für alles“. Was an Geräten gebraucht wurde, es war in einem der Einsatzwagen! Welcher Einsatz auch erforderlich wurde: THW-Helfer legten Hand an, so vor allem auch, als ein Bagger eine Notrinne gezogen hatte, die mit verschweißter Mammuthaut abgedichtet wurde.

Die freiwillige Arbeit der THW-Helfer, ihr Erfindungsgeist, ihr technisches Einfühlungsvermögen, ihre Handfertigkeit und ihr fundiertes Wissen im Katastrophenschutz waren – das kann

man im Nachhinein mit Fug und Recht sagen – ein Glück für diesen Kreis.

Bau des Einsatzzertes, Notstromversorgung, Funk- und Fernspreverbindungen, laufende Unterstützung der eingesetzten Firmen, der Tauchergruppe, Bergung von zwei Seglern, die ins eiskalte Wasser gestürzt waren . . . , das waren wichtige „Nebenbeschäftigungen“.



90 THW-Helfer aus fünf Ortsverbänden im Einsatz am Damm des Bostalsees: Ein Sandsackdamm regulierte zunächst das abfließende Wasser.

Entscheidende Hilfe leistete das THW bei der Ortung des Lecks. Taucher durften wegen des Sogs nicht in die Nähe. Gerätewart Lothar Spaniol „bastelte“ die Tauchsonde, mit der das Loch im Unterwasserkanal gefunden wurde. Und mit ihr wurde auch ein zweites Leck geortet. Gearbeitet wurde von einer vier Tonnen LH-Pontonfähre aus, die der THW-OV Saarbrücken gebaut hatte.



Einsatzbesprechung „auf See“: Taucher operierten vom Boot des OV Nohfelden aus.

Die schwierigste Arbeit: die Abdichtung des defekten Kanals. Sie gelang dem THW fast auf Anhieb, eine Meisterleistung, die nur möglich war, weil jeder Handgriff saß, weil das Gespür für die Situation da war. Das Leck wurde mit einer „Sandsackbombe“ dichtgemacht. Sandsäcke hatte man in PVC-Folie verpackt und mit Fischernetz und Bindeleinen

kreuz und quer verschnürt. Das Kunststück war, diese „Bombe“ so vor das Loch im Kanal zu bugsieren, daß sie leicht in das Rohr gezogen werden konnte und dort als „Pfropfen“ hängen blieb. Als das gelungen war, wurden viele weitere Sandsäcke um die Leckstelle verfüllt.

Rund 14 Tage dauerte der THW-Einsatz am Bostalsee. Ein Buch ließe sich schreiben über alle Arbeiten, die die Helfer dort Tag und Nacht zu verrichten hatten. Es war eine optimale Hilfeleistung, die in erster Linie der hervorragenden Ausbildung der ehrenamtlichen Helfer und des hauptamtlichen Personals zu verdanken ist.

Nicht einfach war es mit der Bereithaltung von Helfern über einen so langen Zeitraum. Helfer mit Führungsaufgaben in den Betrieben wurden nicht ohne weiteres freigestellt.

Sorge hatte das THW bei der Arbeit auch mit den vielen Schaulustigen. Das aber hat auch seine positive Seite: Zu keiner Zeit war das THW so im Gespräch wie bei dem Einsatz am Bostalsee! Ein Einsatz, der bewies, wie sehr man auf freiwillige Hilfsorganisationen angewiesen ist, der insbesondere aber demonstrierte, wie vielseitig die Einsatzmöglichkeiten des THW sind. H. B.

Sprengübung des OV Nonnweiler

Im Rahmen einer Wochenendübung des OV Nonnweiler mit insgesamt 50 Helfern, die von OB Kaspar zur Überprüfung des Ausbildungsstandes angesetzt worden war, wurden unter der Gesamtleitung von Zugführer Krämer eine Übungssprengung durchgeführt, eine 16-t-Brücke erweitert und einige bereits bestehende Fußgängerstege im Naherholungsgebiet neu versteift.

Schwerpunkt der Übung war die Übungssprengung an einem ehemaligen unterirdischen Westwallbunker außerhalb der Bebauung von Nonnweiler. Unter der Leitung des Sprengberechtigten der Gerätegruppe des B-Zuges Nonnweiler, Feiß, wurden von insgesamt 15 Helfern die bis zu 1,00 m tiefen Löcher für eine Einbruchsprengung und zwei Teil-sprengungen in die Deckenaufgabe gebohrt. Anschließend erfolgte das Besetzen mit 10 kg Gesteinssprengstoff AG 3 und das Abdichten mit

Lehmnudeln. Der Splitterschutz bestand aus Faschinen, Maschendraht und Bahnen aus Förderbandgummi.

Nachdem die Absperrposten, alle mit Funkgeräten ausgerüstet, eingewiesen waren, zündete Gruppenführer Feiß im Beisein von Bürgermeister Becker, OB Kaspar, HSGL Faß und Geschäftsführer Müller. Das angestrebte Ziel, Verlagerung von zwei schrägliegenden, je 1,30 m starken Stahlbeton-Deckenauflagen und das Öffnen einer 1,60 m starken Stahlbeton-Wand zur Durchführung von Bergungsmaßnahmen, war erreicht.

Ein zweiter Schwerpunkt der Übung, der Bau bzw. die Erweiterung einer bereits bestehenden 16-t-Brücke um 2,50 m für den Bergungseinsatz mit schweren Fahrzeugen, wurde mit zwei Bergungsgruppen unter Leitung von Gruppenführer Seimetz durchgeführt. Auf einer Seite wurde das Gelände abgebaut, 6 Breitflanschträger eingezogen und mit Eichenbohlen 19/24 ausgelegt.

Bürgermeister Becker, der sich von OB Kaspar und Zugführer Krämer alle Übungsobjekte eingehend erklären ließ, sprach zum Abschluß der Übung allen Beteiligten Dank und Anerkennung aus. Anschließend wurden für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW die Helfer Weiler, Berwanger und Rhein mit dem THW-Helferzeichen in Gold ausgezeichnet.

G. F.

Einsatz nach Sturmschäden

Bei einem orkanartigen Sturm mit starken Regenfällen und Hagelschauern wurde das Dach des Kindergartens von Nohfelden so stark beschädigt, daß eindringendes Wasser erhebliche Schäden hervorzurufen drohte.

Nach Alarmierung durch Ortsvorsteher Freitag waren schon in kurzer Zeit 2 Bergungsgruppen des THW-OV Nohfelden unter der Leitung von Zugführer Perzborn mit OB Kohl an der Schadensstelle, um in mehrstündiger Arbeit, teilweise bei starkem Regen, das stark beschädigte Dach mit Traghölzern neu zu versehen und mit Asbestplatten notdürftig einzudecken.

Durch den schnellen Einsatz der THW-Helfer konnte größerer Sachschaden vermieden werden.

G. F.

Bergung aus der Alb-Höhle

35 Mann des Bergungszuges des THW-OB Kirchentellinsfurt übten für den Ernstfall. Für die Herbstübung, die unter der Leitung von Zugführer Hans Heiß stand, wurde folgendes angenommen: Um 02.35 Uhr erfolgte im Raum Urach-Neuffen-Oberlenningen ein starkes Erdbeben. Schwere Felsstürze und Straßenschäden erschwerten die Bergungsarbeiten. Die sofort eingesetzten örtlichen Hilfskräfte reichten jedoch nicht aus. Das Landratsamt Eßlingen bat deshalb im Rahmen der Nachbarschaftshilfe das Landratsamt Tübingen um Entsendung eines Bergungszuges. Das Landratsamt Tübingen alarmierte um 4.40 Uhr den THW-OB Kirchentellinsfurt, Karl Braun. Dieser alarmierte sofort alle verfügbaren Helfer seines Bergungszuges. Bis 5.30 Uhr waren sämtliche Männer des Kirchentellinsfurter THW in der Unterkunft eingetroffen.

Zwischenzeitlich hatten der Katastrophenstab beim Landratsamt Eßlingen dem THW fernmündlich mitgeteilt, welche Aufgaben die Männer vom Neckar übernehmen sollten. „In der Mondmilchhöhle bei Gutenberg wurde durch herabstürzende Felsmassen ein Vermessungstrupp des Landesvermessungsamtes Baden-Württemberg eingeschlossen. Es muß befürchtet werden, daß die eingeschlossenen teilweise schwer verletzt sind“.

Um 6.30 Uhr setzte sich der Bergungszug mit einem Jeep, zwei MKW und einem schweren GKW über Rommelsbach, Metzingen, Kohlberg, Neuffen nach Oberlenningen/Gutenberg in Bewegung. Nach Erkundung der besonderen Lage durch den Zugführer und die Gruppenführer konnte gegen 8.30 Uhr mit den Bergungsarbeiten begonnen werden. Es war nicht möglich, mit den Einsatzfahrzeugen bis zum Höhleneingang zu fahren. Das Bergungsgerät und die Beleuchtungssätze mußten deshalb über einen Steilhang ca. 600 Meter getragen werden.

Während eine Gruppe das notwendige Beleuchtungsgerät und Notstromaggregat heranschafften und eine zweite die Verletztenbergung vorbereitete, drang bereits ein Suchtrupp ins Höhleninnere vor. Dem Suchtrupp gelang es innerhalb kürze-



Erhebliche Schwierigkeiten hatten die Männer des THW bei der Bergung der „Verletzten“ aus den engen Gängen der Höhle.

ster Zeit, die bis zu 80 Meter tief im Höhleninnern Eingeschlossenen aufzuspüren. Drei „Schwerverletzte“ wurden noch am Unglücksort versorgt. Der Abtransport der Verletzten in der Höhle machte erhebliche Schwierigkeiten; teilweise waren die Durchgänge in der Höhle so eng, daß nicht einmal die Tragen eingesetzt werden konnten. Mit Hilfe einer „Verletztenmulde“ wurden die Schwerverletzten über den Steilhang zu Tal gelassen.

Gegen 12.30 Uhr war der Einsatz beendet. Zugführer Heiß war mit der Arbeit seiner Männer vollauf zufrieden. Auch die eingeladenen Pressevertreter sparten nicht mit Lob und Anerkennung.

D. K.

Gemeinsamer Jahresabschluß der Ulmer Hilfsorganisationen

Der Oberbürgermeister der Stadt Ulm, Dr. Lorenser, hatte Mitte Dezember alle Helfer des Katastrophenschutzes mit ihren Angehörigen eingeladen, gemeinsam mit ihm den Jahresabschluß 1977 zu begehen.

Da allen Ulmer Helfern ihr Oberbürgermeister als ein besonders intensiver Förderer der Hilfsorganisationen bekannt ist, der sich seit Jahren um ihre Belange bemüht, waren auch fast alle gekommen. Eine Viertelstunde vor Beginn der Veranstaltung

gab es kaum noch einen Platz in der riesigen Donauhalle.

Dr. Lorenser begrüßte mit launigen Worten die Helferinnen und Helfer von ASB, BVS, DRK, die Männer der Feuerwehr, alle Angehörige des THW, die Mitglieder des Vereins für Rettungshunde und die Helfer der Regieeinheiten des Zivilschutzes der Stadt Ulm sowie die Mitarbeiter des gemeinsamen Rettungszentrums der Bundeswehr und der Sanitätsorganisationen mit ihren Angehörigen. Außerdem waren beide Ulmer Landtagsabgeordneten, Rolf Dick und Ernst Ludwig, sowie eine große Anzahl von Stadträten und die Spitzenvertreter der Ulmer Behörden zugegen. Bei dem Tanzorchester des Heeresmusikkorps 10 bedankte sich der Oberbürgermeister für die Bereitschaft, das Programm mit flotter Musik zu begleiten.

Dr. Lorenser ging dann auf die Entwicklung des Ulmer Katastrophenschutzes ein und umriß die Unterbringung der Helferschaften und ihres Gerätes, wobei er auch auf das THW einging, das nunmehr als einzige Organisation in Ulm noch nicht über eine geeignete Unterkunft verfügt. Er bedankte sich bei den Helferinnen und Helfern, für die Mitbürger bereitzustehen; in die Dankesworte schloß er auch alle Angehörigen der Pflegeberufe ein.

Der Kreisbereitschaftsführer des DRK, Günter Lehmann, begrüßte als Sprecher für alle Organisationen die gemeinsamen Gäste und bedankte sich bei der Stadt Ulm für die bisherige Unterstützung der gemeinsamen Aufgabe.

Nach dieser wohlthuend kurzen offiziellen Begrüßung betrat in grau-grüner Arbeitsbekleidung, ausgerüstet mit einem kräftigen Besen, Walter



Blick in die vollbesetzte Donauhalle in Ulm, in der die Helfer aller Katastrophenschutzorganisationen gemeinsam den Jahresabschluß begingen.

Schultheiß, Straßenfeger vom Dienst, beheimatet beim Süddeutschen Rundfunk, die Bühne. Er wusch den „Großkopfetten in Stuttgart“ den Kopf, entschuldigte seinen Kollegen Gottlob, mit dem er so manche „katastrophalen“ Zustände bereinigt habe und schilderte, wie schwer die Arbeit eines schwäbischen Straßenfegers sei, vor allen Dingen so um den Stuttgarter Landtag herum.

Dann waren der Worte genug geredet. Die Jackies-Sister begeisterten mit ihrer Kunst auf dem Seil und zeigten, wie gelenkig man durch ständiges Training sein kann, es trat Charles Fath mit seinen Gesangsparodien auf, ferner das Rheingold-Terzett. K. S.

Zum Dachgeschoßausbau das Dach „gelüpf“

Normalerweise werden Dachstühle beim Umbau des Hauses nicht wie ein Regenschirm hochgehoben, sondern sie werden zeitweilig abgetragen oder neu erstellt. Ein Helfer des THW-OV Rastatt, ein Zivilbau-Architekt, kam auf die Idee, mit Hydropressen ein Dach anzuheben.

Nach baurechtlicher Genehmigung und der Zustimmung der Handwerkskammer Karlsruhe stand der Verwirklichung des Vorhabens nichts mehr im Wege. Nach gründlicher Untersuchung der Dachstuhlkonstruktion und Besprechungen mit THW-OB Engelhardt mußte der Dachstuhl durch Fachleute verstärkt werden.

Damit das Dach beim Pressen nicht auseinander ging, wurden Holzzangen an die Sparrenpaare genagelt.

Der Abstand der Pressen wurde so gewählt, daß ein gleichmäßiger Druck auf das ca. 8 t schwere Dach gewähr-



Mit Hydropressen hoben die Helfer des THW das 8 t schwere Dach langsam in die Höhe.

leistet war. Insgesamt wurden 12 Pressen angesetzt, die auf die vorher durch Dielen verstärkte Deckenfläche gestellt wurden. Im Bereich der Traufpfetten wurden weitere zwei Holzbalken eingezogen, die den Druck von den Pressen auf die Dachsparren übertragen sollten. In der Mitte des Daches war dies nicht erforderlich, da diese Funktion der bereits vorhandene Firstbalken übernehmen konnte. Im Anschluß daran wurde die Verankerung des Daches gelöst.

Nachdem diese Vorbereitungsarbeiten ausgeführt waren, übernahm das THW die eigentliche Aufgabe, das Dach mit Hilfe von hydraulischen Pressen auf die gewünschte Höhe zu „lüpfen“. Da die Nutzhöhe der Pressen geringer als die gewünschte Höhe von 60 cm war, mußten nach jedem Hub Pfeiler aufgemauert werden. Beim Anheben des Daches kam es in erster Linie darauf an, daß alle 12 Pressen gleichmäßig unter Druck gestellt waren. Durch die hervorragende Teamarbeit der THW-Helfer war die Aktion nach ca. vier Stunden beendet. Zum Schluß wurde die Höhe des Daches ausnivelliert, abgestützt, verkeilt und die Pressen entfernt. J. P.

Bayern



THW rettet Bauwerk

Blitz und schwerer Gewitterregen zerstörten im fränkischen Landkreis Lichtenfels den Dachstuhl und das Obergeschoß der ehemaligen Schäferei des Klosters Banz.

Um den Schaden an dem besonderen Bauwerk so gering wie möglich zu halten, bat das Landratsamt Lichtenfels das THW um Hilfe.



Ein typischer Einsatz des THW zur Hilfeleistung auf der Autobahn: Aus zwei verunglückten Lastzügen wird die Ladung geborgen.

14 Helfer des OV Lichtenfels gelang es unter schwierigen Bedingungen, in 140 Stunden das Dach zu sichern und die Bausubstanz so gut es ging zu erhalten. H. F.

THW Schongau in neuen Räumen

Vor kurzem fand in der neuerstellten Unterkunft des THW-OV Schongau die Hebauf-Feier statt. Das neue Gebäude befindet sich auf dem Industriegelände bei der Dießener Straße und entspricht ganz den heutigen Anforderungen des Katastrophenschutzes.

Im großen Unterrichtsraum fanden sich neben den Helfern auch Ehrengäste und der neue THW-Geschäftsführer des Kreises Weilheim, Steindl, ein.

Eingeleitet wurde die Feier mit einem Schlachteschüsselessen. Nach dieser kulinarischen Einleitung ergriff Ausbildungsleiter Franz Edelmann das Wort und begrüßte alle Anwesenden.

In kurzen Worten umriß er die Entstehung der neuen Unterkunft, erwähnte die vielen freiwillig geleisteten Arbeiten und dankte den Helfern dafür.

Auch Geschäftsführer Steindl äußerte sich lobend über die Arbeiten. Er forderte die Führungskräfte und Helfer auf, weiterhin so zusammenzuarbeiten wie bisher und sprach ihnen dafür Dank aus.

Im Anschluß daran zeichnete Steindl zehn verdiente Helfer und Helferinnen mit dem Helferzeichen in Gold aus.

M. G. W.



Die neuerstellte Unterkunft des THW-OV Schongau wurde offiziell eingeweiht.

Aufgabe: Wetter- und Klimabeobachtung

„Wetterfrösche“ im Warnamt IX

So wird das Wetter „gemacht“



Die „Wetterhütte“ mit Thermometern und weiteren Meßgeräten im Warnamt IX.

Wäre es wirklich möglich, das Wetter zu „machen“, dann müßte seit etwa einem Jahr besseres Wetter zumindest in der Umgebung des Warnamtes IX herrschen. Mitte 1976 mußte die Wetter- und Klimahauptstation des Deutschen Wetterdienstes in Ansbach zum Warnamt IX verlegt werden.

Das Warnamt IX, im Gemeindebereich Claffheim liegend, gehört nach der Gebietsreform zur Stadt Ansbach. Für die Klimabeobachtung sind die kommunalpolitischen Grenzen jedoch unbedeutend, dafür werden die Flußgebiete zugrunde gelegt. Ansbach selbst liegt an der Rezat und zählt somit zu diesem Flußgebiet. Das Warnamt befindet sich etwa 7 km vom Stadtkern entfernt an der südlichen Grenze des Stadtgebietes und gehört bereits zum Altmühl-/Donautal.

Es sind zwei Aufgaben zu erfüllen, nämlich die Wetter- und die Klimabeobachtung.

Die Wetterbeobachtung, auch synoptische Beobachtung genannt, erfaßt den augenblicklichen Zustand und die Änderung der Atmosphäre an einem Ort, hier im Warnamt IX. Die Klimabeobachtung hingegen dient der Erfassung verschiedener Daten eines Ortes oder Gebietes über einen längeren Zeitraum zur Ermittlung von Durchschnittswerten.

Zunächst die Arbeit bei der Wetterbeobachtung: Da sie von Nichtmeteorologen durchgeführt wird, nennt man sie Wetterhilfsbeobachtung. Somit ist das Warnamt IX eine Wetterhilfsmeldestelle.

Täglich werden etwa 20 Minuten vor 07, 10, 13, 16 und 19 Uhr Beobachtungen durchgeführt und die beobachteten Werte danach vom Wetteramt Nürnberg abgerufen. Bei – in hiesiger Gegend seltenen – Wetterstürzen muß das Wetteramt unverzüglich durch eine Wetterverschlechterungsmeldung benachrichtigt werden.

Was beinhaltet die Beobachtungsmeldung? Zum Beobachtungstermin sind die vorherrschende Windrichtung und die mittlere Windstärke über einen Zeitraum von etwa 10 Minuten beobachtet oder vom Windschreiber abgelesen. Weiter sind angegeben die Sichtweite, Wetterereignisse wie z. B. Gewitter, Regen, Schneeschauer, Nebel u. U. auch mit Angaben vor dem Zeitpunkt der Terminbeobachtung, die Himmelsbedeckung mit Wolken als Gesamtbedeckung und die Bedeckung mit tiefsten Wolken.

Für diese Beobachtung sind keine Geräte erforderlich. Anders jedoch ist es bei der Klimabeobachtung: Hierfür werden die Werte nicht abgerufen, sondern gesammelt und tabel-

larisch zur Monatsmitte und am Monatsende für eine Computer-Auswertung dem Wetteramt in Nürnberg zugeschickt. Für die Klimabeobachtung fallen nur drei Termine am Tage an. Diese Termine sind auf 07.18, 14.18 und 21.18 Uhr festgelegt, weil sie auf die geographische Länge 10 Grad und 35 Minuten Ost des Beobachtungsortes bezogen sind. So können Klimawerte verschiedener Orte bei dem selben Sonnenstand verglichen werden. Diese Termine müssen daher genau eingehalten werden.

In der Wetterhütte befinden sich Thermometer für Maxima und Minima sowie weitere Meßgeräte zur Bestimmung der Luftfeuchtigkeit (Psychrometer) und der Thermohygrograph. Mit den Maximum- und Minimumthermometern werden die Extremtemperaturen der letzten 24 Stunden um 21.18 Uhr bestimmt.

Das Psychrometer besteht aus einem trockenen Thermometer, einem



Zu mehreren Terminen täglich werden die Instrumente abgelesen.

Thermometer mit feuchtem Strumpf über der Quecksilberkugel und dem Aspirator. Der Aspirator saugt mit konstanter Geschwindigkeit Luft an dem feuchten Thermometer vorbei, wodurch die Temperatur durch Verdunstung von Wasser absinkt. Aus diesen Temperaturdifferenzen des trockenen und feuchten Thermometers lassen sich mit Hilfe von Rechentafeln Dampfdruck und relative Luftfeuchtigkeit bestimmen.

Der Thermohygrograph zeichnet auf einem 7-Tage-Blatt mittels eines Bimetalls die Temperatur und am Haarygrometer die relative Luftfeuchtigkeit auf. Die Meßgeräte in der Hütte befinden sich 2 m über dem mit Rasen bewachsenen Boden und sind durch luftdurchlässige Holzrippen vor Sonneneinstrahlung geschützt. In unmittelbarer Nähe, jedoch nicht

im Schatten der Wetterhütte, liegt das Erdbodentemperaturmeßfeld. Der Rasen wurde hier entfernt. Die Thermometer befinden sich in einer Tiefe von 2, 5, 10, 20, 50 und 100 cm. Die Thermometer, vor allem die 50 und 100 cm tiefen, sollen möglichst direkte Bodenberührung haben und nicht im Wasser stehen.

Zur Ermittlung der Niederschlagsmenge stehen zwei Geräte zur Verfügung:

Der Niederschlagsmesser mit dem Niederschlagsmeßglas (Liter/Quadratmeter), der zu den drei Terminen ausgewertet wird.

Der Regenschreiber zeichnet die Niederschlagsmenge von 24 Stunden auf. Hieraus lassen sich Intensität und Beginn und Ende von Niederschlag ermitteln.



In dieser Jahreszeit aktuell: das Messen der Schneehöhe und die Bestimmung des Wassergehalts.

Die Sonnenscheindauer wird durch den Sonnenscheinautomaten eingebrannt. Ein Kartonstreifen mit Stundeneinteilung befindet sich im Brennpunkt der optisch einwandfreien Glaskugel. Während des Sonnenscheins brennt eine Spur ein.

Der Windschreiber zeichnet Windstärke (Böen), Windrichtung und zusätzlich das 10-Minuten-Mittel auf. Der Registrierstreifen muß täglich gewechselt werden. Bei dem neueren Gerät wird der Wechsel der Registrier-Rolle nur 14-tägig vorgenommen. Aus diesen Aufzeichnungen sind die täglichen Windspitzen, -stärken und -richtungen leicht entnehmbar. Bei Windbeobachtungen, wie

sie auch bei den synoptischen Messungen nötig sind, sollten nicht die augenblicklichen Windwerte, außer Böen, sondern grundsätzlich Beobachtungen über einen Zeitraum von 10 Minuten erfolgen. Wichtig ist auch, daß sich das Schalenkreuz 10 m über dem Boden befindet, um Fehler durch Hindernisse am Boden weitgehend auszuschließen.

Was wäre unser Klima schon ohne die „weiße“ Jahreszeit? Dann werden zusätzliche Beobachtungen erforderlich. So ist täglich die Schneehöhe – Gesamtschneehöhe – in Zentimetern zu messen. Ebenfalls ist der Schneefall der letzten 24 Stunden als Neuschneehöhe zu messen. Hierzu gehört ein besonderes Meßfeld in Form eines weißen Brettes.

Bei mehr als 5 cm Schneehöhe wird dreimal wöchentlich der Wassergehalt der Schneedecke bestimmt. Der Schneeausstecher hat die gleiche Öffnung wie der Niederschlagsmesser und trägt außen einen 60 cm langen Meßstab. Der damit ausgestochene Schnee wird geschmolzen und die Wasserhöhe in Millimeter bestimmt, bezogen auf die Schneehöhe ergibt sich der Wassergehalt einer 1 cm hohen Schneeschicht.

So wird also das Wetter im Warnamt IX „gemacht“, in Tabellen gefaßt und dem Computer zugeführt.

G. J.

Werner Krüger im Ruhestand

Am 1. Oktober 1977 trat der Technische Regierungshauptsekretär Werner Krüger in den Ruhestand. In Anwesenheit der Bediensteten wurde ihm die Entlassungsurkunde vom Leiter des Warnamtes VIII, RR Bachmeier, überreicht. Dem Ausscheidenden sprach Bachmeier Dank für die geleistete Arbeit und im Namen aller Mitarbeiter des Warnamtes beste Wünsche für seinen weiteren Lebensweg aus.

Seit 1960 gehörte Krüger dem Warndienst als Fernmelde-Oberwerkmeister an. Ihm gebühren wesentliche Verdienste beim fernmeldetechnischen Aufbau des Warnamtes VIII sowohl in der früheren provisorischen Unterkunft in Bildechingen als auch am endgültigen Standort in Rottenburg.

Bei dem anschließenden Beisammensein, bei dem der Pensionär Erlebnisse aus den Anfängen des Warnamtes VIII anschaulich und humorvoll

schilderte, verabschiedete ihn auch der Vorsitzende des Personalrates, Technischer Amtsinspektor Sautter, sowie die Sprecherin der Helfer des Amtes, Frau Schnell.

Günther Frömbling verabschiedet

Der Einsatzleiter des Warnamtes IV, Günther Frömbling, ist mit Ablauf des Monats November 1977 in den Ruhestand getreten.

Frömbling wurde 1912 in Ostpreußen geboren. Nach dem Abitur trat er 1932 als Berufssoldat in die damalige Reichswehr ein. Im 2. Weltkrieg war er zuletzt Major und Abteilungskommandeur.



Einsatzleiter Frömbling (links) wurde in den Ruhestand verabschiedet.

Im Jahre 1959 wurde er bei der Stadt Bochum wieder in den öffentlichen Dienst übernommen. 1964 kam er zum Bundesamt für Zivilschutz und wurde Einsatzleiter im Warnamt IV in Meinerzhagen. Zuletzt übernahm er das Sachgebiet 1 – Organisation und Einsatz – und wurde mit der Abwesenheitsvertretung des Warnamtsleiters betraut.

Im Rahmen einer Feierstunde im Warnamt IV wurde er am 30. November 1977 im Auftrage des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, durch den Referenten WD 1, Regierungsdirektor Dammermann, in den Ruhestand verabschiedet.

Die besten Wünsche seiner ehemaligen Kollegen und Mitarbeiter begleiteten ihn in seinen neuen Lebensabschnitt, der ihm persönliches Wohlergehen und Gesundheit bringen möge.

Wer Frömbling kennt, weiß, daß es an Plänen zur sinnvollen Gestaltung der nun reichlich vorhandenen Freizeit nicht mangelt. H. v. H.

Vorbildliche ASB-Zentrale

Alle Dienste unter einem Dach

Sozialstation in Niedernhausen ist ein interessantes Modellvorhaben



Sozialstation, Rettungs- und Sanitätsdienst, Katastrophenschutz und Erst-Hilfe-Ausbildung – in Niedernhausen (Hessen) beim ASB unter einem Dach.

Zehnjähriges Bestehen, Einweihung einer Rettungswache, Eröffnung einer Sozialstation, Übergabe von 12 Unterkunftsplätzen für Zivildienstleistende, Begründung einer Patenschaft mit dem ASB-Wilhelmsburg (Österreich) – es gab gute Gründe für den Niedernhausener ASB, drei Tage lang im Blickpunkt der Öffentlichkeit zu stehen. Tatsächlich hat sich das überdurchschnittliche Engagement der örtlichen Gliederungen beachtlich verstärkt und ist zu einer echten Basis für den weiteren Ausbau des Arbeiter-Samariter-Bundes geworden.

In Niedernhausen (Hessen) stand der ASB deshalb auch im Blickpunkt des Interesses der Bevölkerung und zahlreicher Prominenten aus Kreis,



Höhepunkt des „Wochenendes des ASB“ war eine gemeinsame Übung: Feuerwehr, eine österreichische ASB-Gästegruppe und der örtliche ASB im Demonstrationseinsatz.

Land und Bund. In relativ kurzer Zeit wurde nämlich ein zweigeschossiges Haus mit 5 Garagen mit einem Gesamtaufwand von DM 625 000 erstellt, das in idealer Form alle die Dienste aufnehmen kann, die der ASB-Niedernhausen zukünftig noch stärker der Bevölkerung anbieten will: Sozialstation, Rettungsdienst, Erste-Hilfe-Ausbildung, Katastrophenschutz und Sanitätsdienst.

Ein „unbestelltes Feld“

Besonders die Sozialstation ist als Modellvorhaben im öffentlichen Interesse. Professor Steinbach aus dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (früher im Arbeits- und Sozialministerium Hessen tätig) sagte deshalb auch: Der soziale Hilfsdienst sei gegenüber dem Rettungswesen ein noch unbestelltes Feld, dabei habe sich dieser Sozialdienst gerade in letzter Zeit zu einem gesundheitspolitischen Schwerpunkt entwickelt. Der Ruf nach der Sozialstation sei eine wesentliche Forderung unserer Zeit; sie habe aber ein Handicap, ihre Finanzierung sei nicht gesichert. In den nächsten Jahren sei noch eine „Durststrecke der Be-



Viele Schaulustige begingen die Einweihung der ASB-Station und die Übung quasi als kleines Volksfest – ein Zeichen der Verbundenheit mit dem ASB.

währung“ (zu Lasten des persönlichen Engagements der Helfer) zu bewältigen, zumindest solange nicht unumstritten sicher sei, daß die Sozialstationen den Krankenhäusern tatsächlich Entlastung bringen.

Unterkunft für Zivildienstleistende

Die Ansprache des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Hans Iven, stand im Mittelpunkt der festlichen Einweihung der Rettungswache und der Übergabe von zwölf Unterkunfts-

plätzen für Zivildienstleistende. Erstmals in der Öffentlichkeit betonte Hans Iven, daß der Zivildienstleistende keinen Anspruch darauf habe, sich den Ort seiner Dienstleistung oder die Art seiner sozialen Tätigkeit selbst auszusuchen. Der Bundesbeauftragte forderte in diesem Zusammenhang alle Sozialträger auf, neben Dienstplätzen auch Unterkünfte – wie es nun auch der ASB in Niedernhausen getan habe – bereitzustellen.

Gemeinsame Übung

Mit einem kleinen Volksfest endete das „Wochenende des ASB“ in Niedernhausen: Gemeinsame Übung der Feuerwehren und der ASB-Gruppe aus Wilhelmsburg (Österreich), Erbsensuppe aus der Feldküche des Bundessozialzuges, Jugendverkehrsschule, Kinderreiten auf Polizeipferden, der ASB-Landesfunkzug hielt Funkverbindung.

Singen: ASB-Bilanz unterstreicht Heim-Bedeutung



In fünf Jahren fast 1000 Mitglieder gewonnen hat der ASB in Singen. Das Samariter-Sozialzentrum (unser Bild) wurde jetzt eingeweiht.

Erst vor fünf Jahren hat der ASB in Singen Fuß gefaßt. Heute hat der ASB-Singen fast 1000 Mitglieder. 10 Fahrzeuge, darunter ein modernes Spezialfahrzeug für den Transport von Schwerbehinderten, repräsentieren einen Wert von DM 170 000,-.

Neben dem Krankentransport für die Schmiedener Kliniken in Gailingen steht die Notfallrettung an den Wochenenden im Mittelpunkt der klassischen Aufgaben. Die Behindertentransporte und die Altenpflege sind spezifische Aufgaben. Das nun eingeweihte Samariter-Sozialzentrum ergänzt die bisher schon durchgeführten ambulanten sozialen Dienste in idealer Weise. Mehrere Räume stehen für die Altenpflege zur Verfügung.

Vorgesehen sind z. B. Diabetikervorträge und Altengymnastik. 100 000

Hilfsstunden wurden von den Aktiven des ASB in fünf Jahren geleistet. Eine halbe Million Kilometer hat der Behindertentransport bisher zurückgelegt. 160 000 Behindertentransporte wurden durchgeführt.

Das neue Spezialfahrzeug für Schwerbehinderte bezeichnete der Singener ASB-Vorsitzende, Manfred Kretschmer, deshalb auch als „echten Knüller“.

Der Bundestagsabgeordnete Hermann Bichele (CDU) unterstrich bei der Einweihungsfeier, daß der ASB sich jener Menschen angenommen habe, die der Fürsorge der Gemeinschaft besonders bedürftigen. In einer hochindustrialisierten Epoche hätten die Bürger auch ein Anrecht auf die Hilfe in schwierigen Situationen. Bichele wertete das Projekt als Beispiel für gelungene Subsidiarität.

Karl Heinz Mayer

Weltmeisterschaftslauf . . .

Drei Tage JUH-Einsatz am Hockenheimring

Seit Niki Laudas Unfall auf dem Nürburgring im Jahre 1976 ist die Diskussion um die Sicherheit auf Rennstrecken immer wieder laut geworden. Bei jedem Unfall, der während einer Rennveranstaltung passiert, wird gefragt: War genügend für die Sicherheit getan worden? Wir – die JUH Mannheim – betreuen seit Jahren den Hockenheimring, eine der schnellsten, und so sagen jedenfalls die Rennfahrer, eine der sichersten Rennstrecken. Am Beispiel des Weltmeisterschaftslaufes für Motorräder der Formel 750 will ich darstellen, was die JUH für die Sicherheit der Fahrer tut.

Dienstag, 9. August:

Erste Vorbesprechung zum Weltmeisterschaftslauf der Formel 750, der vom 23. bis 25. 9. 1977 ausgetragen wird. Ort der Tagung: das Hotel Motodrom in Hockenheim. Teilnehmer: Vertreter der Polizei, der Feuerwehr, der Hockenheimring GmbH, der Stadt Hockenheim, der ONS (Oberste Nationale Kommission für Streckensicherung) und der JUH Mannheim, Einziger Tagesordnungspunkt: die Streckensicherung während der Rennveranstaltung. Bei dieser Besprechung erhält die JUH den Auftrag, den Grand-Prix-Kurs mit zwei Notarztwagen, sechs Krankenwagen, vier Ärzten und einer Funkleitstelle pro Tag zu besetzen. Zusätzlich spricht man sich mit der ONS ab, auf deren Fahrzeuge je einen Rettungssanitäter zu setzen, um die Erstversorgung bis zum Eintreffen des Rettungsfahrzeuges zu gewährleisten.

Montag, 15. August:

Der JUH-Einsatzleiter für Hockenheim gibt allen Zugführern den Renntermin bekannt, mit der Bitte um Namensmeldungen von Helfern. Mit dem Fahrdienstleiter werden die verfügbaren Fahrzeuge verplant.

Freitag, 2. September:

In der Geschäftsstelle herrscht Hochbetrieb. Ein Tagesordnungspunkt: die Rennveranstaltung. Die wichtigsten Funktionen werden besetzt. Ein-

satzleiter am Freitag: H. Mantel, OB des OV Mannheim, Einsatzleiter Samstag und Sonntag: K.-H. Mayer, Verantwortlicher für alle Hockenheim-Einsätze. Ein großes Problem: Wir brauchen für Freitag 17 ehrenamtliche Helfer, um die Fahrzeuge besetzen zu können.



Aufstellung der JUH-Fahrzeuge an Start und Ziel des Hockenheimrings.

Da unser RTW „Akkon Mannheim 12“ schwer verunglückt ist, brauchen wir 2 RTW von anderen JUH-Verbänden. Weiter stehen mir 3 KTW zur Verfügung. Folglich brauchen wir noch 3 KTW von befreundeten JUH-Verbänden. Ein Anruf bei der JUH Wiesbaden, mit der wir sehr gute Kontakte pflegen, und schon kommt 1 RTW und 1 KTW. Telefonat mit Ludwigshafen: 1 KTW geht klar. Die JUH Frankfurt hat an diesem Wochenende leider kein Auto frei, aber nach Zusagen der JUH Frankenthal und Viernheim sind die erforderlichen Fahrzeuge gefunden. Alle Fremdverbände erhalten eine schriftliche Bestätigung des Einsatzes, die Uhrzeiten, den Treffpunkt und eine Einsatzanweisung. Für die Helfer der JUH Wiesbaden muß eine Unterkunft mit vier Betten gefunden werden. Nach einigem Hin- und Her ist auch dieses Problem gelöst.

Ein großes Problem bei jeder Rennveranstaltung ist die Besetzung mit Ärzten. Unser Standort hat zwar ca. 25 Ärzte, die im Verlauf der letzten Jahre durch Werbung und persönliche Kontakte in Krankenhäusern und beim Notarztwagendienst (ein Arzt wurde als Patient gefahren und war von unserer ehrenamtlichen Tätigkeit so begeistert, daß er noch in der Klinik eine Beitrittserklärung unterschrieb) für die JUH geworben wurden, und die allesamt gerne für die JUH Dienst machen, aber die

meisten dieser Ärzte sind in einem Krankenhaus beschäftigt, wo sie auch am Wochenende arbeiten müssen. Speziell an diesem Wochenende sind vier Ärzte für Samstag und Sonntag schnell gefunden. Die Suche für Freitag gestaltet sich jedoch dramatisch. Am Montag, 19. 9., also vier Tage vor dem Rennen haben wir erst einen Arzt gefunden. Durch Vermittlung „unserer“ Ärzte melden sich bis Mittwoch zwei weitere und schließlich, am Donnerstagabend, 9 Stunden vor Veranstaltungsbeginn, kann noch ein Arzt erreicht werden, der eine halbe Stunde zuvor aus dem Urlaub kam. Als er von unseren Nöten hört, ist er spontan bereit, am nächsten Tag mit uns auf den Hockenheimring zu fahren!

Am Abend vor Rennbeginn kontrolliere ich unsere Fahrzeuge auf Ausrüstung und Tankinhalt, überprüfe die Funkgeräte und schreibe die letzten Dienstanweisungen. Während dieser letzten Kontrolle ruft die JUH Wiesbaden an und teilt mir mit, daß sie nur mit drei statt mit vier Helfern zu uns komme, einer ihrer Leute sei plötzlich erkrankt. Auch hier kann in letzter Minute noch Abhilfe geschaffen werden. Nach mehreren Telefonaten finde ich eine Helferin, die den Dienst machen würde, wenn jemand auf ihre Kinder aufpaßt. Ein Babysitter ist trotz nächtlicher Stunde schnell gefunden, und der Helfer für das Wiesbadener Fahrzeug gesichert.

Freitag, 23. September, erster Renntag:

Treffpunkt für alle Helfer 6.30 Uhr auf unserer Rettungswache in Mannheim-Seckenheim. Alle sind pünktlich. 29 Helferinnen und Helfer bevölkern die Station. Eine kleine Einsatzbesprechung, ermahnende Worte an die Helfer aufzupassen, wenn sie auf die Rennstrecke müssen, Bekanntgabe des Funkkanals, die Fahrzeugverteilung auf dem Hockenheimring. Punkt 7.00 Uhr gibt der Ortsbeauftragte den Befehl „Aufsitzen“, und eine Kolonne von acht JUH-Fahrzeugen setzt sich in Bewegung. Alle Wagen fahren nach einer festgelegten Reihenfolge im Kolonnenverkehr. Ankunft auf dem Ring 7.40 Uhr. Die Funkzentrale „Akkon Mannheim 10“ wird aufgebaut. Die bestellten Ärzte sind da und werden auf die Autos

eingewiesen. Um 8.00 Uhr verteilt der Einsatzleiter die Fahrzeuge rund um die Strecke, vergewissert sich, daß alle Wagen geschützt hinter Leitplanke und Fangzaun stehen. Danach meldet er dem Rennleiter: „Sanitätsstaffel einsatzklar“. Der Staatsanwalt fährt die Rennstrecke ab, um zu kontrollieren, ob alles in Ordnung ist. Die Strecke wird gesperrt. Ab jetzt darf außer den Rennfahrzeugen kein anderes Auto die Strecke befahren, es sei denn, ein Unfall hat sich ereignet.

Die Funkzentrale hat ihren Platz bei der Rennleitung und bei der ONS-Staffel. Der Funker der ONS erhält über seine Streckensicherungsfahrzeuge, die alle mit einem Rettungssanitäter der JUH besetzt sind, und über Streckenposten, die so verteilt sind, daß jeder Punkt der Rennstrecke von mindestens zwei Posten eingesehen werden kann, Meldungen über alle Vorfälle. Z. B.: Startnummer 27 verliert Öl, Startnummer 74 bei Posten 41 ausgefallen, muß abgeschleppt werden, Nr. 82 in 2. Bremskurve Unfall – Fahrer unverletzt, usw. Bei Unfällen mit Verletzten gibt der ONS-Funker die Nachricht an unseren Funker, der sofort die entsprechenden Maßnahmen trifft. Und nur auf Anweisung unserer Funkzentrale darf ein JUH-Fahrzeug auf die Strecke.

Für die Fahrzeugbesetzungen ist ein Tag auf dem Hockenheimring sehr lang. Mit Beginn der Streckensperrung bis Rennende stehen die Helfer mit ihren Fahrzeugen an einem festen Punkt. Sie haben keine Möglichkeit, das Fahrzeug zu verlassen oder den Rennverlauf zu verfolgen. 11 und 12 Stunden auf einem Fleck zu sitzen, immer das laute Motorengeräusch zu hören und laufend auf den Funk zu achten, erfordert von den Helfern außergewöhnlich hohe Konzentration und Leistungsfähigkeit.

Im Verlauf des Trainings „stiegen“ drei Fahrer von ihren Maschinen ab. Sie wurden von den nächstgelegenen Fahrzeugen erstversorgt und danach zum leitenden Rennarzt an Start und Ziel transportiert. Dieser ließ zwei der Verletzten ins Krankenhaus transportieren; einer wurde nur ambulant versorgt. Ansonsten verlief der Tag ruhig.

Samstag, 24. September:

Treffpunkt für alle wieder unsere Rettungswache. Um 6.30 Uhr sollte

alles abmarschbereit sein. Ein Helfer fiel wegen Erkrankung aus. Es kann jedoch noch kurzfristig ein Ersatzmann gestellt werden. Um 7.15 Uhr setzt sich die Kolonne endlich in Bewegung. Trotz der Verspätung kommen wir gerade noch rechtzeitig zum Trainingsbeginn auf die Einsatzplätze. Es gibt wieder einige Unfälle, zum Glück jedoch keinen Schwerverletzten. Während des Rennens kommt der Rennleiter zu mir in die Funkzentrale und erkundigt sich nach dem bisherigen Verlauf bezüglich des Sanitätswesens. Ich kann ihn beruhigen, denn bislang sind nur leichte Unfälle gemeldet worden. Während des Gespräches gibt der Rennleiter zu verstehen, daß er mit unserer Organisation und Arbeit sehr zufrieden sei.

Sonntag, 25. September:

Wir treffen uns um 7.00 Uhr auf der Rettungswache. Noch einmal wird eine Einsatzbesprechung durchgeführt. Heute finden die eigentlichen Rennen statt. Die Fahrer werden ihre Maschinen mit Sicherheit risikoreicher über den Kurs bewegen als während der Trainingstage. Deshalb werden alle Helfer noch einmal ganz besonders auf ihre Aufgaben hingewiesen. Die Fahrzeuge der auswärtigen Standorte erhalten zusätzlich einen Lotsen der JUH Mannheim. Somit ist sichergestellt, daß niemand die Rennstrecke falsch befährt. Abfahrt nach Hockenheim erfolgt um 7.45 Uhr. Die Fahrt geht zähflüssig voran, denn 100 000 Zuschauer wollen ebenfalls auf den Ring, um dieses Rennen zu sehen. Um 8.50 Uhr treffen wir im Motodrom ein. Die bestellten Ärzte sind da und werden zu ihren Fahrzeugen gebracht. Die Funkzentrale wird wieder aufgebaut. Um 9.30 Uhr sind die Johanniter einsatzklar. Genau zu diesem Zeitpunkt kommt ein Rettungshubschrauber der Rettungsflugwacht Bayern in den Ring geflogen. „RK Bayern 34“ wurde extra für den Renntag bestellt. Die Besetzung des Hubschraubers meldet sich bei mir in der Funkzentrale. Es sind alte Bekannte, die schon viele Renneinsätze mit uns betreut haben.

Das erste Rennen wird um Punkt 10 Uhr gestartet. Alle JUH-Fahrzeuge lassen die Motoren an, bis das Feld der Fahrer sich verteilt hat. Ein Unfall ereignet sich nicht.

Beim Rennen der Klasse bis 250 ccm passiert das, worauf alle Helfer ge-

trimmt sind: ein schwerer Unfall. Direkt nach dem Start in der ersten Kurve kommt ein Pilot mit seiner Maschine ins Rutschen. Er stürzt und bringt mehrere andere zu Fall. Das JUH-Fahrzeug in dieser Kurve gibt sofort Meldung an die Zentrale, diese hält folgende Aufzeichnung fest:

Funkprotokoll

13.26 h Start Rennen Klasse 250 ccm
13.27 h Krankenwagen (KTW) Nordkurve meldet Unfall mit mehreren Verletzten
13.27 h KTW Nordkurve und Notarztwagen (NAW) Start und Ziel erhalten Auftrag zum Anfahren
13.27 h Ankunft KTW Nordkurve an Einsatzstelle
13.28 h Ankunft NAW Start und Ziel an Einsatzstelle
13.29 h Rettungshubschrauber Bayern 34 angefordert
13.29 h KTW Start und Ziel angefordert
13.30 h Bayern 34 startet
13.30 h KTW mit Arzt an Einsatzstelle
13.31 h Bayern 34 landet.
13.33 h KTW Nordkurve Abfahrt mit Sondersignal zum Kreiskrankenhaus Schwetzingen
13.33 h NAW Start und Ziel Abfahrt mit Sondersignal zum Kreiskrankenhaus Schwetzingen
13.35 h Christoph 5 Rettungshubschrauber aus Ludwigshafen wird angefordert
13.37 h Hubschrauber Bayern 34 startet zur Uni-Klinik Heidelberg
13.48 h Christoph 5 landet
13.53 h Christoph 5 startet zur BG-Klinik Ludwigshafen

Ein Rennfahrer erliegt zwei Tage später seinen schweren Verletzungen, ein anderer ist querschnittsgelähmt, der Arm des dritten wird steif bleiben, und der vierte hat mehrere Frakturen. Zudem erleidet der Vater eines Verunglückten einen Herzinfarkt, so daß wir diesen auch in ein Krankenhaus bringen müssen.

Der schwere Unfall überschattet den weiteren Verlauf der Veranstaltung. Für die Helfer der JUH Mannheim ist das Rennen noch nicht zu Ende. Eine genaue Analyse des Unfallgeschehens steht anschließend auf dem Programm. Und auch der Einsatzleiter kommt nicht zur Ruhe. In 8 Tagen muß ein Sicherheits- und Gefahretraining betreut werden, in 14 Tagen ist wieder ein Rennen auf dem Hockenheimring, ein Europameisterschaftslauf . . .

Wolfgang Rollik

Ein Jahr nach dem schweren Erdbeben in der Türkei

In Ostanatolien beginnt eine neue Epoche

MHD-Helfer bauen Schulen, Ambulanzstationen, Wohn- und Sanitärgebäude / 2. Fortsetzung



Vom Erdbeben schwer betroffen wurden die Kurden, nahe der persischen Grenze. Trotz ihrer einfachen Unterkunft sind die Kurden sehr gastfreundlich. Sie luden die MHD-Helfer sogar zum Abendbrot und zur Übernachtung ein.



Die Malteser-Helfer haben selbstverständlich nicht nur „Tschai“ (Tee) getrunken, als sie vier Monate lang in der Osttürkei beim Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Region mitarbeiteten. Faik Akay, Getränkehändler in Van, schüttelte oft den Kopf, wenn der verstaubte VW-Bus aus Deutschland wieder einmal vor dem schmalen Laden in der Straße Irfan Bastug Sokak No. 6 stoppte. Soviel Bier hatte der Händler noch

21 Schulen, Krankenstationen und Wohnhäuser bauten Helfer des MHD in der Provinz Van/Osttürkei. Zur Übergabe der erdbebensicheren Gebäude zeigten sich Vertreter des Deutschen Caritasverbandes und des Diakonischen Werks als „Bauherrn“, türkische Regierungsstellen sowie ein Abgesandter der Deutschen Botschaft in Ankara von der Arbeit der Malteser sehr beeindruckt. Das Foto entstand bei der Besichtigung eines Doppelwohnhauses in Caldiran.

nie an einen einzigen Abnehmer verkauft. Kein Wunder! Die islamische Religion verbietet in der Türkei den Genuß von Alkohol. Da ist schon derjenige ein guter Kunde, der auch nur einen einzigen Kasten „Efes Pilsen“ mitnimmt. Dabei war Bier noch das sauberste Getränk. Trinkwasser kam ziemlich rationiert mit Feuerwehrautos der türkischen Katastrophenhilfe ins MHD-Camp. Nicht selten mußten die Malteser an die öf-

fentliche Wasserstelle in Muradiye fahren. An dem Bach außerhalb des Dorfes füllten die jungen Männer dann Plastikbehälter, bestaunt von den Frauen des Ortes. Sie konnten wohl nicht begreifen, daß Wasserholen auch Männersache sein kann.

Im Camp machte dann das Tornister-Filtergerät mit seinen acht Filterscheiben aus Bachwasser Teewasser.

Einkaufsfahrten der MHD-Mannschaft glichen immer einer kleinen Tages-tour. Vom Camp des MHD in Muradiye bis in die Provinzhauptstadt Van sind es 90 Kilometer. Peter Ahlefelder kennt inzwischen jeden Stein auf der asphaltierten Strecke, einer der wenigen guten Straßen in der Region. In der ostanatolischen Hochebene verschieben sich die Dimensionen. „Wie weit ist es wohl bis zu dem kleinen Hügel da auf der rechten Seite?“ fordert Alefelder den Beifahrer zu einem Ratespiel heraus, als die Strecke fast schnurgerade vor ihnen liegt. „Vier Kilometer?“ – „Genau 9,2!“ Der Kilometerzähler des Busses beweist es.

Eine Einkaufs-Mammut-Tour führte an die persische Grenze, die eigentlich so nahe liegt. Straßensperren erzwangen in diesem Fall jedoch einen größeren Umweg. MHD-Abteilungsleiter Dieter Hürtgen fuhr in 13 Stunden „meilenweit“ – nämlich genau 600 Kilometer – über Schotterpisten, um für seine „Jungs“ schwer erhältliche amerikanische Zigaretten aufzutreiben. Dogubayazit, kurz vor den Schlagbäumen zum Iran, ist ein Dorado für jeden Raucher. Hier im Zollgrenzbezirk kostet die Packung amerikanische Filterzigaretten sage und schreibe DM 1.20. Der Berichtstatter vermutet (da er selbst Nichtraucher ist), daß das Herz eines jeden Zigarettenkonsumenten in Verzückung gerät, wenn er nur den kleinen Platz sieht, um den herum die Händler hinter zigarettenbeladenen Tischen sitzen.

Motto: Stangenweise zu Einkaufspreisen. Da lohnt sich der weiteste Weg! Besonders, wenn man – wie die Malteser-Helfer – monatelang auf „heimischen“ Rauch in der Lunge hat verzichten müssen. Das soll aber jetzt nicht für alle Raucher heißen: Auf nach Dogubayazit, dem Mekka der weißen Stäbchen . . .

Im Frühjahr 1978 ergibt sich vielleicht eine preiswerte Anreisemöglichkeit. Der Deutsche Caritas-Verband und das Diakonische Werk wollen dann weitere Schulen und Krankenstationen in der Osttürkei bauen. Das sei aber schon jetzt allen am Zigaretten-Tourismus interessierten Biligpreis-Rauchern ins Stammbuch geschrieben: Von einer Vergnügungstour ist der Wiederaufbau-Einsatz in der Osttürkei weit entfernt. Auch die Malteser-Helfer hatten sich den Arbeitsaufenthalt in der Türkei ein bißchen abwechslungsreicher vorgestellt.

Die Mahlzeiten, der 10-Stunden-Tag auf den Baustellen in Muradiye, Caldiran, Hanköy, Zülfübulak und Umutepe, das abendliche Zusammensein in der Kantine – viel mehr ging nicht.

Höchstens das Baden in der heißen Quelle bei Caldiran, die nach dem Erdbeben plötzlich aus dem Boden sprudelte. Da war das Baden selbst im November noch möglich. Dann und wann eine Bergwanderung oder eine Fahrt in die Geschichte: zu urrätischen Ausgrabungen aus der Zeit um 800 v. Chr.

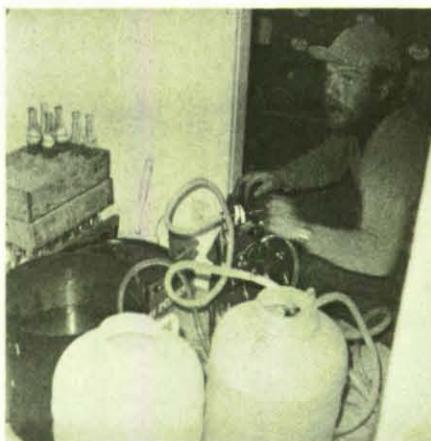
Muradiye, Standort des MHD und im November 1976 der Ort, bei dem das Epizentrum des schweren Erdbebens lag, war und ist kein Pflaster für vergnügungssüchtige Gemüter.

Die Provinzhauptstadt Van liegt 90 Kilometer vom Camp entfernt. Und obwohl die Straßenzüge von Van an eine alte Goldgräberstadt im Wilden Westen erinnern, ist es hier mit Zerstreungsmöglichkeiten (von Nachtleben soll man erst gar nicht reden) nicht einmal halb soweit her, wie anno dunne-mals in Clondyke-City. Dennoch wollen mehr als die Hälfte der Handwerker wieder dabei sein, wenn der MHD sie im Frühjahr erneut rufen sollte. Elektriker Paul Knapwerth aus Bakum (Osnabrück): „Ich mache auf jeden Fall wieder so einen Einsatz mit. Nur wenn mir später mein Chef Schwierigkeiten machen würde wegen zu langer Abwesenheit vom Betrieb, dann lohnte es sich nicht.“

Paul Knapwerth und einige andere



In Muradiye, wo das Epizentrum des Bebens vom 24. November 1976 lag, wurden die meisten Häuser total zerstört oder stark beschädigt. Der MHD beteiligte sich hier mit einem wichtigen Beitrag zur Infrastruktur des Ortes (Schule, Lehrerwohnung, Krankenstation) am Wiederaufbau. Caritas und Diakonisches Werk hatten nahezu 3 Millionen DM für die Wiederaufbaumaßnahmen in Ostanatolien aus Spendenmitteln zur Verfügung gestellt.



Wasser aus der Leitung gab es weder im MHD-Camp in Muradiye, noch im Ort. MHD-Einsatzleiter Peter Alefelder „macht“ mit dem Tornister-Filtergerät aus Bachwasser Teewasser.



Dogubayazit, kurz vor den Schlagbäumen zum Iran, ist ein Dorado für jeden Raucher. Im Zollgrenzbezirk kostet die Packung Filterzigaretten nur DM 1,20. Um seine Mitarbeiter bei Laune zu halten, beschaffte MHD-Abteilungsleiter Dieter Hürtgen (rechts) hier die begehrten „Stäbchen“.

MHD-Leute könnten überdies heute mit einer Kurdin verheiratet sein.

Der Bürgermeister des Baustellenortes Zülfübulak wollte eine seiner verschleierten Töchter verkaufen. Als Brautpreis für das Mädchen wollte er ein Auto: „Egal, wie es aussieht.“ Der Fahrzeugpark im MHD-Camp in Muradiye war aber zu knapp bestückt, als daß man ein Auto hätte erübrigen können . . .

Während der Bauarbeiten für eine dreiklassige Schule in Zülfübulak hatten acht MHD-Helfer ein Erlebnis, an das sie sich noch lange erinnern werden. Eines Abends fiel der Bus aus, der die Handwerker von der Außenbaustelle in Zülfübulak zurück ins Camp holen sollte. Die Malteser standen frierend in der Dunkelheit.

Die Kälte macht sich in der Höhe besonders empfindlich bemerkbar. Tagsüber war es selbst im November in der Sonne, die vom wolkenlosen, stahlblauen Himmel brannte, noch fast sommerlich warm. Sobald die Sonne jedoch gegen 16.30 Uhr hinter den baumlosen, braun bis rotbraun schimmernden Hügeln versank, wurden den Maltesern auf den Dächern und im Innern der Neubauten sofort Hände und Füße kalt. Erkältungsklima. Der Temperatursturz war jedesmal gewaltig. Am Mittag noch 25° C in der Sonne, am Abend Temperaturen um den Gefrierpunkt. Entsprechend froren die MHD-Leute und warteten auf den Bus. Erol, ein türkischer Elektriker des Fertigbauunternehmens, kam mit einigen Kurden ins Gespräch. Als die Männer von dem Mißgeschick erfuhren, luden sie die Helfer in ihr Zelt ein. Die Malteser zogen die Schuhe aus und stellten sie draußen ab. Die Männer weckten Frauen und Kinder, die schon schliefen, und schickten sie in Nachbarzelte. Nach einiger Zeit kamen die Frauen zurück. Sie reichten Schüsseln herum mit Reis und gekochtem Huhn, Joghurt, Schafkäse und Fladenbrot. Die Malteser-Helfer hockten beim Essen auf Teppichen, die im Zelt den Boden bedeckten.

Anschließend machten die Männer ein Nachtlager für alle aus Schaumgummimatrassen und Teppichen zu recht. Gerade, als die Malteser-Helfer anfangen wollten, von „Abenteuern im wilden Kurdistan“ zu träumen, kam ein Ersatzbus. Aus der Traum! Die MHD-Leute waren auf den Fahrer richtig „sauer“ – nicht, weil er zu spät, sondern weil er überhaupt noch gekommen war . . .



Am 10. Juni in Böblingen

2. Internationaler Crosslauf der Feuerwehren

Ausschreibung des DFV und der Deutschen Feuerwehr-Sportföderation

Im Rahmen des 4. Landesfeuerwehrtages Baden-Württemberg in Böblingen findet der 2. Internationale Crosslauf für Mannschaften der Feuerwehren statt, welcher vom Deutschen Feuerwehrverband und der Deutschen Feuerwehr-Sportföderation veranstaltet wird.

Austragungsort:

Große Kreisstadt Böblingen, Baden-Württemberg

Austragungstag:

10. Juni 1978, 10 Uhr

Wettkampfleitung:

Berufsfeuerwehr Stuttgart

Laufwettbewerbe:

Wettbewerb 1

3000 m (Jugendfeuerwehren), Jahrgänge bis 1960

Wettbewerb 2

2000 m (Frauen*), Jahrgänge 1943 und älter

Wettbewerb 3

2000 m (Frauen*), offene Klasse

Wettbewerb 4

5000 m (Männer*), offene Klasse

Wettbewerb 5

5000 m (Männer), Jahrgänge 1943 und älter

Wettbewerb 6

10 000 m (Männer), Jahrgänge 1943 und älter

Wettbewerb 7

10 000 m (Männer), offene Klasse

* Leistungsgerechte Zeiten werden für das Deutsche Sportabzeichen anerkannt.

Teilnahmeberechtigung:

Es können unbegrenzt national und international Mannschaften einer Berufs-, Freiwilligen- und Werkfeuerwehr teilnehmen, die dieser jeweils seit dem 1. 1. 1978 angehören.

Nachweis der Teilnahmeberechtigung:

Der Nachweis der Teilnahmeberechtigung muß durch einen mit Lichtbild versehenen Ausweis erbracht werden. Ferner ist eine Liste mit Namen, Vornamen und Geburtsdatum vorzulegen,

in der vom Leiter der Feuerwehr oder von seinem Vertreter im Amt die Tätigkeit der Teilnehmer bestätigt wird.

Wertung:

Gewertet werden die Mannschafts-Crossläufe:

- a) national und international,
- b) gesondert nach Berufs-, Freiwilligen- und Werkfeuerwehren,
- c) je Wettbewerb die besten drei Läufer einer Mannschaft und
- d) für den Nationen-Preis die besten drei Läufer einer Nation.

Siegerpreise:

Wanderpokale, je Wettbewerb und Sparte. Die ersten drei Mannschaften erhalten Plaketten und Urkunden. Alle anderen Mannschaften erhalten Teilnahme-Urkunden.

Wettkampfbekleidung:

Die Mannschaften laufen in ihrer einheitlichen Sportbekleidung.

Mannschaftsstärke:

Mannschaften deutscher und ausländischer Feuerwehren bestehen aus höchstens vier Läufern und einem Betreuer je Wettbewerb.

Startgeld:

Deutsche Mannschaften entrichten ein Meldegeld von 20,- DM, für Unterkunft und Verpflegung ist ein Tagessatz von 15,- DM pro Teilnehmer zu entrichten.

Ausländische Mannschaften (max. 5 Teilnehmer) werden kostenlos beherbergt.

Mannschaftsmeldungen:

Organisationskomitee 4. Baden-Württembergischer Landesfeuerwehrtag, Abt. Crosslauf
Feuerwache – Röhrer Weg 12
7030 Böblingen.

Meldetermine:

Mannschaftsmeldungen:

bis zum 15. April 1978

Namentliche Meldungen:

bis zum 15. Mai 1978.



Diese Seiten erscheinen in Verantwortung des Deutschen Feuerwehrverbandes

8.-11. Juni 1978 Feuerwehren in Böblingen zu Gast

In der Zeit vom 8.-11. Juni 1978 steht die Stadt Böblingen (Baden-Württemberg) im Zeichen der Feuerwehren. Erstmals seit Gründung des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg (1973) begehen die Feuerwehren ihren 1. Landesfeuerwehrtag. Verbunden mit dieser mehrtägigen Veranstaltung ist der Gedenktag des 125jährigen Bestehens des Deutschen Feuerwehrverbandes, der am 10. Juli 1853 in Plochingen gegründet wurde. Ein außerordentlicher Delegiertentag des DFV wird ebenfalls stattfinden, da einige satzungsmäßig notwendige Neuwahlen anstehen.

Zahlreiche Wettbewerbe runden das Programm ab. Hierzu zählen die Bundesausscheidungen für den Intern. Jugendfeuerwehr-Wettbewerb (für 1979) und Intern. Feuerwehrwettkämpfe. Des weiteren findet ein Symposium über Fragen des vorbeugenden Brandschutzes statt sowie ein Landeswettbewerb der Musik- und Spielmanszüge der Feuerwehren.

Das Programm sieht u. a. vor:

Donnerstag, 8. 6. 1978

20 Uhr: Begrüßungsabend

Freitag, 9. 6. 1978

13.30 Uhr: Delegiertentag des DFV
16 Uhr: Festakt in Plochingen anlässlich des 125jährigen Jubiläums des DFV

Samstag, 10. 6. 1978

8 Uhr: Geschicklichkeitsprüfung für Einsatzfahrer der Feuerwehren (mit Fahrzeugen)
8 Uhr: Bundesausscheidung für „Intern. Jugendfeuerwehrwettbewerb“
8 Uhr: Wertungsspielen der Musik- und Spielmanszüge
9.30 Uhr: Fachseminar „Brandschutz in Hotels und Touristikzentren“
10 Uhr: Eröffnung verschiedener Ausstellungen
10 Uhr: Intern. Crosslauf für Mannschaften (bundesweit offen)

11 Uhr: Intern. Feuerwehrwettkämpfe
 16 Uhr: Schauübung
Sonntag, 11. 6. 1978
 13.30 Uhr: Großkundgebung mit Festzug

**Delegiertentag des DFV
 am 9. Juni in Böblingen**

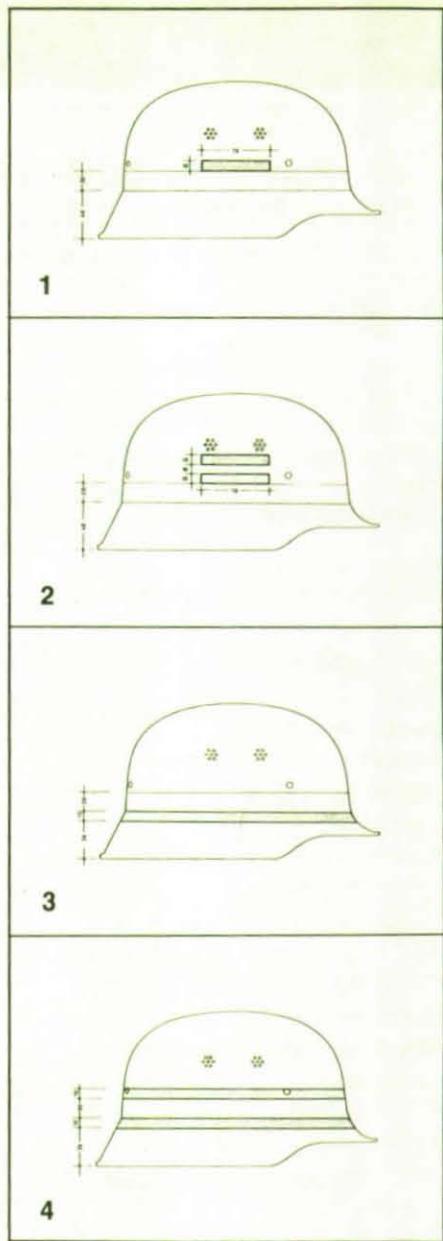
Der diesjährige Delegiertentag des Deutschen Feuerwehrverbandes findet am Freitag, 9. Juni 1978, in Böblingen (Baden-Württemberg) statt.

Die Tagung beginnt um 13.30 Uhr. Im Mittelpunkt dieses Delegiertentages stehen Ergänzungswahlen zum Präsidium des DFV.

Um 16 Uhr beginnt der Festakt anlässlich des 125jährigen Bestehens des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Die Veranstaltung findet in Plochingen statt, wo am 10. Juli 1853 die Gründung des DFV erfolgte.

Gemäß § 7 der Satzung des DFV wird die Delegiertenversammlung hiermit offiziell angekündigt.



**Bundeseinheitliche
 Helmkennzeichen
 für Führungskräfte
 der Feuerwehr**

Die Vertreter der Bundesländer stimmten auf ihrer letzten Tagung (im Nov. 1977) des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien einer vom Bundesland Baden-Württemberg vorgeschlagenen Helmkennzeichnung für Führungskräfte der Feuerwehren zu.

Als einziges Bundesland sieht sich Bayern bis auf weiteres nicht in der Lage, seine kürzlich erst festgelegten Bestimmungen zu ändern. Durch Erlaß werden die einzelnen Bundesländer diese Kennzeichnung jetzt einführen.

Die Kennzeichen sind in roter Farbe, Reflexrot RAL 3019. Es kann entweder reflektierende Klebefolie oder Leuchtfarbe verwendet werden.

Die Höhe der Streifen und Ringe beträgt 10 mm.

Die Länge der Streifen beträgt 70 mm; die Ringe sind rundumlaufend. Die Streifen sind auf beiden Helmseiten angebracht.

Die Bedeutung der Helmkennzeichnung für die Führungskräfte ist:

Abb.	Kennzeichen	Freiwillige Feuerwehr	Berufsfeuerwehr
1	1 Streifen	Gruppenführer	Fahrzeugführer (OBM)
2	2 Streifen	Zugführer	Wachabteilungsführer, Zugführer, (HBM)
3	1 Ring	Kommandant, Wehrführer, Führer von Verbänden	Beamter des gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes, (Wachführer)
4	2 Ringe	Kommandant in kreisfreier Stadt, Kreisbrandmeister, Kreisbrandinspektor	Kommandant, Beamter des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes, (Einsatzleiter)

Bei dieser künftigen Helmkennzeichnung ist zu beachten, daß hier nicht Dienstgrade, sondern Funktionen gekennzeichnet werden.

DLRG Katastrophenschutzübung am Henneesee

Die erstmalige Zusammenarbeit aller Hilfsorganisationen verlief nahezu reibungslos

Um die Zusammenarbeit verschiedener Hilfsorganisationen in der Wasserrettung und -bergung zu erproben, hatte der DLRG-Bezirk Hochsauerland am 19. November 1977 eine Katastrophenschutzübung organisiert.

Als Ausgangslage wurde der Absturz eines Sportflugzeuges mit drei Insassen über dem Henneesee angenommen. Die Bergung der Maschine nebst Besatzung sollte durch den Einsatz verschiedener Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk und DLRG erfolgen. Da die Absturzstelle über dem See nicht genau lokalisiert werden konnte, wurde von der DLRG der Einsatz einer größeren Zahl von Rettungstauchern der Ortsgruppen Meschede, Arnsberg, Neheim und Sundern erforderlich, während die Ortsgruppe Meschede die übrigen Helfer stellte.

Zwischen Einsatzbefehl per Funk von der „Unglücksstelle“ bis zum Eintreffen der einzelnen Rettungsteams verging ein Zeitraum von ca. einer Stunde, wobei berücksichtigt werden mußte, daß Anfahrten bis zu 40 km und die Wiederherrüstung der nach Beendigung der Wachsaison bereits abgerüsteten DLRG-Rettungsboote erforderlich waren.

Bei sehr schwierigen Witterungsverhältnissen, eisigem Wind mit erheblichem Wellengang und Wassertemperaturen von 4 Grad, konnten die Rettungstaucher schon nach zwei Stunden zu ihrem ersten Tauchgang antreten, während die übrigen Hilfsorganisationen ihre Rettungseinrichtungen installierten, die Suchleinen

quer durch den See verlegten, Wärmeräume für die Taucher herrichteten, Beleuchtungskörper aufstellten sowie Vorkehrungen zur Nachfüllung der Atemluftflaschen trafen und Pontons zur Bergung des versunkenen Flugkörpers errichteten. Die Zusammenarbeit aller bei dieser Übung eingesetzten Organisationen verlief nahezu reibungslos, obwohl es die erste war, die in diesem Raum in dieser Zusammensetzung und in dieser Aufgabenstellung erfolgte. Nicht die erstmalige Zusammenarbeit aller beteiligten Hilfsorganisationen erwies sich als Handicap, sondern die früh hereinbrechende Dunkelheit und die widrigen Witterungsverhältnisse zwangen die Übungsleitung unter Bez.-Tauchwart Liedtke zu einer drastischen Kürzung des Planspiels, so daß nach Bergung der durch Schaufensterpuppen dargestellten Flugzeugbesatzung der im Henneesee versunkene „Flugkörper“ durch die eingesetzten Taucher lediglich noch lokalisiert wurde.

Da dessen Bergung nach der erfolgreichen Ortung an sich eine Routineangelegenheit von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk ist, wurde dieser Übungsteil in Anbetracht der hereingebrochenen Nacht und des zunehmend schlechter werdenden Wetters abgesetzt. Diese Entscheidung konnte ohne größere Bedenken getroffen werden, denn der bisherige Verlauf der Übung hatte Gewißheit darüber gebracht, daß das Zusammenspiel aller alarmierten Organisationen, sei es Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz und der DLRG, insbesondere

ihrer Taucher, über alle Erwartungen hinaus nahezu reibungslos funktionierte.

Zu dieser Aussage kam auch die einige Tage später erfolgende „Manöverkritik“, an der die Übungsleitung, die Vertreter der Organisationen sowie die Schiedsrichter teilnahmen.

So erfreulich die Zusammenarbeit aller beteiligten Kräfte sich vollzog, so ergaben sich doch im Sicherheitsbereich einige berechnete Beanstandungen, die in Zukunft unbedingt zu beachten sind. Bei aller Einsatz- und Hilfsbereitschaft hat doch in allen Fällen das Leben und die Sicherheit der Helfer und Retter den Vorrang, was leider nur allzuoft im Drang der Ereignisse übersehen wird.

Sicherheit und moderne Rettungs- und Hilfsmittel kosten Geld, und zwar so erhebliche Mittel, die die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Organisationen, hier insbesondere des DLRG-Bezirk Hochsauerland, der durch seine Ortsgruppen allein sieben Rettungswachstationen unterhält und betreibt, wesentlich übersteigen. Eine wichtige Aufgabe wird es für die Zukunft sein, auch die Hilfsmittel für die Sicherheit zu beschaffen und auch zu finanzieren!

Zwar wurde am 19. November 1977 nur ein Unglück simuliert. Sollte ein tatsächlicher Ernstfall eintreten, so ist im hiesigen Raume eine gute Basis geschaffen, um gemeinsam schnellstens und effektiv Hilfe leisten zu können.

(G. R.)

Rettungsboot „Herdecke“ getauft

Die Freiwillige Feuerwehr Herdecke beging kürzlich ihr 100jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wurde eine Ausstellung aller im Kreis Hagen-Ennepe/Ruhr vertretenen Hilfsorganisationen unter dem Motto „Rund um den Katastrophenschutz“ vom stellvertretenden Bürgermeister Dieter Weber eröffnet. Die Veranstaltung begann mit der Demonstration der „Lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort durch die Johanniter-Unfall-Hilfe. Später traf auch der Rettungshubschrauber „Christoph 8“ ein. Anschließend wurde ein neues Rettungsboot der OG Herdecke vom stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Horst Schlabinger eingeweiht, er überreichte eine Spende des Bezirkes von 200 Litern Benzin an den Ortsvorsitzenden Karl Mohr. Der stellvertretende Bürgermeister Dieter Weber taufte das Boot auf den Namen „Herdecke“ und überreichte einen Scheck im Auftrage der Stadt.

Lebensretter als Umweltschützer

Nicht nur als Lebensretter erwiesen sich die Kameradinnen und Kameraden der OG Warstein. Sie starteten eine Aktion im Rahmen des Umweltschutzes. Ihre Aktivität galt der „sauberen Landschaft“. Sie hatten sich zur Aufgabe gestellt, den Bereich der Warsteiner Tropfsteinhöhle und des Wildparks von Unrat zu säubern. 32 gefüllte Müllsäcke wurden bei Forstamtmann Krieger abgeliefert.

Alle Helferinnen und Helfer trafen sich anschließend auf dem Höhlensportplatz zu einem sicherlich verdienten gemütlichen Zusammensein.

Über 20 geprüfte Rettungs- taucher in Rüsselsheim

Im Jahre 1967 wurde die Tauchergruppe des Bezirkes Rüsselsheim durch den jetzigen 2. Landesverbands-Tauchwart und Technischen Leiter des Bezirkes, Georg Hilgenberg, gegründet.

Anlaß zur Gründung gaben einige Unglücksfälle in den Badegewässern in und um Rüsselsheim und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, eine einsatzfähige Tauchergruppe zur Verfügung zu haben.

Zwei Mann aus Rüsselsheim waren es, die im Jahre 1967 als erste des damaligen Groß-Bezirkes Starkenburg (zwischen Main und Neckar) in einer dreitägigen Prüfung die Bedingungen zum Rettungstaucher bestanden und ihr Dienstbuch in Empfang nehmen konnten. Damit war der Grundstock gelegt für eine Taucherguppe, die trotz Fluktuation, die sich im allgemeinen Rahmen hielt, in der Zwischenzeit auf über 20 gut ausgebildete und geprüfte Rettungstaucher angewachsen ist.

In vielen Einsätzen und Bergungen konnten die Rüsselsheimer ihren Ausbildungsstand unter Beweis stellen. Ob im Sommer oder im Winter unter Eis, ob im klaren oder im dunklen Wasser, in jeder Situation mußten und müssen sie im Training und Einsatz ihr Können zeigen. Jeder der Gruppe muß dieses Können bei Übungen im Bad oder in Freigewässern immer wieder beweisen.

Auch viele öffentliche Vorführungen und Veranstaltungen wurden in gekonntem Stil publikums- und werbewirksam durchgeführt. Einsatzübungen in Verbindung mit den Rüsselsheimer Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz und Technisches Hilfswerk zeigten die gute Zusammenarbeit mit diesen Verbänden.

Aber nicht nur mit Tauchgerät und ABC-Ausrüstung können die Männer der Taucherguppe umgehen. Als Kern des aktiven Stammes der DLRG in Rüsselsheim stehen sie bei der Schwimm- und Rettungsschwimmerausbildung genauso ihren Mann.

Als technische Ausrüstung steht der Taucherguppe ein Lkw zur Verfügung, der mit Tauchgeräten, Tauchanzügen, Kompressor, Hessenkoffer, einer Trage und dem verschiedensten Material und Werkzeug ausgerüstet ist und über die DLRG-Funkfrequenzen im 2-m-Band bei Übungen und Einsätzen mit der Zentrale in ständiger Verbindung steht.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Ausbildung und der Ausbildungsstand der Rüsselsheimer DLRG-Taucher neben der Taucherguppe der DLRG in Frankfurt/Main richtungweisend für den Landesverband Hessen ist.

Erfolgsziffern aus Trier

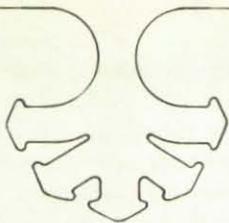
Wie breit gefächert die Aktivitäten einer großen Ortsgruppe sind, zeigt ein Blick in „DLRG-Aktuell“, das

Mitteilungsorgan der OG Trier-Stadt. Boots-Einsätze auf der Mosel bei dem Bootsunfall vor Schweich (2 Tote), bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften – verbunden mit einer Internationalen Ruderregatta im Moselstau bei Monaise, zur Sicherung der Wassersportler, bei der Grenzland-Kanu-Regatta (mehrere gekenterte Bootsbesetzungen) sowie den Deutschen Vereinsmeisterschaften im Wasserski und dem Europa-Cup der Nationen im Wasserski, ferner ein Einsatz der Taucherguppe zur Bergung einer verlorengegangenen Schiffsschraube stehen in dem Tätigkeitsbericht neben den Vereins-Jugend-Einzelmeisterschaften im Rettungswettkampf. Über 8000 Teilnehmer an den Schwimmlehrgängen im Trierer Hallenbad, über 5000 geleistete Einsatzstunden von Bootsbesetzungen, Wachdienst und Ausbildern wie ein überaus erfolgreiches Kleinkinderschwimmprogramm waren die Erfolgsziffern der Rückschau.

Sieben Menschen gerettet

Der Technische Leiter des Bezirkes Rhein-Mosel, der DLRG, Heinz Burghardt, Koblenz, stellte jetzt die Erfolgszahlen der DLRG im Bezirksbereich der Öffentlichkeit vor. Dem Bezirk Rhein-Mosel gehören 6724 Mitglieder, 25 Orstgruppen und 9 Stützpunkte an.

3791 Personen erlernten das Schwimmen, 517 Frühschwimmerprüfungen wurden abgenommen. 7227 Freischwimmer-, 4939 Fahrtenchwimmer- und 2353 Jugendschwimmerzeugnisse konnten ausgegeben werden. 1311 Rettungsschwimmer bestanden die Grundscheinprüfung und 494 die Prüfung für das DLRG-Leistungsabzeichen. 37 Personen erhielten den DLRG-Lehrschein. Die Rettungsschwimmer des Bezirkes Rhein-Mosel leisteten 38 744 freiwillige Wachstunden und konnten sieben Menschen vor dem Ertrinkungstod retten. 2319mal mußten die Rettungsschwimmer Erste Hilfe leisten und wurden zu 35 Bootsbergungen und sechs Sachbergungen gerufen. DLRG-Bezirksleiter, Max Jaeger, Koblenz, nahm den Technischen Jahresbericht zum Anlaß, allen Rettungsschwimmern im Bezirk Rhein-Mosel für ihren selbstlosen Einsatz zu danken. Das stete Anwachsen der Mitgliederzahlen im Bezirksbereich zeige, daß auch von der Öffentlichkeit die Arbeit der DLRG mehr und mehr anerkannt werde.



Presseschau DES INLANDS

Politik mit dem Schutzraumbau

In der Frage des Schutzraumbaus für einen Kriegsfall sind sich die Experten nicht einig. Einige bejahen einen sogenannten Grund- und Normalschutz, andere halten solche Maßnahmen für wenig wirksam, ja sogar für gefährlich.

Im Zeitalter einer atomaren Abschreckung würde ein echter Schutz der Zivilbevölkerung in der Tat außen- und entspannungspolitische Folgen haben. Die Bundesregierung hat bisher dieser unentschiedenen Situation Rechnung getragen: Theoretisch hielt man sich etliche Möglichkeiten offen, zu ihrer Verwirklichung aber hat man schon in den vergangenen zwanzig Jahren wenig getan.

Immerhin hatte diese Politik den Vorzug, bequem und billig zu sein... Nach einer jüngst veröffentlichten...-Umfrage halten 39 Prozent der Bürger Schutzbauten und Bunker „im Falle eines Atomkrieges“ für zwecklos, 23 Prozent der Befragten sind der Meinung, solche Bunker seien zweckmäßig.

Die große Zahl der Meinungslosen läßt allerdings vermuten, daß der allgemeine Informationsstand in Sachen Zivilschutz nicht sonderlich hoch ist. An der Seriosität dieser Umfrage wurden erhebliche Zweifel angemeldet. Politische Schützenhilfe von der parlamentarischen Opposition? Die Union zögert.

(Süddeutsche Zeitung, München)

Um den Zivilschutz ist es schlecht bestellt

Immer mehr Pressestimmen werden laut, die herausstellen, daß der Schutz der Zivilbevölkerung – insbesondere die Bereitstellung von Schutzräumen – noch völlig unzureichend sei. Der gute Wille allein ver-

mag hier nicht Wandel zu schaffen, es gehört auch der Einsatz finanzieller Mittel dazu. Was den Schutzraumbau angeht, so wird immer wieder darauf hingewiesen, daß man vom Bürger nicht unbedingt mehr Engagement erwarten kann als von den Verwaltungen.

Um den Schutz der Passauer Bevölkerung ist es im Kriegsfall denkbar schlecht bestellt. Nur zwei öffentliche Schutzräume... stehen zur Verfügung, in denen insgesamt 200 Bürger Zuflucht finden. Zählt man die Schutzräume, die in Behörden und möglicherweise privat zur Verfügung stehen, dazu, so ergibt sich eine Schutzplatzzahl von einem halben Tausend, das bedeutet, daß im Ernstfall nur jeder 110. Bürger in einem Schutzraum Platz finden würde. Vorbildlich ist die Bundespost, die Schutzräume in ihren Neubau mit einbezogen hat. Die Voraussetzungen zu einem weiteren Ausbau sind vorhanden, entscheidend ist die Neigung der öffentlichen Hand, den Zivilschutz weiter auszubauen.

(Passauer Neue Presse)

Einheitliche Bestimmungen fehlen

Die Handhabung der Ausbildung und der Ausgabe von Bescheinigungen über Erste-Hilfe-Kurse und Bescheinigungen über die Unterrichtungen in Sofortmaßnahmen am Unfallort ist sehr unterschiedlich und keinesfalls auch immer logisch. Einschränkende Stempelaufdrucke auf diesen Bescheinigungen verwirren zusätzlich.

Susanne B., sechzehn Jahre alt, macht aus freien Stücken einen Erste-Hilfe-Kurs mit. Nach acht erfolgreich absolvierten Doppelstunden erhält sie eine Bescheinigung mit dem zusätzlichen Stempelaufdruck: „Gilt nur bis zum 17. Lebensjahr!“ Beim... bestätigte man die „Richtigkeit“. Begründung: „Meines Wissens hat der... Kreisverband diese Regelung beschlossen. Man nimmt an, daß 16jährige einfach noch nicht die Reife haben. Außerdem vergessen sie bis zum 18. Lebensjahr, wenn sie den Führerschein machen, das meiste wieder.“

Auf die Frage, warum man Jugendlichen das nicht zutraut, Erwachsene jedoch nur einmal einen „Hilfeskursus“ machen und dann ein ganzes „Führerscheinleben“ lang nicht mehr

geschult werden, die Antwort: „Wir sind nicht dazu da, Gesetze zu ändern.“ Zum ominösem Stempel: „Das handhaben andere Hilfsorganisationen... ähnlich!“

Erkundigung bei der... Dort war ein solcher Stempel unbekannt. „Auf unserem Formular steht lediglich, der Lehrgang sollte nach drei Jahren wiederholt werden; das aber ist eine Kann-Bestimmung.“ Unbekannt ist der Fristenstempel auch beim... Auch bei einer weiteren Organisation gibt es keinen Stempel.

Alle Befragten verwiesen übrigens an das Straßenverkehrsamt in B., welches den Nachweis fordere. Hier erhielt die NW jedoch ganz andere Auskünfte. Amtmann K. S.: „Wenn hier unterschiedliche Darstellungen durch die Hilfsorganisationen gegeben werden, so ist das deren eigene Sache. Tatsache ist, daß... jeder... gesetzlich verpflichtet ist, einen Hilfe-Lehrgang zu absolvieren. Ob das ein 3-Stunden-Kurs oder der 8-Stunden-Doppelkurs ist, ist für uns völlig egal. Wer irgendwann in seinem Leben einmal an einem solchen Lehrgang teilgenommen hat, hat laut Gesetz seine Pflicht erfüllt.“

(Neue Westfälische, Bielefeld)

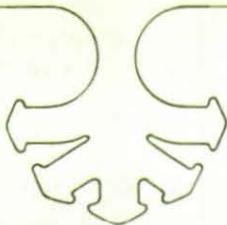
Neues Ausbildungsjahr der ZV in der DDR

Stabschef Oberst Burk, der Stellvertreter des Leiters der Zivilverteidigung des Bezirks Frankfurt/Oder, eröffnete im Rahmen einer Kommandeurskonferenz der Einsatzkräfte der Zivilverteidigung das neue Ausbildungsjahr. Alle ZS-Einheiten in der DDR sind bereits seit längerem bemüht, über besondere Veranstaltungen der Zivilverteidigung sich in Spitzenpositionen vorzuarbeiten.

Das neue Ausbildungsjahr soll ganz im Zeichen der Wettbewerbe zum 30. Jahrestag der DDR stehen. Damit verbunden ist die Vorbereitung der Angehörigen der Zivilverteidigung auf das 20jährige Jubiläum der Organisation. Die Losung: „Kampfauftrag ZV 20 – wachsam und bereit zum Schutz des Friedens und des Sozialismus!“

Mehr als 80 % aller ZV-Formationen sind bereits in die Wettkämpfe eingetreten, die am 11. Februar 1978 beendet sein sollen; alle sind bemüht, mit den besten Resultaten aufzuwarten.

(Angermünde/DDR, 3. Januar 1978)



PRESSESCHAU DES AUSLANDS

Die Zukunft der Schutzräume



CIVILT FÖRSVAR

Der Leiter der technischen Abteilung in der Verteidigungsstelle des Regierungspräsidenten von Göteborg und Bous, Hans Byström, befürchtet, daß der Bevölkerungsschutz in Schweden durch einen langsam einsetzenden Verfall der Schutzräume gefährdet wird.

Das Rationalisierungsinstitut der schwedischen Streitkräfte hat nämlich vorgeschlagen, daß die Beaufsichtigung der vorhandenen Schutzräume, so, wie sie gegenwärtig noch besteht, eingestellt werden soll. Auf diese Art, meint Byström, ginge ein erheblicher Wert für den schwedischen Bevölkerungsschutz verloren.

Seit dem Jahre 1940 wurden in Schweden im Zusammenhang mit dem Bau neuer Gebäude Schutzräume gebaut. Gegenwärtig gibt es für mehr als 5 Millionen Schweden Schutzplätze.

Das neue Schutzraum-Planungssystem stellt große Anforderungen an alle beteiligten Dienststellen und Gemeinden. Wenn man in diesem Zusammenhang nun die Überwachung bereits bestehender Schutzräume aufgibt, so ist das ein sehr übereilter und kurzsichtiger Beschluß. Wenn die Beaufsichtigung der Instandhaltung entfällt, wird sich die Zahl der unzulänglichen Schutzräume ständig vergrößern.

Das Wort von den besten Schutzräumen der Welt trifft dann kaum mehr zu. Der relativ schlechte Zustand der Schutzräume war auch für die

zivilschutz-technischen Gutachter bei den Regierungspräsidenten eine böse Überraschung.

(Stockholm, Nr. 1/1977)

Warum nicht auch in den USA?

Journal of CIVIL DEFENSE

In der Sowjetunion wurde ohne viel Aufhebens ein Zivilschutzsystem entwickelt, welches als eines der besten – wenn nicht als das beste – der Welt bezeichnet werden muß. Während in einem Ernstfalle auf diese Weise das Überleben der Sowjetbevölkerung bis auf etwa 5 % Verluste garantiert ist, müssen wir in den USA davon ausgehen, daß unsere Bevölkerung eine Todesrate von 40–50 % – möglicherweise sogar von 60 % – hinnehmen muß. Wir müssen darüber hinaus erhebliche Anstrengungen unternehmen, wenn wir das Überleben dieses Restes sichern wollen.

Warum hat es bei uns kein langfristiges Programm im Selbstschutztraining gegeben, warum kein nationales Programm zur Entwicklung von Druckschutzräumen? Warum gibt es kein Programm, welches Schutzmaßnahmen für unsere lebenswichtigen Einrichtungen garantiert – insbesondere Schutzräume für die Bevölkerungsschichten, die in industriellen Ballungsgebieten leben?

Warum stellen unsere Regierungen fest: „Wir könnten – vorausgesetzt wir täten dieses und jenes – die Mehrheit unseres Volkes im Falle eines Nuklearkrieges schützen“ – und warum wird dann in dieser Richtung überhaupt nichts getan?

Es muß angenommen werden, daß die Verantwortlichen in der Regierung, die für ein Zivilschutzprogramm zuständig sind, nur in geringem Maße geplant, jedoch in keiner Weise etwa die Ideen und Gedanken der Basis aufgenommen haben, an der schließlich das Überleben gesichert werden muß.

Wenn wir überleben wollen, müssen wir sofortige Maßnahmen einleiten, um wieder mit der Sowjetunion Schritt halten zu können, die über ein glaubwürdiges Zivilschutzprogramm verfügt.

Es muß die Unterstützung des Kongresses und der Verwaltung erreicht

werden – für ein ZS-Programm, welches tatsächlich alle Möglichkeiten bietet, unser Volk zu schützen.

Der Zivilschutzrat der Vereinigten Staaten, der Nationale Bund der Katastrophenschutz-Direktoren, die verschiedenen bundesstaatlichen Zivilschutzverbände und das DCPA sollten sich sofort zusammenschließen, um durch gemeinsame und kooperative Arbeit die angedeuteten Ziele zu erreichen. Alle Mittel der Öffentlichkeitsarbeit müßten eingesetzt werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und sie für die Verbesserung des ZS-Programmes zu gewinnen.

(Starke/Florida, Nr. 5/77)

Zusammenarbeit mit Fahrschulen

VÄESTÖNSUOJELULEHTI



Die Bevölkerungsschutzvereinigung von Südwest-Espoo hat mit der Fahrschule des Ortes Kontakt aufgenommen und führt für die Fahrschüler und ihre eigenen Mitglieder Lehrgänge in Erster Hilfe durch.

Ein solcher Kurs verteilt sich über vier Abende zu jeweils drei Stunden. Als Teilnehmer werden auch Mitglieder großer Hausverwaltungen zugelassen. Mit diesen Kursen soll die Möglichkeit geboten werden, daß die Teilnehmer bei Unfällen selbst mit zugreifen können. Richtiges Handeln hat schon oft in Unglücksfällen manchem Verletzten das Leben retten können.

Es wird Wert darauf gelegt, den Teilnehmern folgende Fähigkeiten zu vermitteln: Richtige Einschätzung der Gefahrensituation; Erstversorgung von Verletzten durch Blutstillung, Anlegen von Verbänden, Schienen von Knochenbrüchen, Versorgung von Brandwunden, Behandlung von Schockverletzten.

Die Mund-zu-Mund-Beatmung, Herzmassage, Freimachung der Atemwege und die Rettung von Ertrunkenen wird ebenfalls geübt; ebenso werden Kenntnisse über den Inhalt und die Anwendung von Erste-Hilfe-Ausstattungen vermittelt. Während der ersten drei Stunden wird nur Theorie vermittelt, danach wird praktisch geübt. Es wird sogar über Geburtshilfe unterrichtet. Die bisherigen Ergebnisse der Kurse sind ermutigend.

(Helsinki, Nr. 2/1976)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Beatmungsbeutel aus Silicon

Eine Neuentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Anaesthesiologie der Universitätskliniken Mainz ist das in signalroter Farbe gefertigte Handbeatmungsgerät aus Silicon. Der Beatmungsbeutel gibt dem Arzt, dem paramedizinischen Personal, dem informierten Laienhalter die Möglichkeit, respiratorischen Notfallsituationen effektiv zu begegnen. Das Gerät garantiert auch bei deutlich verminderter Lungen-Brustkorb-Dehnbarkeit und bei erhöhten Atemwiderständen ein adäquates Beatmungsvolumen. Das Gerät wurde mit hochwertigen Membran- und Federventilen zur Steuerung der Atmung und des Atemwegdruckes ausgerüstet. Das Sicherheitsventil läßt



keinen exzessiven Druck in den Atemwegen zu.

Ist eine Sauerstoff-Quelle vorhanden, so kann Sauerstoff sowohl direkt in den Beatmungsbeutel als auch in den mitgelieferten Reservoirschlauch geleitet werden. Durch Verschluss des Luftansaugstutzens kann bei entsprechender Sauerstoffzufuhr

in den Beutel der Patient mit reinem Sauerstoff beatmet werden. In gasverseuchtem Gebiet kann entweder bei geschlossenem Luftansaugventil mit Sauerstoff oder aber mit Gasfilter (auf dem Luftansaugventil) mit und ohne Sauerstoffzufuhr beatmet werden.

Das in signalroter Farbe gefertigte Handbeatmungsgerät aus Silicon garantiert neben der fast unbegrenzten Lagerfähigkeit und steter Einsatzbereitschaft die Verwendung in temperaturextremen Situationen und im Katastrophenfall. Das Material des Beatmungsbeckens und der Ventile erlaubt die Anwendung aller neuzeitlichen Reinigungs-, Desinfektions- und Sterilisationsmethoden.

Wächter über Qualität und Zuverlässigkeit

Der technische Fortschritt der letzten Jahre stellt die Sachversicherer vor wachsende Probleme. Neue Lager- und Fertigungsverfahren begünstigten die Entwicklung zu großen Betriebseinheiten mit hohen Wertkonzentrationen. Neuartige Bau- und Werkstoffe brachten bis dahin unbekannte Gefahren der Brandausweitung und der Folgeschäden mit sich. Die Automatisierung hat viele Betriebe „menschleer“ werden lassen, so daß das Personal oft fehlt, das frühzeitig einen Brand feststellen und melden könnte. Brände sind daher häufiger und für die Versicherer teurer geworden. Insbesondere die Großschäden haben an Anzahl und Ausmaß erheblich zugenommen.

Moderne Technik auch dazu zu nutzen, die Schadensituation zu meistern, ist erklärtes Ziel der Sachversicherer. Hierbei spielt die Schadenverhütung traditionell eine ganz besondere Rolle. Viele Versicherungsgesellschaften unterhalten schon seit längerer Zeit besondere Abteilungen mit Fachleuten, die den Versicherungsnehmer in allen Fragen der Schadenverhütung kostenlos beraten. Aber auch beim Verband der Sachversicherer (VdS) in Köln ist in der „Abteilung Schadenverhütung und Technik“ ein Team von rund 80 Spezialisten um die Schadenverhütung bemüht. Dieser Tage stellte der VdS seine Laboratorien in Köln der interessierten Fachöffentlichkeit vor; Anlaß war der Abschluß der vor rund zwei Jahren begonnenen Erweiterungs- und Modernisierungsarbeiten. Zu den wichtigsten Aufgaben der VdS-Laboratorien zählt die Typenprü-

fung von automatischen Sicherheitseinrichtungen. Die bekanntesten dieser Einrichtungen sind Sprinkleranlagen zur selbsttätigen Feuerlöschung, eingebaut zum Beispiel in allen größeren Kaufhäusern. Aber auch Brand- und Einbruchmeldeanlagen, in letzter Zeit wegen zunehmender Eigentumsdelikte wie Brandstiftung und Einbruch sehr stark gefragt, zählen hierzu. Der Einbau solcher Einrichtungen und Anlagen wird von den Versicherern nicht nur empfohlen, sondern durch Prämiennachlässe auch handfest gefördert: diese können so erheblich sein, daß sich bei Sprinkleranlagen zum Beispiel die Investition oft schon in kurzer Zeit bezahlt macht.

Der Verband der Sachversicherer beurteilt als Vertrauensstelle der Versicherungsunternehmen die verschiedenen Sicherheitseinrichtungen. Er prüft die grundsätzliche Eignung in seinen Laboratorien und stellt durch seine Technische Prüfstelle vor Ort fest, ob Projektierung und Installation fachgerecht erfolgten. Positive Ergebnisse der Laborprüfungen werden durch Anerkennungen ausgewiesen, die zu einem Gütekriterium geworden sind, das sich auch außerhalb der Versicherungswirtschaft großer Wertschätzung erfreut. Die VdS-Laboratorien verfügen über modernste Einrichtungen meist eigener Entwicklung für Prüfungen mit hoher Genauigkeit, die in weiten Bereichen neue Maßstäbe setzen. Ent-



sprechend groß ist auch das Interesse ausländischer Prüfinstitute, denen gleiche Aufgaben gestellt sind. Das gilt zum Beispiel für die Prüfanlage, mit der die Sprühcharakteristik von Sprinklern – die weitestgehend die Qualität des Sprinklers und seine Anwendungsmöglichkeiten bestimmt – gemessen wird. Hervorzuheben sind auch die Prüfungen, die an automatischen Brand- und Einbruchmeldeanlagen durchgeführt werden. In zahlreichen Tests wird unter praxisnahen Bedingungen untersucht, ob die Melder zuverlässig arbeiten. Unser Bild zeigt den Prüfkanal für Rauchmelder.

Eine neue Aera der Kriegführung?

Von J. Z. Dunker
Wehr & Wissen Verlagsgesellschaft
mbH Koblenz – Bonn

„Finnische Gedanken zum modernen Kriegsbild“, das ist der Untertitel dieses Buches. Niemand wird verkennen, daß die Welt in einer stürmischen militärischen Entwicklung steht, die alle Gebiete der Kriegführung betrifft. Damit sind Organisation, Bewaffnung, Ausbildung, Kampfmoral und Truppenführung, Lebensanschauung, Lebensstandard und ökonomische Hilfsmittel der Völker gemeint. Es ist eine beinahe unlösbare Aufgabe, diese neuen Erkenntnisse und Entwicklungen zu einem Kriegsbild zusammenzufügen, welches den Möglichkeiten des modernen Krieges entspricht.

Um so interessanter, hier einmal die Gedanken zu dieser Materie aus finnischer Sicht kennenzulernen. Wesentlicher Ausgangspunkt: der Hinweis darauf, daß man sich zunächst über die Probleme klar werden muß, die auf die Grundsätze der Kriegführung und des gesamten militärischen Geschehens einwirken. Es wird davor gewarnt, daß sich die verantwortlichen Militärs zu sehr vom „technischen Wahnsinn“ beeinflussen lassen.

Die Gruppierung des Buches: Eine Kriegsepoche wird Geschichte; Eine neue Kriegsepoche präsentiert sich; Der Atomsoldat. Der Verfasser, ein finnischer Offizier, hofft, mit diesem Buche zur Lösung der Frage beizutragen, wie die westliche Welt Herr der gewaltigen Entwicklung, in der wir stehen, werden – und bleiben kann.

Sporttauchen – leicht und sicher

Von Rudolf Holzapfel / Klaus Reiser
BLV Verlagsgesellschaft München,
Bern, Wien

Beim Tauchen begibt sich der Mensch in eine für ihn unphysiologische Umwelt. Ohne technische Hilfsmittel ist es ihm nicht möglich, sich für längere Zeit im Wasser und unter der Wasseroberfläche aufzuhalten. Das Tauchen gehört zu den letzten Abenteuern, die der Mensch in unserer hochtechnisierten Welt noch erleben kann. Dieses elementare und faszinierende Erlebnis ist aber nicht ohne Gefahren.

Neben dem Versagen der Technik sind die Ursachen für das Auftreten von Tauchzwischenfällen in physikalischen, physiologischen und psychologischen Vorgängen, wie sie sich beim Tauchen abspielen, zu sehen. Daher ist und bleibt die Grundlage jeder Taucherausbildung die systematische Schulung in einer anerkannten Taucherschule. Das vorliegende Buch will nicht dazu verleiten, das Tauchen im Selbststudium zu erlernen. Es soll vielmehr als Lehrbuch ein Begleiter im Tauchunterricht sein. Ursprünglich wurde das Buch für Rettungstaucher geschrieben. Es vermittelt in der vorliegenden Neufassung alle wesentlichen Grundlagen des Tauchens und stellt für den Anfänger eine komplette Lernanleitung für die Theorie und Praxis des Sporttauchens dar. Der Fortgeschrittene findet neue Anregungen und reiche Gelegenheiten, die eigenen Kenntnisse aufzufrischen. Um den Wissensstand überprüfen zu können, werden nach einzelnen Abschnitten praxisbezogene Fragen gestellt. Zahlreiche Zeichnungen ergänzen den ausführlichen Text.

Zivilschutzforschung

Herausgegeben vom Bundesamt
für Zivilschutz – Schriftenreihe der
Schutzkommission beim Bundes-
minister des Innern

Band 3: Rainer Lesch
Strahlenempfindlichkeit und die
akute und chronische Strahlenschä-
digung der Leber
Osang Verlag, Bad Honnef-Erpel

Der Verfasser ist Professor am Pathologischen Institut der Universität Freiburg i. Br. in der Abteilung für

Experimentielle Pathologie und Hepato-Gastroenterologie. Die Untersuchungen an der Stanford University School of Medicine haben zur steigenden Beachtung des Erscheinungsbildes der menschlichen Strahlenhepatitis geführt. Seit den Atombombenversuchen über dem Bikini-Atoll nach dem 2. Weltkriege wurden Beobachtungen gemacht, die bestätigten, daß durch den radioaktiven „fallout“ schwere Leberschäden verursacht werden. Dies war der Anlaß, daß sich auch die Schutzkommission beim BMI dieses Problems angenommen hat.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine erweiterte deutsche Fassung des Beitrages „Radiation-Induced Injury of the Liver“ aus dem Handbuch der experimentellen Pharmakologie, Band XVI / Teil 5, Springer-Verlag Berlin-Heidelberg-New York 1976.

Wunsch-Energie Sonne

Von Bernd Stoy
Energie-Verlag GmbH, Heidelberg

Überlegungen, daß Energie, die man der Sonne abgewinnen könne, unerschöpflich, umweltfreundlich und vor allem in der Entstehung völlig kostenlos sei, ließ die Sonnenenergie zur Wunschenergie werden.

Die Frage bleibt natürlich, ob mit dieser Energiequelle die Probleme unserer Zeit gelöst werden könnten, ob etwa eine Abhängigkeit der Industrienationen von den zumeist sonnenreichen Entwicklungsländern entstehen könnte. Bietet die Sonnenenergie wirklich einen Ausweg aus dem Zwang zur Nutzung der Kernenergie?

Diese Fragen werden in dem Buch beantwortet. Ein Wissensbereich, der weit in die Zukunft hineinreicht, wird hier angeschnitten. Wer sich mit dem Energieproblem der Zukunft auseinandersetzen, wer neue Wege suchen muß, der sollte auch dieses Buch lesen.

Man muß sagen, daß der Autor den Mut hat, ein glänzendes Plädoyer für die Sonnenenergie zu schreiben. Er spricht nicht nur für ihren gezielten Einsatz, sondern zeigt auch objektiv die Möglichkeiten – und die Grenzen – der Anwendung auf.

Etwa 100 Abbildungen, Fotos, Tabellen und Zeichnungen – farbig gestaltet – ergänzen den Textteil.

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Sprinkleranlagen

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . Sprinkleranlagen die ältesten ortsfest eingebauten Feuerlöschanlagen sind? Sie arbeiten mit dem Löschmittel Wasser, das über festverlegte Rohrleitungen bis an den Brandherd herangeführt wird. In den zu schützenden Räumen werden die Rohrleitungen mit Sprinklerdüsen (siehe Abb.) versehen. Durch die Versprühung von Wasser an den einzelnen Sprinklern wird eine größtmögliche Kühlwirkung erzielt.

Im Normalzustand bleiben die Sprinklerdüsen durch einen besonderen Mechanismus verschlossen. Erst durch die bei einem Brande auftretenden erhöhten Temperaturen wird der Mechanismus der Düse so beeinflusst, daß er beim Auftreten einer bestimmten Temperatur die Düse öffnet und damit den Weg für das ausströmende Wasser freigibt. Der temperaturempfindliche Teil des Düsenverschlusses ist entweder ein Schmelzlot oder ein mit einer leichtsiedenden Flüssigkeit gefülltes kleines Glasfaß. Die Versprühung des Wassers wird dadurch bewirkt, daß der aus dem Düsenquerschnitt austretende Wasserstrahl auf einen Prallteller trifft, der ihn fein verteilt.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . eine Sprinkleranlage im wesentlichen aus einem, bei größeren Anlagen aus mehreren Wasservorratsbehältern, Pumpen, den Alarmventilen und einem gewöhnlich unter Druck stehenden Rohrleitungsnetz besteht? Für nicht frostfreie Räume gibt es auch das Sprinkler-Trocken-System. Dabei ist das Rohrnetz mit Druckluft gefüllt. Spricht die Sprinklerdüse an und öffnet sich, so strömt zunächst Luft aus den Düsen. Dadurch fällt der Druck in der Leitung ab und löst ein Ventil aus, das dem Löschwasser den Weg ins Rohrnetz freigibt.

Der Einbau von Sprinkleranlagen kann zu erheblichen Senkungen der Feuerversicherungsprämien führen, jedoch nur, wenn sie nach den Vorschriften des Verbandes der Sachversicherer e. V., Köln, errichtet und

dauernd in Betrieb gehalten werden. Der Neubau von Sprinkleranlagen sowie Änderungen und Erweiterungen dürfen dann auch nur von einer der vom Verband anerkannten Installationsfirmen ausgeführt werden.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . der Verband der Sachversicherer ermittelt hat, daß im Jahre 1976 insgesamt 149 ortsfeste Feuerlöschanlagen bestimmungsgemäß ausgelöst haben. Nur in einem Brandfall hat die Anlage unzureichend gelöscht. Bei allen übrigen Bränden ist dank der selbsttätigen Löschung, die sofort eingesetzt hat, nur geringer Schaden entstanden. Ein Jahr früher, also 1975, sind 91 Brände bekanntgeworden, die in Räumen ausbrachen, die mit automatischen Feuerlöschanlagen geschützt waren. Auch hier hatte eine Anlage, und zwar eine CO₂-Raumschutzanlage, versagt. In allen übrigen Fällen haben die Löschanlagen, darunter 170 in gesprinklerten Gebäuden, die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Aus einer Übersicht des Verbandes der Sachversicherer geht hervor, daß bei den im Zeitraum von 1971 bis 1976 ermittelten Brand-



fällen in gesprinklerten „Risiken“ jeweils **ein** Sprinkler in 40,6 Prozent aller Fälle zur erfolgreichen Bekämpfung des Brandes ausreichte. Mit jeweils weniger als **acht** Sprinklern wurden 79,3 Prozent aller Brände gelöscht.

In den Jahren 1975 und 1976 wurden 78 Fälle bekannt, in denen Sprinkleranlagen bestimmungswidrig, d. h. ohne Brandeinwirkungen ausgelöst haben. Die Auslösungen waren in 30 Fällen auf mechanische Beschädi-

gung, in 21 Fällen auf Überhitzung (ohne Brand), in 15 Fällen auf Frosteinwirkung und in einem Fall auf Korrosion zurückzuführen. In elf Fällen konnte die Ursache noch nicht geklärt werden.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . das Technische Referat 3 des Verbandes der Sachversicherer u. a. ortsfeste Feuerlöschanlagen abnimmt und Revisionen unterzieht sowie die festgestellten Mängel auswertet?

Im Zeitraum Mai 1976/Juni 1977 wurden 430 Sprinkler und 164 CO₂-Feuerlöschanlagen abgenommen. Dem Bericht des Verbandes zufolge wurden bei den Revisionen und Abnahmen von ortsfesten Feuerlöschanlagen eine erhebliche Zahl schwerwiegender Mängel festgestellt. Darunter waren bei Sprinkleranlagen Mängel in der Wasserversorgung, an Ventilstationen, an Alarmeinrichtungen und Mängel als Folge von Nutzungsänderungen. Bei den CO₂-Feuerlöschanlagen gab es Mängel baulicher Art, in der CO₂-Bevorratung, Mängel an technischen Teilen und Sicherheitseinrichtungen. Die nähere Überprüfung der Art der Mängel läßt erkennen, daß in vielen Fällen mangelnde Wartung und menschliches Fehlverhalten die Ursache dafür waren.

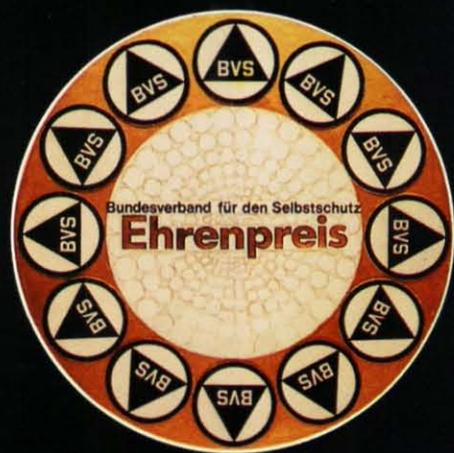
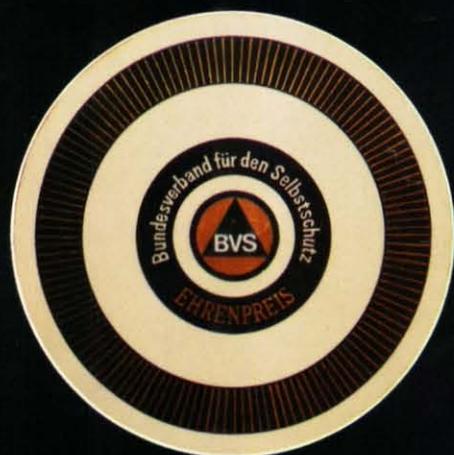
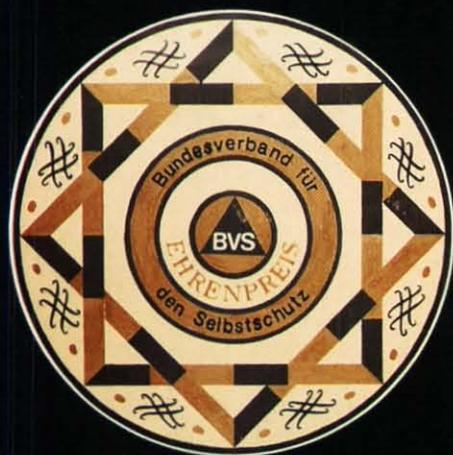
Sprinkleranlagen sollten dauernd in vorschriftsmäßigem Zustand gehalten werden. Ein geeigneter Werkangehöriger ist als Sprinklerwärter mit der Wartung zu beauftragen. Er hat die Hinweise zur Wartung von Sprinkleranlagen zu beachten und sich durch täglichen Rundgang von der Betriebsbereitschaft der Löschanlagen zu überzeugen.

Sprinkleranlagen geben zwar automatisch Feueralarm. Um jedoch ein Versagen auszuschließen, sollte die Feuerwehr noch einmal über Telefon oder Melder alarmiert werden. Eine Sprinkleranlage ersetzt übrigens nicht die vorgeschriebenen Feuerlöscher.

Wird sie durch einen Brand ausgelöst, darf sie nur von der Feuerwehr abgeschaltet werden.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
 Vertrieb: A. Bernecker,
 Postfach 140, 3508 Melsungen
 Vertriebskennzahl G 2766 EX

Dem Sieger „Kunst aus Porzellan“



Mit wachsendem Erfolg führt der Bundesverband für den Selbstschutz gemeinsam mit den Hilfsorganisationen an vielen Orten Sicherheitswettbewerbe durch, d. h. die Teilnehmer an diesen Fahrten müssen an verschiedenen Stationen Aufgaben der praktischen Hilfe lösen. Um den erfolgreichen „Rallyefahrern“ eine angemessene Erinnerungsgabe präsentieren zu können – die zugleich aus dem Rahmen des Üblichen fällt – wurde ein künstlerischer Wettbewerb zur Gestaltung eines Porzellantellers ausgeschrieben. Über ein halbes Dutzend ausschließlich junger Künstler beteiligte sich an diesem Entwurfswettbewerb; eine Fachjury entschied nunmehr: Sieger wurde Lutz Hermsdorf (Köln), siehe Titelbild, 99. Entwurf!



Weitere interessante Entwürfe sandten ein (Titelbild oben, v. l. n. r.) Erich Krian und Ulrich Ahlheim, beide aus Dortmund, sowie Sabine Prokot, Köln. Auf dieser Seite, obere Reihe (v. l. n. r.): zwei Entwürfe von Karin Knauth und ein Vorschlag von Wilfried Everschor, beide Köln; zweite Reihe: zwei Entwürfe von Maika Kappstein, Berlin, und ein weiterer von Sabine Prokot; nebenstehendes Design von Erich Krian. Teller mit dem Gestaltungsentwurf von Lutz Hermsdorf (Titelbild) werden jetzt von einer namhaften deutschen Porzellanmanufaktur hergestellt und demnächst den Siegern unter dem Motto „Sicherheitswettbewerb – damit Hilfe kein Zufall bleibt“ überreicht.